



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Konstruktive Kriegsberichterstattung -
Friedensjournalistische Elemente in der russischen
Berichterstattung über den Südossetienkonflikt 2008

Verfasserin

Vera Gusenbauer

angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich

Danksagung

Ich möchte mich herzlich bei Dr. Hans-Georg Heinrich für die hervorragende Betreuung bedanken, ebenso wie für seine wissenschaftlichen Ratschläge und das angenehme Arbeitsklima. Weiters möchte ich mich bei Dr. Anna Kretschmer dafür bedanken, dass sie sich als Zweit-Gutachterin bereiterklärte und mir wertvolle Tipps für das Verfassen der Diplomarbeit gab.

Einen ganz besonderen Dank gilt meinen Eltern, Josef und Marianne Gusenbauer, für ihren großartigen Beistand, ihr Verständnis und ihr grenzenloses Vertrauen in mich, ohne deren finanzieller und emotionaler Unterstützung ich heute nicht hier wäre wo ich jetzt stehe. Sie haben mir nicht nur in akademischer sondern auch in persönlicher Hinsicht alles ermöglicht und nicht einmal an mir gezweifelt. Weiters möchte ich mich bei meiner Schwester Doris bedanken, die mir immer ein Vorbild war und bleiben wird.

Abschließend möchte ich mich bei all meinen FreundInnen, allen voran Anschi, Babsi, Eveline, Julia, Karin, Kathi, Michi, Johanna und Uschi für ihre tolle Freundschaft bedanken, die mir immer wieder Energie und Motivation gegeben hat.

1	<u>Einleitung – Themenstellung und Forschungsfrage</u>	S. 9
2	<u>Konfliktanalyse des Südossetienkonflikts</u>	S. 12
2.1	Zahlen und Fakten	S. 12
2.2	Das Gebiet des heutigen Südossetiens bis zur Oktoberrevolution 1917	S. 13
2.3	Georgien unter Sowjetischer Herrschaft	S. 15
2.4	Der Weg in die Unabhängigkeit Georgiens	S. 17
2.4.1	Unabhängigkeitsbestrebungen und georgisch-südossetische Spannungen unter Swiad Gamsakhurdia	S. 17
2.4.2	Aufstieg und Fall Georgiens unter Eduard Schewardnadse	S. 19
2.5	Die Rosenrevolution	S. 22
2.5.1	Die Wiedervereinigung Georgiens als oberste Priorität	S. 25
2.6	Die Beziehungen zwischen Russland und Georgien in Hinblick auf die Sezessionskonflikte	S. 27
2.7	Der sechste Kaukasuskrieg: Der Südossetienkonflikt 2008	S. 29
2.7.1	Konsequenzen für Russland und Georgien	S. 32
2.7.2	Rolle externer Akteure	S. 34
2.7.2.1	Russland	S. 34
2.7.2.2	Die USA	S. 38
2.7.2.3	Die EU	S. 41
3	<u>Kriegsberichterstattung – Aufgaben und Risiken der Berichterstattung in internationalen Konflikten</u>	S. 44
3.1	Aufgabe der Medien in demokratischen Gesellschaften	S. 44
3.2	Kriegsberichterstattung und ihre Gefahren	S. 44
3.2.1	Kriegspropaganda	S. 49
3.3	Die Funktion der Medien in internationalen Konflikten – Forderungen für einen anderen Journalismus	S. 49

3.4	Friedensjournalismus	S. 51
3.4.1	Das Modell des Friedensjournalismus nach Galtung und Vincent – 10 Vorschläge für eine andere Kriegsberichterstattung	S. 51
3.4.2	Das Modell des Friedensjournalismus nach Nadine Bilke	S. 53
3.4.3	Das Modell des Friedensjournalismus nach Wilhelm Kempf – der kritische Friedensjournalismus	S. 54
3.4.4	Kritik am Friedensjournalismus	S. 55
3.5	Die Rolle der Medien im Südossetienkonflikt 2008	S. 56
4	<u>Die russische Medienlandschaft</u>	S. 58
4.1	Gesetzeslage der Pressefreiheit in Russland	S. 59
4.2	Medienpolitische Entwicklungen	S. 60
4.2.1	Aufbau eines staatlichen Medienmonopols und die Entmachtung regimekritischer Führungspersonen in sämtlichen russischen Medien	S. 60
4.2.2	Einschränkungen der rechtlichen Situation von Medien in Russland	S. 61
4.2.3	Weitere Eingriffe des Staates in die Pressefreiheit	S. 62
4.3	Journalistische Arbeitsbedingungen in Russland	S. 64
4.3.1	Bedeutungsanstieg von Auftragsjournalismus aufgrund niedriger Gehälter	S. 64
4.3.2	Selbstzensur	S. 65
5	<u>Empirische Untersuchung</u>	S. 67
5.1	Methodik	S. 67
5.2	Stichprobenziehung	S. 68
5.3	Angaben zum Codiersystem	S. 69
5.4	Untersuchte Zeitungen	S. 69

5.4.1	<i>Nowaja Gazeta</i>	S. 69
5.4.2	<i>Kommersant</i>	S. 71
5.4.3	<i>Rossijskaja Gazeta</i>	S. 71
5.5	Variablenkatalog	S. 72
5.6	Fragenkatalog und Hypothese	S. 79
5.7	Auswertung und Diskussion der Ergebnisse	S. 85
5.8	Fazit	S.118
6	<u>Conclusio</u>	<u>S. 121</u>
7	<u>Bibliographie</u>	<u>S. 124</u>
8	<u>Anhang</u>	<u>S. 129</u>

Резюме на русском языке (Russische Zusammenfassung)
Abstract (Englische Zusammenfassung)
Lebenslauf

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Landkarte Kaukasus
- Abb. 2: Kategorien F10 (Friedensinitiativen) und K10 (eskalationsorientierte Ereignisse)
- Abb. 3: Kategorie K10 der *Nowaja Gazeta* nach Zeitphasen aufgeteilt
- Abb. 4: Kategorien F11 (Infragestellung_militärische_Logik) und K11 (Zustimmung_militärische_Logik)
- Abb. 5: Kategorie K16 (Waffen)
- Abb. 6: Kategorien F12 (Infragestellung_Notwendigkeit_Krieg) und K12 (Notwendigkeit_Krieg)
- Abb. 7: Kategorien F13 (Forderung_Frieden), F13a (Forderung_Frieden_affirmativ), K13 (Forderung_militärische_Maßnahmen) und K13a (Forderung_militärische_Maßnahmen_affirmativ)
- Abb. 8: Kategorien F20 (Erwähnung_georgische_Rechte) und K20 (Infragestellung_georgische_Rechte)
- Abb. 9: Kategorien F21 (Kritik_eigene_Rechte), K21 (Legitimierung_eigene_Rechte) und F23 (Entlarvung_russische_Interessen)
- Abb. 10: Kategorien F22 (Anerkennung_gemeinsame_Rechte) und K22 (Infragestellung_gemeinsame_Rechte)
- Abb. 11: Kategorien F30 (Kritik_eigenes_Handeln), K30 (Legitimierung_eigenes Handeln) und F34 (Entlarvung_widersprüchliches Handeln)
- Abb. 12: Kategorie F30 der *Nowaja Gazeta* nach Zeitphasen unterteilt
- Abb. 13: Kategorien F15 (Angriff) und K15 (Verteidigung)
- Abb. 14: Kategorien F32 (Leid_beide_Seiten) und K32 (Leid_Russland)
- Abb. 15: Kategorien F33 (Gemeinsamer_Nutzen_Kriegsende) und K33 (Kein_Nutzen_Kriegsende)
- Abb. 16: Kategorien F45 (Preis_militärischer_Sieg), K45 (positive_Auswirkung) und F45a (wirtschaftliche_Belastung)
- Abb. 17: Kategorien F42 (Abbau_Bedrohung), K42 (Schüren_Bedrohung) und K31 (Legitimierung_eigene_Rechte)
- Abb. 18: Kategorie K42 der *Nowaja Gazeta* nach Zeitphasen unterteilt
- Abb. 19: Kategorien F50 (Empathie) und K32 (Leid_Russland)
- Abb. 20: Kategorien F51 (soziale_Identifikation) und K51 (Dehumanisierung_georgische_Bevölkerung)
- Abb. 21: Kategorie F60 (Hintergrundinformationen)
- Abb. 22: Kategorie F61 (Komplexität_Krieg)
- Abb. 23: Kategorien F70 (russische_nicht-elitäre_Quellen), K70 (russische_elitäre_Quellen), F71 (georgische_nicht-elitäre_Quellen) und K71 (georgische_elitäre_Quellen)
- Abb. 24: Kategorie K72 (ausländische_Quellen)
- Abb. 25: Kategorien F75 (Infragestellung_Informationspolitik) und K75 (unkritische_Information)
- Abb. 26: Kategorie K74 (ausländische_Quellen)
- Abb. 27: Bilder pro Zeitung, Angaben in Prozent
- Abb. 28: Kriegsgrund pro Zeitung, Angaben in Prozent
- Abb. 29: Kategorie F10 nach Zeitphasen unterteilt
- Abb. 30: Kategorie F15 nach Zeitphasen unterteilt
- Abb. 31: Kategorie K15 nach Zeitphasen unterteilt

1 Einleitung – Themenstellung und Forschungsfrage

Im August 2008 eskalierte der seit Jahrzehnten andauernde Konflikt um Südossetien, das als „abtrünnige Teilrepublik“ Georgiens verzweifelt seine Unabhängigkeit fordert, zu einem blutigen Fünf-Tages-Krieg. Georgische Truppen fielen in der Nacht auf den 8. August, nach langen gegenseitigen Provokationen, in die südossetische Hauptstadt Zchinwali ein. Nur Stunden später gelang es der russischen Armee gemeinsam mit nordossetischen Truppenverbänden die georgischen Truppen aus Südossetien zu vertreiben und marschierte bis nach Kerngeorgien ein. Georgiens politische Führung sah im „spontanen“ militärischen Angriff auf Südossetien die Möglichkeit, die territoriale Integrität mittels Gewaltanwendung wiederherzustellen, doch unterschätzte sie die Rolle Russlands in diesem Konflikt.

Neben dieser militärischen Auseinandersetzung lief parallel dazu noch ein weiterer Konflikt: eine „mediale Schlacht“ von beiden Konfliktparteien. Sowohl der russische Präsident Dimitri Medwedjew als auch der georgische Präsident Micheil Saakaschwili versuchten durch gezielt manipulierte Informationspolitik die eigene Bevölkerung sowie die internationale Staatengemeinschaft für sich zu gewinnen.

Mehrere Studien über die Berichterstattung des Südossetienkonflikts in westlichen Medien zeigen auf, dass es Georgien in den ersten Kriegstagen gelang, sich als Opfer gegenüber dem angeblich imperialen Aggressor Russland zu positionieren. Analysen über die russische Berichterstattung sind jedoch kaum zu finden.

Ziel dieser Diplomarbeit ist es demnach, die „mediale Schlacht“ in ausgewählten russischen Zeitungen von einer inhaltsanalytischen Position aus zu betrachten. Ausgehend von der Annahme, dass Medien eine wichtige politische und gesellschaftliche Funktion erfüllen und somit einen starken Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung ausüben, soll untersucht werden, ob russische Medien einen Beitrag zur friedlichen Konfliktlösung leisten.

Die grundlegende Forschungsfrage lautet demnach:

Welche konstruktiven Elemente können in der Berichterstattung ausgewählter russischer Zeitungen gefunden werden, die gemäß den theoretischen Erkenntnissen des Friedensjournalismus als konstruktiv zur Lösung von Konflikten oder zur Beschleunigung von Versöhnung gedeutet werden können?

Die Arbeit soll einen Beitrag zur Konfliktforschung leisten, indem sie anhand eines konkreten Ereignisses untersucht, ob Medien Schritte in Richtung konstruktive Konfliktlösung setzen, Gezeigt werden soll, ob und wenn ja inwiefern, die russische Berichterstattung über den Russland-Georgienkrieg im August 2008 dem Prinzip des *Kritischen Friedensjournalismus* (nach Kempf, Galtung, Bilke) gefolgt ist, oder ob die Medien zu Kriegspropaganda instrumentalisiert wurden.

Dies soll anhand dreier ausgewählter russischer Zeitungen untersucht werden: *Kommersant*, *Nowaja Gazeta*, *Rossijskaja Gazeta*.

Interessant ist diese Arbeit insofern, da es sich um jene Berichterstattung handelt, die sich mitten im Epizentrum des Konflikts befindet. Die traditionelle Berichterstattung neigt tendenziell dazu, über Konflikte eskalationsorientiert zu informieren, indem sie oftmals konfliktstabilisierende Inszenierungsformen verwendet. In Konflikten selbst werden Medien oft direkt als Mittel der Kriegsführung instrumentalisiert. Spannend ist es deshalb zu untersuchen, ob auch ein gegensätzlicher Trend, sprich, eine Berichterstattung gemäß den Grundsätzen eines *kritischen Friedensjournalismus*, existiert.

Um eine vollständige Analyse gewährleisten zu können, ist es von zentraler Wichtigkeit, dass die Interessen der jeweiligen Konfliktparteien aufgedeckt und kritisch hinterfragt werden. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn geschichtliche, politische und soziökonomische Hintergründe beleuchtet werden. Deshalb erfolgt im ersten Abschnitt dieser Arbeit ein Überblick über die Sezessionskonflikte in Georgien und deren Ursachen.

In einem weiteren Kapitel werden die Aufgaben und Risiken der Medien in internationalen Konflikten aufgezeigt sowie das Konzept des *Kritischen Friedensjournalismus* vorgestellt und kritisch hinterleuchtet.

Im letzten Kapitel des ersten Abschnitts werden die Medienlandschaft in Russland und medienpolitische Entwicklungen seit der ersten Amtszeit von Wladimir Putin diskutiert. Weiters wird auf die schwierige gesetzliche Situation der russischen Medien und auf die prekären Arbeitsbedingungen von russischen JournalistInnen eingegangen. Dieses Kapitel ist insofern von großer Bedeutung für diese Arbeit, da es Aufschluss darüber gibt, warum russische Medien und JournalistInnen auf diese Weise berichten. Erst mit Hilfe dieser Informationen ist es möglich, sich ein Bild darüber zu machen, weshalb solch eine Berichterstattung überhaupt existiert.

Anschließend erfolgt eine Inhaltsanalyse, in der ausgewählte russische Zeitungen anhand eines ausgearbeiteten Kategorienkatalogs auf konfliktdeeskalierende Merkmale untersucht und analysiert werden.

Angenommen wird, dass im Gegensatz zur Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* und des *Kommersants* die Berichterstattung der qualitativ hochwertigen *Nowaja Gazeta* vermehrt Merkmale aufweist, die zu einer positiven Entwicklung des Konfliktes beitragen können. Weiters wird davon ausgegangen, dass sich vor allem in der Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* die Argumentationsstrategien des Kremls unkommentiert und unreflektiert widerspiegeln. Tatsächlich stattgefundenen friedensfördernde Ereignisse werden, so wird vermutet, zwar in allen zu untersuchenden Zeitungen erwähnt, eigene Ideen und Vorschläge der JournalistInnen für Friedensinitiativen sowie Aufforderungen zur Beendigung des Krieges werden aber nur vereinzelt im *Kommersant* und in der *Nowaja Gazeta*, jedoch nicht in der *Rossijskaja Gazeta* präsentiert.

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass es bei dieser Analyse in erster Linie nicht darum geht, ob eine realitätsgetreue Wiedergabe der Geschehnisse stattgefunden hat, sondern vielmehr darum, wie sich die Medien zum Konflikt positionierten, welche Argumentationsstrategien sie verwendeten, um ihre Einstellung zu untermauern und ob sie einer friedlichen Lösung eine Chance geben. Es soll untersucht werden, auf welche Art und Weise die Medien die von staatlichen Behörden zur Verfügung gestellte Information bearbeiten und weitergeben.

2 Konfliktanalyse des Südossetienkonflikts

2.1 Zahlen und Fakten

Das offizielle Staatsgebiet des heutigen Georgiens (georgisch *Sakartwelo*) befindet sich in Transkaukasien und hat eine Fläche von rund 69.700 km². Es grenzt im Norden an Russland, im Osten an Aserbaidschan, im Süden an Armenien und an die Türkei und im Westen an das Schwarze Meer. Neben den neun Distrikten enthält Georgien zwei autonome Republiken Adscharien und Abchasien, sowie das autonome Gebiet Südossetien. (vgl. Fischer Weltalmanach 2010) Einer Bevölkerungszählung 2007 zufolge wohnen knapp 4,4 Millionen Menschen in Georgien, wobei etwa 70 % ethnische GeorgierInnen, 8,1% ArmenierInnen, 6,3% RussInnen, 5,7% AdscharInnen, 3% OssetInnen und 1,8% AbchasierInnen sind. (vgl. Cornell 2003: 158f)

Weitere kleine Minderheiten, wie die Mingrelen oder Svanen wurden mittlerweile großteils sprachlich und kulturell assimiliert. Den AbchasierInnen sowie den OssetInnen gelang es jedoch mit Hilfe ihres Autonomiestatus ihre russische Identität zu bewahren, die sie aufgrund ihrer politischen und historischen Nähe zu Russland aufbauen konnten. Auch wenn es von den jeweiligen georgischen Präsidenten nie wirklich zugegeben wurde, muss Georgien als ein multiethnischer Staat angesehen werden. (vgl. Rau 2005: 19)



Abb. 1: Landkarte Kaukasus; Quelle: Halbach 2006

Aufgrund der restriktiven Minderheitenpolitik, auf die noch später näher eingegangen wird, ist die Bevölkerungszahl stark rückläufig, zwischen 1989 und 2003 um rund 20%. Während die Zahl der ethnischen GeorgierInnen bis 2003 auf 84% anstieg, verließen vor allem unterdrückte Minderheiten das georgische Staatsgebiet. Doch auch innerhalb Georgiens fanden im Zuge der verschiedenen Sezessionskonflikte größere

Bevölkerungsverschiebungen und Flüchtlingswellen statt. So mussten beispielsweise Anfang

der 1990er Jahre im Zuge des Bürgerkriegs rund 250.000 GeorgierInnen ihre Heimat in Abchasien verlassen. Während des Südossetienkonflikts 1991/92 wurden insgesamt rund 60.000 Menschen aus Südossetien vertrieben. (vgl. Muckenhuber 2009: 15f)

Südossetien, mit der Hauptstadt Zchinwali, liegt im Kaukasus an der Grenze zur russischen Teilrepublik Nordossetien. Das Gebirgsland umfasst rund 3900 Quadratkilometer und steht in einem engen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakt mit Russland. Die EinwohnerInnenzahl sank von 160.000 im Jahr 1989 auf unter 100.000¹ im Jahr 2008.

2.2 Das Gebiet des heutigen Südossetien bis zur Oktoberrevolution 1917

Der Zerfallsprozess der Sowjetunion kann im Zuge des Erklärungsansatzes sicherlich als Katalysator für die Konfliktursachen in Abchasien und Südossetien herangezogen werden. Doch stellt Schmidt richtigerweise fest, dass der Zerfall der Sowjetunion nicht als alleiniger Grund für die vorherrschenden Konflikte betrachtet werden kann, da dies die Komplexität des Konfliktes ausblenden würde. (vgl. Schmidt 2009: 100) Um eine umfassende Konfliktanalyse sicherstellen zu können müssen ebenso sowjetische als auch vorsowjetische Faktoren und Ereignisse in die Untersuchung miteinbezogen werden.

Schmidt beginnt bei der Konfliktanalyse bereits im 18. Jahrhundert, als sich vor allem das Osmanische Reich und Persien die Vorherrschaft im kaukasischen Gebiet teilten. Das Vordringen Russlands, der christlichen Macht, wurde von der kaukasischen Bevölkerung, welche jahrhundertlang Kriegen und Invasionen ausgesetzt war, mehrheitlich als positiv gedeutet. (vgl. Schmidt 2009: 100)

Im Jahre 1783 marschierte das russische Imperium zum ersten Mal in das Gebiet des heutigen Georgiens ein. Im Zuge dessen wurden eine Reihe von Schutzverträgen und Annexionen mit den ost- und westgeorgischen Königreichen vereinbart, die zu Protektoraten Russlands mit innerer Souveränität umgewandelt wurden. Dieser Prozess der Wiedervereinigung Georgiens nach über 400 Jahren unter der Vorherrschaft Russlands, wird heute von der georgischen Gesellschaft vorwiegend negativ betrachtet. (vgl. Аваляов 2009: 86f) Das Image Russlands als aggressive Imperialmacht, dessen Ziel die Kolonialisierung Georgiens gewesen sei, sitzt bis heute tief in den Köpfen der georgischen Bevölkerung – und nicht ganz zu Unrecht. Mit der Eingliederung Georgiens in das russische Imperium 1801 erfolgte ein umfassender Prozess

¹ EinwohnerInnenzahl variiert je nach Quelle zwischen 50.000 und 100.000.

der Russifizierung. (vgl. Muckenhuber 2009: 16) Dieses vorherrschende Bild Russlands als brutale Kolonialmacht spielt eine entscheidende Rolle im Konflikt, verstärkt es doch die Ängste der georgischen Bevölkerung vor dem „großen Bruder“ Russland. (vgl. Schmidt 2009: 101)

Auch wenn sich in Georgien zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine georgische Intelligenzija etablieren und erste kleine nationale Bewegungen entstehen konnten, so markierte dieses Jahrhundert den Beginn der Herrschaft der russischen Zaren, die sich bis 1904 an der Macht halten konnten und die georgische Gesellschaft umfangreich veränderten. (vgl. Cornell 2001: 135f; Брегвадзе 1983: 25) Auch in Georgien gab es im Zuge der Russischen Revolution von 1905 zahlreiche blutige Auseinandersetzungen zwischen georgischen Rebellen und den russischen Streitkräften in und um Tiflis. (vgl. Muckenhuber 2009: 17)

Die Ansiedelung des Volkes der Osseten im Kaukasus, welches von den Alanen, einer iranisch-skythischen Nomadengruppe abstammt, erfolgte im Laufe des 7. Jahrhunderts. Im 8. Jahrhundert wurde im Zuge dessen das alanische Königreich im Nordkaukasus gegründet, welches sich aufgrund der zahlreichen Übergriffe der Osmanen und Mongolen auf eine Allianz mit Russland einließ. (vgl. Schmidt 2009:103)

Die umstrittene Frage, wann genau sich die Vorfahren des ossetischen Volkes im Nordkaukasus niedergelassen hatten, sorgte für fortwährende Spannungen zwischen OssetInnen und GeorgierInnen. Während Georgien die Ankunft der OssetInnen auf das 13. und 17. Jahrhundert datierte², weisen OssetInnen auf die Volksgruppe der Dwalen hin, jenes proto-ossetische Volk, welches bereits im ersten Jahrhundert den Nord- und Südkaukasus besiedelte und später mit den Alanen verschmolz. (vgl. Schmidt 2009: 103f)

Die Frage wer autochthon ist und wer nicht, beziehungsweise wer autochthoner ist, mag für westliche Betrachter relativ unbedeutend erscheinen. Im Kaukasus wirft dies jedoch die Frage auf, wer „Hausherr“ und wer „Gast“ ist, es betrifft somit die Essenz der politischen Statusfrage schlechthin. (Schmidt 2009: 104)

Während sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die OssetInnen im nördlichen Gebirgstteil Südossetiens sesshaft machten, wohnten im Flachland des heutigen Südossetiens hingegen vorwiegend GeorgierInnen. Die Hauptstadt Südossetiens Zchinwali gilt unter anderem deshalb als eine der ältesten georgischen Zentren innerhalb Georgiens, das bis in die 1920er Jahre kaum von OssetInnen besiedelt war. (vgl. Schmidt 2009: 104)

² Auch innerhalb der herrschenden georgischen Meinung gibt es je nach Quelle unterschiedliche Anhaltspunkte hinsichtlich des Zeitpunkts der Ankunft der OssetInnen.

2.3 Georgien unter Sowjetischer Herrschaft

Nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches erlangte Georgien für kurze Zeit die Unabhängigkeit, indem 1918 die demokratische Republik Georgien ausgerufen wurde, die, von der Sowjetunion offiziell anerkannt, auch Südossetien und Abchasien miteinschloss. (vgl. Muckenhuber 2009: 17)³ Doch war die Situation Georgiens keineswegs einfach: blutige Auseinandersetzungen zwischen den Bolschewiki und Menschewiki mündeten in einem brutalen Bürgerkrieg, denen eine große Bedeutung hinsichtlich der Sezessionskriege in Georgien zugemessen werden muss. Während im Großteil des Kaukasus, allen voran in Georgien, die Menschewiki die Sympathien der Bevölkerung für sich gewinnen konnten, unterstützten Minderheiten wie das ossetische Volk aufgrund ihrer historisch engen Beziehung zu Russland vorwiegend die Bolschewiki. (vgl. Cornell 2001: 137) Der anfangs vorwiegend politische Konflikt erhielt spätestens mit der Sowjetisierung Georgiens eine neue, ethnische Komponente, welche eine ausschlaggebende Rolle in den russisch-georgischen Spannungen spielt.

Weiters hatte Georgien damit zu kämpfen, dass die ausgerufene Republik keine international anerkannten Grenzen besaß und ständig in Konflikt mit den Deutschen und dem Osmanischen Reich lag. (vgl. Schmidt 2009: 105)

Trotz seiner Schwäche sah Russland die Unabhängigkeit Georgiens, durch das zu jener Zeit 50% des weltweit produzierten Erdöls floss, als unerfreulich und bedrohlich an. Ein Stopp der Erdöllieferungen hätte demnach den Untergang für Russland bedeutet. (vgl. Muckenhuber 2009: 17)

1920 kam es aufgrund territorialer Dispute zwischen Georgien und Ossetien zu einem der größten Aufstände in Ossetien. Während Sowjetrussland die freie Entscheidung für Südossetien hinsichtlich seines Status einforderte, war die georgische Führung nicht von der Idee der Eingliederung Südossetiens in Georgien abzubringen, weshalb sie die Aufstände brutal niederschlug. (vgl. Cornell 2001: 187ff) Die gewaltsame Beendigung des Aufstands wird auch heute noch von ossetischer Seite als erster georgischer Völkermord am ossetischen Volk angesehen. (vgl. Schmidt 2009: 106) Georgien hingegen deutete die Unterstützung Ossetiens durch die sowjetischen Bolschewiki als Eingriff in georgische Staatsangelegenheiten und verurteilte die Vorgehensweise der Sowjetunion aufs Schärfste.

³ Ossetien argumentiert diesbezüglich, dass es bereits 1774 einen eigenständigen Anschluss Ossetiens an Russland gab, wodurch die Eingliederung Ossetiens nach Georgien während des georgischen Unabhängigkeitsprozess somit rechtswidrig gewesen sei. Die Abspaltung Georgiens von Russland sei demnach eine politische Teilung ihres Gebietes. (vgl. Cornell 2001: 187ff)

Die Sowjetunion, so argumentiert Georgien bis heute, hätte die Minderheitenkonflikte zu ihren Gunsten instrumentalisiert, um den georgischen Staat zu schwächen und ihre Einflussphäre auszudehnen. (vgl. Cornell 2001: 141)

Auf die Bitte hin um Unterstützung der georgischen Bolschewiki an die Sowjetmacht gegen die legitim gewählten Menschewiki, marschierte im Februar 1921 die Rote Armee in Georgien ein und errichtete am 25. Februar 1921 die Sowjetmacht. (vgl. Dengg 2003: 66) Im Rahmen der Gründung der *Transkaukasischen Sowjetischen Föderalen Sozialistischen Republik (TSFSR)* zwischen Armenien, Aserbaidshan und Georgien im März 1922 entstand ein Monat später der autonome Distrikt Südossetien. Abchasien wurde 1931 als autonome Republik eingegliedert. (vgl. Schmidt 2009: 109)

Aus ökonomischer Sicht erreichte Georgien unter Stalin seine Blütezeit. Georgien konnte das Bildungsniveau und den Lebensstandard anheben sowie die landwirtschaftliche Produktion auf ein noch nie dagewesenes Niveau bringen. (vgl. Cornell 2001: 142)

Die Zeit während und nach dem zweiten Weltkrieg war jedoch auch vom stalinistischen Terror, und den damit einhergehenden ethnischen Säuberungen überschattet. Die unterschiedliche Wahrnehmung des stalinistischen Terrors spielt, wie Schmidt richtigerweise feststellt, eine bedeutende Rolle im Konflikt:

Was für Georgier sowjetischer (oder mehr noch russischer) Terror war, wurde von Osseten [...] vorrangig als georgischer Terror, als Instrument der Unterdrückung und Assimilierung bewertet. (Schmidt 2009: 110)

Einhergehend mit der Stalinisierung erfolgte die Unterdrückung der ossetischen und abchasischen Minderheiten: ossetische Schulen wurden geschlossen, Namen und Ortschaften wurden georgisiert, OssetInnen als auch AbchasierInnen wurden gezwungen die georgische Nationalität anzunehmen. Doch im Gegensatz zu Abchasien kam es in Südossetien während der Sowjetunion kaum zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. (vgl. Schmidt 2009: 110) Die hohe Anzahl an geschlossenen Ehen zwischen GeorgierInnen und OssetInnen zu Sowjetzeiten sind ein Indiz dafür, dass diese interethnischen Spannungen nach den blutigen Auseinandersetzungen im Jahr 1920 allmählich an Intensität verloren. (vgl. Muckenhuber 2009: 18)

2.4 Der Weg in die Unabhängigkeit Georgiens

2.4.1 Unabhängigkeitsbestrebungen und georgisch-südossetische Spannungen unter Swiad Gamsakhurdia

Gegen Ende der 1950er Jahre entstanden in Georgien die ersten nationalistischen Bewegungen, die jedoch gleich zu Beginn vom KGB aufgelöst wurden. Doch jene Bewegungen konnten sich im Untergrund neu formieren und kehrten in den 1970er Jahren erstärkt zurück. (vgl. Cornell 2001: 150f) 1976 gründete Swiad Gamsakhurdia die georgische *Helsinki Watch Group*, eine NGO für Menschenrechte. Für ihn war die Unabhängigkeit Georgiens von größter Priorität, weshalb er sich auch gegen Minderheitskonflikte aussprach, da diese den Prozess der Unabhängigkeit in die Länge ziehen würden. Nur drei Jahre später wurde Swiad Gamsakhurdia vom KGB verhaftet und erst 1979 nach eingestandener Schuld wieder freigelassen. (vgl. Cornell 2001: 150)

Interethnische Spannungen waren bis zum Aufkeimen der nationalistischen Bewegungen, die spätestens in den frühen 1980er Jahren starken Zulauf von der Bevölkerung verzeichneten, im Alltag kaum spürbar gewesen. Aufgrund der Schwäche der wenigen moderaten nationalen Gruppierungen gewann die radikal nationalistische Bewegung an Stärke. Die Kommunistische Partei, welche die neuesten Entwicklungen mit Missfallen verfolgte, musste, um ihre Legitimität in der Bevölkerung nicht gänzlich zu verlieren, der Opposition erste Zugeständnisse machen. Maßnahmen wie beispielsweise die Einführung der georgischen Sprache als erste Sprache auch in den Minderheitsgebieten erfreute zwar die nationale Bewegung, bedeutete aber für die Minderheiten starke Repressionen. (vgl. Cornell 2001: 155) Weiters sah Georgien die Autonomie Südossetiens als künstliches Konstrukt an, in der die georgische Bevölkerung von „russifizierten Nicht-Georgiern“ (Schmidt 2009: 111) unterdrückt werde. Es ist daher nicht erstaunlich, dass ein Großteil der in Georgien lebenden Minderheiten in den 1980er Jahren das Land fluchtartig verließ. (vgl. Cornell 2001: 158)

Im Jahr 1989, in dem die radikale nationalistische Bewegung ihren damaligen Höhepunkt erreichte, forderte Abchasien die Aufwertung seines politischen Status, woraufhin mehrtätige Proteste in Tiflis ausbrachen. Mit der Situation vollkommen überfordert, zerschlug die georgische Armee am 9. April 1989 gemeinsam mit sowjetischen Spezialtruppen gewaltsam die Proteste. 19 Menschen wurden dabei getötet, hunderte verletzt. (vgl. Schmidt 2009: 111f)

Spätestens mit dieser gewaltsamen Beendigung der Demonstration verlor die kommunistische Führung jegliche Legitimität in der georgischen Bevölkerung.

Im November desselben Jahres beschloss auch Südossetien die einseitige Aufwertung des autonomen Bezirks in eine autonome Republik. Das georgische Parlament sah diesen Beschluss als ungültig an und reagierte darauf mit der Auflösung des autonomen Gebiets Südossetien als administrative Einheit im Dezember 1990 und mit dem Einmarsch georgischer Milizen nach Südossetien. Die Kampfhandlungen kosteten rund 2000 Menschen das Leben. Mehr als 100.000 SüdossetInnen flüchteten nach Russland, rund 20.000 GeorgierInnen flohen nach Kerngeorgien. (vgl. Muckenhuber 2009: 21f) Georgien rechtfertigte diese Maßnahme damit, dass separatistische Gruppierungen versuchen würden, die territoriale Integrität des Landes zu verletzen. (vgl. Schmidt 2009: 115)

Swiad Gamsakhurdia, der mit seiner Partei die erste Mehrparteienwahl am 28. Oktober 1990 klar für sich entscheiden konnte, organisierte daraufhin einen Marsch nach Südossetien, an dem mehr als 10.000 Menschen teilnahmen. Sowjetische Truppen kamen Südossetien, in dem nun der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, zur Hilfe und konnten die Menschenmenge aufhalten, deren Ziel die „Rettung der georgischen Bevölkerung vor der sowjetischen Okkupation“ war. (vgl. Cornell 2001: 157f) Doch die Situation in Südossetien eskalierte daraufhin endgültig zu einem Bürgerkrieg zwischen georgischen ExtremistInnen und der ossetischen Bevölkerung, der bis in das Jahr 1992 andauerte.

Im Jänner 1991 unterzeichnete Gorbatschow eine Verordnung, welche sowohl die einseitige Statusaufwertung Südossetiens als auch die Aufhebung des autonomen Status Südossetiens durch Georgien für ungültig erklärte. (vgl. Schmidt 2009: 116)

Am 17. März desselben Jahres fand das All-Unionsreferendum statt, das Georgien als einzige Sowjetrepublik boykottierte. Abchasien und Südossetien nahmen trotz all dem am Referendum teil und entschieden sich klar für den Fortbestand der UdSSR. Nur wenige Tage später fand ein Referendum hinsichtlich der Unabhängigkeit Georgiens statt, welches sowohl von Abchasien als auch von Südossetien boykottiert wurde. Die ethnisch georgische Bevölkerung sprach sich hingegen mit 98% für die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Georgiens aus.

Im März 1991 griff erstmals der Vorsitzende des russischen Obersten Sowjets, Boris Jelzin, in den Südossetienkonflikt ein und traf Swiad Gamsakhurdia auf georgischem Boden, wo sie einen Vertrag über die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen unterzeichneten. Dies ist insofern bezeichnend, da beide starkes Interesse an einer bilateralen Konfliktlösung

äußerten. Im Zuge dieses Vertrags wurde beispielsweise die Bildung einer gemeinsamen Milizeinheit vorgeschlagen, deren Aufgabe die Entwaffnung illegaler Banden sei. (vgl. Schmidt 2001: 118)

Nachdem im April 1991 die staatliche Unabhängigkeit Georgiens ausgerufen wurde, konnte Swiad Gamsakhurdia, der am 26. Mai 1991 mit über 86% der Stimmen die Präsidentschaftswahlen klar für sich entscheiden. Unter dem Motto „Georgien für Georgiern“ (Manutscharjan 2009: 73) führte er eine Reihe von brutalen Gesetzen ein, die die Minderheitsrechte beschnitten, weswegen eine friedliche Lösung der Minderheitenkonflikte kaum noch als wahrscheinlich galt. Weiters führte er das Land mit seinem diktatorischen Führungsstil und seiner Politik der Konfrontation in eine außenpolitische Isolation. (vgl. Coopier 1999: 5) Die politische Struktur Georgiens während des georgischen Unabhängigkeitskampfes zwischen 1989 und 1991 war geprägt von einer Spaltung zwischen prowestlichen und Moskau-freundlichen Parteien, wobei die autonomen Republiken Südossetien und Abchasien sich geschlossen für Moskau entschieden. (vgl. Coopier 1999: 6) Die Kluft zwischen Regierungsanhängern und Opposition wurde daraufhin immer größer, bis im Dezember 1991 die Spannungen in einen offenen Bürgerkrieg in Abchasien ausarteten. Am 6. Jänner 1992 floh er über Armenien nach Tschetschenien, wo er politisches Asyl erhielt. (vgl. Cornell 2001: 165f)

2.4.2 Aufstieg und Fall Georgiens unter Eduard Schewardnadse

1992 rief der Militärrat, der nach dem Putsch an Swiad Gamsakhurdia die politische Kontrolle an sich riss, Eduard Schewardnadse zurück nach Georgien, um die gewalttätigen ethnischen Konflikte zu beenden und das Land aus der chaotischen Lage zu führen. Eduard Schewardnadse, der von 1985 bis 1990 das Amt des Außenministers der UdSSR bekleidete, galt nicht zu Unrecht als Hoffnungsträger innerhalb der georgischen Bevölkerung. (vgl. Cornell 2001: 166) Doch aufgrund der Niederlage Georgiens im Abchasienkrieg 1992, des noch andauernden Bürgerkriegs in Südossetien und der wieder erstarkenden SwiadistenInnen war er mit drei offenen Konfliktherden in Georgien konfrontiert, weshalb seine Macht anfangs auf wackligen Beinen stand:

Mit der plötzlichen Rückkehr von Swiad Gamsakhurdia aus dem Exil nach Georgien während des Abchasienkrieges lief rund ein Drittel der georgischen Soldaten zu ihm über. Von der Abspaltung geschwächt, gelang es dem georgischen Militär nicht, die abchasischen Truppen zu zerschlagen. (vgl. Muckenhuber 2009: 26) Abgesehen von kleinen Teilen des Kodori Tals wurde nun ganz Abchasien von abchasischen Truppen kontrolliert. Eine große

Anzahl der in Abchasien lebenden, ethnisch georgischen Bevölkerung wurde ermordet, mehr als 200.000 GeorgierInnen mussten ihre Heimat fluchtartig verlassen. (vgl. Дымао 2002: 18) Die stetig an Zulauf findenden militanten Truppen der SwiadistInnen, der AnhängerInnen Gamsakhurdias, stellten eine starke Bedrohung für den georgischen Staat dar, weshalb Eduard Schewardnadse verzweifelt Russland um Unterstützung bat. Nachdem die SwiadistInnen von russischen Truppen vertrieben wurden, war Eduard Schewardnadse trotz langer Weigerung schlussendlich gezwungen, 1993 der GUS beizutreten. (vgl. Dengg 2003: 64)

Nachdem mittlerweile auch nordossetische und russische Kampfverbände im parallel dazu laufendem Südossetienkrieg involviert waren, unterzeichneten Eduard Schewardnadse und Boris Jelzin am 24. Juni 1992 schlussendlich ein Waffenstillstandsabkommen, welches den Konflikt zwar einfro, nicht aber löste. Im Rahmen dieses Waffenstillstandsabkommens wurde die Präsenz russischer, georgischer und ossetischer Friedenstruppen, welche dem russischen Kommando unterlagen, beschlossen.

Aufgrund seiner geschwächten Position war Georgien mehr oder weniger gezwungen 1994 ein Abkommen über *Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit* mit Russland zu unterzeichnen. (Manutscharjan 2009: 88) Georgien gestatte im Rahmen dieses Abkommens, welches die territoriale Integrität Georgiens anerkannte, den Bau russischer Militärstützpunkte. Somit konnte Russland nun offiziell seine militärische Präsenz legal rechtfertigen und den einst verlorenen Einfluss im Kaukasus erneut stärken. (vgl. Manutscharjan 2009: 88)

Neben dem völligen Verlust der Kontrolle über Abchasien, dem teilweisen Kontrollverlust in Südossetien und vier russischen Militärstützpunkten in Georgien gab es nun auch eine große Population an georgischen Flüchtlingen, die zu einer „Brutstätte des Nationalismus“ wurde. (Muckenhuber 2009: 27)

Die Ereignisse der Abchasienkrise deuten darauf hin, dass Eduard Schewardnadse seine Milizen nie wirklich unter Kontrolle hatte. So geht die Literatur grundsätzlich davon aus, dass nicht er, sondern hohe Militärs den Befehl zum Angriff erteilten. (vgl. Muckenhuber 2009: 25f) Dies stärkt die Annahme, dass Eduard Schewardnadse, bewusst vom Militärrat als Marionette eingesetzt, innerhalb der politischen bzw. militärischen Elite seine Macht anfangs nicht wirklich konsolidieren konnte. (vgl. Manutscharjan 2009: 76)

Nach dieser Phase der inneren Unruhen gelang es Eduard Schewardnadse schrittweise seine Macht dank erfolgreicher wirtschaftlicher und politischer Reformen zu konsolidieren und für Stabilität im Land zu sorgen. Zwar konnten für Südossetien und Abchasien keine echten politischen Lösungen gefunden werden, doch konnte Eduard Schewardnadse das Image Georgiens in der internationalen Staatengemeinschaft aufpolieren, weshalb Georgien als erster kaukasischer Staat im März 1993 in die OSZE aufgenommen wurde. (vgl. Dengg 2003: 64) Nur wenige Monate später folgte der Beitritt in die UNO. (vgl. Cornell 2001: 170) Die innenpolitische Priorität des georgischen Präsidenten lag in der Wiederherstellung der territorialen Integrität, die er gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln zu erreichen versuchte. (vgl. Manutscharjan 2009: 90)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es Eduard Schewardnadse mit dem Eintritt in die GUS gelang, eine gewisse innenpolitische Stabilität zu erzeugen. Darüber hinaus erhoffte sich Georgien von Russland, welche ihre Beziehung durch mehrere freundschaftliche Verträge intensivierten, Unterstützung hinsichtlich der abtrünnigen Regionen. Da sich jedoch wichtige Kreise der russischen politischen Elite für die Interessen der separatistischen Regime aussprachen, bewirkte der von Russland offiziell ausgeübte Druck auf Abchasien und Südossetien keine nennenswerten Veränderungen. (vgl. Muckenhuber 2009: 27f)

Georgien zeigte keine Bereitschaft zur Beilegung des Konflikts: die Einführung föderativer Strukturen in den abtrünnigen Regionen wurde entschieden abgelehnt, da diese als weitere sicherheitspolitische Gefahr galten. Eine Wiedervereinigung mit einer föderalen Lösung für Südossetien und Abchasien wurde von der georgischen Elite somit ausgeschlossen. (vgl. Coopieters 1999: 21)

Zwar hießen die westlichen Staaten die demokratiefördernden Reformen Georgiens gut, doch kritisierten sie, um keine Konfrontation mit Russland zu provozieren, nicht die von Russland forcierte Destabilisierungspolitik in den abtrünnigen Regionen. Auch wenn der Westen mehrmals starke Bedenken über den Eintritt Georgiens in die GUS äußerte, konnte Georgien schlussendlich nicht auf westliche Unterstützung im Konflikt mit Russland rechnen. (vgl. Muckenhuber 2009: 28)

Doch trotz der anfangs teils erfolgreichen Reformen unter Eduard Schewardnadse geriet Georgien erneut in eine tiefe, innenpolitische Krise. Dem schwachen Staat gelang es nicht, die Korruption in den Griff zu bekommen. Sogenannte Unternehmer, die durch die

Sezessionskriege Profit und Macht erlangt hatten, trugen maßgeblich am Zerfall der Staatlichkeit bei.

War während der Sowjetunion noch eine Schattenwirtschaft entstanden, in der offizielle und inoffizielle Akteure eng miteinander in Korruption verwoben waren, so entstand zwischen 1992 und 1995 eine „Ökonomisierung der Gewalt“. So konkurrierten etwa während des Abchasienkonflikts Paramilitärs regelrecht um das Recht zur Plünderung. (Muckenhuber 2009: 28f)

Auch die russische Wirtschaftskrise 1998 hatte katastrophale Auswirkungen auf die bereits ohnehin stark angeschlagene Staatlichkeit Georgiens. Die georgische Währung erlitt eine rasante Abwertung, welche die Korruption weiter in die Höhe treiben ließ und ausstehende Reformen im Energiesektor schufen weitere Abhängigkeiten von Russland. Die Situation spitzte sich im Winter 2001/2002 soweit zu, dass Moskau aufgrund von georgischen Zahlungsengpässen, mit politisch-strategischen Hintergedanken, die Gaslieferungen nach Georgien einstellte. (vgl. Cornell 2001: 171)

Trotz alldem verlor Russland unter Eduard Schewardnadse allmählich politischen Einfluss in Georgien. So verweigerte beispielsweise Tiflis Russland im Zuge des Tschetschenienkrieges die Durchführung jeglicher Militärationen von georgischem Staatsgebiet aus. Daraufhin beschuldigte Russland Georgien, tschetschenische TerroristInnen, welche durch das Pankisi Tal nach Georgien flüchteten, zu schützen. (vgl. Manutscharjan 2009: 207f) Auf die Weigerung Georgiens, diese mutmaßlichen TerroristInnen auszuliefern, reagierte Moskau mit der Bombardierung georgischer Siedlungen im Pankisi Tal. (vgl. Cornell 2001: 172)

Diese antirussische Haltung im Tschetschenienkrieg, die Orientierung an den Westen ab 1998 und die damit einhergehende Stationierung amerikanischer Truppen in Georgien führten zur erneuten Verschärfung der Situation zwischen Russland und Georgien. (vgl. Manutscharjan 2009: 210)

2.5 Die Rosenrevolution

Eduard Schewardnadse verlor innerhalb seiner 10 jährigen Herrschaft de facto die Kontrolle über die georgischen Außengrenzen: Aslan Abaschidse, der sich die Herrschaft Adschariens an sich riss und dieses wie ein föderales Fürstentum regierte, kontrollierte die westliche georgische Außengrenze samt dem wichtigen Batumi Hafen am Schwarzen Meer. Ebenso entglitt das Pankisi Tal im Zuge des Tschetschenienkrieges der Kontrolle Georgiens. Weiters

hatten die lokalen Autoritäten Südossetiens und Abchasiens die nördliche Grenze zu Russland fest in ihren Händen. (vgl. Lynch 2006: 17) Daraus lässt sich erkennen, dass sich rund 20 % des Staatsgebiets nicht mehr unter der Kontrolle von Tiflis befand. Diese de facto Territorialverluste, einhergehend mit der russischen Destabilisierungspolitik in den abtrünnigen Regionen, führten schlussendlich zum völligen Kollaps der georgischen Staatlichkeit.

Lynch beschreibt deshalb Georgien zu Beginn des 21. Jahrhunderts als

[...] a failing state that hardly existed in the Weberian sense as a unified unit with control over its territory and a monopoly on the use of force, able to extract resources from society and redistribute these for the public good. (Lynch 2006: 17)

Trotz seines undemokratischen Führungsstils ließ Eduard Schewardnadse politischen Pluralismus zu und trieb die Idee einer offenen Gesellschaft voran, weshalb er seine Macht bis 2001 relativ erfolgreich festigen konnte. Ganz nach sowjetischer Tradition wehrte er sich gegen jene Reformen, die notwendig gewesen wären, um Missstände wie Korruption und Autoritarismus zu bekämpfen. (vgl. Muckenhuber 2009: 31) Sein Legitimitätsverlust innerhalb der Bevölkerung wird durch die zahlreichen Demonstrationen, die 2001 in Tiflis stattfanden, offensichtlich. (vgl. Küchholz 2006: 9)

Als im November 2003 Micheil Saakaschwili, von der breiten Bevölkerung unterstützt, gemeinsam mit Burjandase bei den Parlamentswahlen antrat, war ihm laut Umfragen diverser NGOs der Wahlsieg sicher. Trotzdem erklärte die Wahlkommission schlussendlich Eduard Schewardnadse als klaren Gewinner der Wahl. (vgl. Küchholz 2005: 6) Doch aufgrund der von OSZE WahlbeobachterInnen aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei der Wahl, musste Eduard Schewardnadse schließlich „begrenzte Wahlfälschung“ (Küchholz 2006: 13) gestehen.⁴

Der Opposition gelang es daraufhin, die Bevölkerung vom offensichtlichen Wahlbetrug zu überzeugen und zu tagelangen Massendemonstrationen zu mobilisieren. In der Literatur wird immer wieder darauf eingegangen, dass er anfangs eine gewaltsame Beendigung der Proteste nicht ausschloss, doch aufgrund wachsenden internen Machtverlusts jedoch schlussendlich darauf verzichtete. (vgl. Muckenhuber 2009: 32)

Folglich besetzten zahlreiche DemonstrantInnen am 22. November während der Eröffnungsfeier der Legislaturperiode das Parlament und verteilten als Geste des friedlichen

⁴ Beispielsweise tauchten WählerInnenlisten auf, die Tote beinhalteten, dafür aber tausende Lebende als nicht Wahlberechtigte ausschlossen.

Protests Rosen an die Polizei, weshalb der Protest seinen Namen *Rosenrevolution* erhielt. (vgl. Muckenhuber 2009: 32) Eduard Schewardnadse zog daraus die Konsequenzen und erklärte seinen Rücktritt, nicht zuletzt aufgrund der positiven Vermittlungsrolle des russischen Außenministers Igor Iwanov. (vgl. Sokov 2006: 2) Im folgenden Jahr konnte Micheil Saakaschwili sowohl die neu angesetzten Präsidentschafts- als auch die Parlamentswahlen klar für sich entscheiden.

In Europa und den USA wurden diese Ereignisse als eine von der Bevölkerung ausgehende Revolution betrachtet, deren Ziel die Konsolidierung der Demokratie war, und demnach breite Unterstützung fand. Für Russland hingegen war es, obwohl es sich aktiv für den Rücktritt von Eduard Schewardnadse eingesetzt hatte, ein von ausländischen Kräften eingefädelter Putsch.

Auch wenn Lynch die Bewegung aufgrund ihrer Charakteristika als Revolution anerkennt, muss trotz all dem festgehalten werden, dass viele georgische NGOs, die eine ausschlaggebende Rolle beim Regimewechsel spielten, sowohl finanzielle als auch fachliche Unterstützung von ausländischen, meist US-amerikanischen Organisationen erhielten. (vgl. Lynch 2006: 25) Eduard Schewardnadse selbst beschuldigte den amerikanischen Milliardär George Soros, er habe, gemeinsam mit der Jugendbewegung *Kmara*, seinen Putsch monatelang geplant und finanziert. (vgl. Küchholz 2005: 21)

Alleine von Seiten der EU bekam Georgien im Zeitraum von 1992 bis 2004 über 420 Millionen Euro an Hilfszahlungen. Als eine der außenpolitischen Prioritäten der USA im Jahr 2003/2004 nahm Georgien sogar den vierten Platz der Empfängerliste von USAID ein. (vgl. Muckenhuber 2009: 33)

Ungeachtet der Frage, ob der Regimewechsel durch eine Revolution ausgelöst wurde, war sowohl die georgische Bevölkerung als auch die internationale Staatengemeinschaft von einem politischen Neubeginn überzeugt. Große Finanzspritzen von der EU und der Weltbank, die in einer Geberkonferenz im Juni 2004 zur Verfügung gestellt wurden, sollten den Übergang zu einer konsolidierten Demokratie erleichtern. (vgl. Halbach 2004: 1)

Das Fünf-Punkte-Programm von Micheil Saakaschwili klang vielversprechend. Neben der Wiedereinführung der Rechtsstaatlichkeit, den politischen und ökonomischen Reformen und der Neugestaltung des Sicherheitssektors, galt für ihn die Wiedervereinigung des Staates Georgien als oberste Priorität. Am Tag seines Amtsantritts schwor er vor dem Grab von König David die Wiedervereinigung Georgiens. (vgl. Lynch 2006: 25f)

Micheil Saakaschwili gelang es durch gezielte Maßnahmen, die Korruption einzudämmen, und durch die Verfassungsreform die Exekutive zu stärken (vgl. Muckenhuber 2009: 34)

Zusammenfassend ist jedoch festzuhalten, dass unter Micheil Saakaschwili die erhofften Erfolge ausblieben. Seine politischen Reformen führten zu keiner Konsolidierung der Demokratie, sondern hatten lediglich die Stärkung des Präsidenten zum Ziel. Durch die vom IWF aufgezwungene neoliberale Wirtschaftspolitik stieg die Arbeitslosenrate, der Lebensstandard konnte nicht angehoben werden. Sein autoritärer Führungsstil und die verfehlte Minderheitenpolitik mündeten schlussendlich in einen Krieg mit Russland. (vgl. Lynch 2006: 31ff)

Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Bevölkerung bald ihr Vertrauen in Micheil Saakaschwili verlor. Der bekannte georgische Politikkommentator, Paata Zakareischwilli, sprach vielen GeorgierInnen aus der Seele, als er 2005 folgendes veröffentlichte:

Everyone knows that no real revolution took place in Georgia; the face of the political elite merely changed through revolutionary methods. The current government is ruling the country in the same way as Shevardnadze. This is to say that the authorities are concerned only with strengthening the power of their own class. (zitiert in Lynch 2006: 24f)

Bezeichnend für den Legitimationsverlust Saakaschwilis in der Bevölkerung ist die am 2. November 2007 stattgefundene Demonstration in Tiflis, an der rund 80.000 Menschen teilnahmen. Die soziale Frustration innerhalb der Bevölkerung mündete nun in eine innenpolitisch Krise, die kurz vor der Eskalation stand. (vgl. Halbach 2007: 2)

2.5.1 Die Wiedervereinigung Georgiens als oberste Priorität

Erstaunlicherweise verbesserte sich in den ersten Monaten nach der Rosenrevolution das Klima zu Russland entscheidend. Als Höhepunkt des Tauwetters kann sicherlich der friedliche Ausgang der Adscharienkrise bezeichnet werden, der unter anderem erneut durch die positive Vermittlungsrolle Iwanows zustande kam. (vgl. Zagorski 2009:231) Als eine seiner ersten Amtshandlungen konnte Micheil Saakaschwili die abtrünnige Provinz Adscharien, die lokal von Abaschidse regiert und kontrolliert wurde, wieder in den Staatenbund zurückführen. Wissend, den Partikularismus in Adscharien bezwungen zu haben, appellierte er nun an Südossetien und Abchasien sich Georgien anzuschließen und bot ihnen im Gegenzug weitgehende Autonomierechte an. Weiters wäre Micheil Saakaschwili bei einer Wiedereingliederung bereit gewesen, die Bahnverbindung zwischen Tiflis und

Südostsetien wiederherzustellen, sowie Pensionen und humanitäre Hilfe auszusahlen. (vgl. Halbach 2004: 3)

Tatsächlich war die Situation vor allem in Südostsetien bis 2004 sehr ruhig und die Hoffnung auf eine friedliche Lösung galt nicht länger als unwahrscheinlich. Die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der in Südostsetien lebenden ethnisch georgischen Bevölkerung und den SüdostsetInnen wurde zunehmend revitalisiert. (vgl. Halbach 2006: 2)

Doch nur wenige Monate später korrigierte Georgien seinen Kurs und errichtete auf südostsetischem Boden militärische Kontroll- und Stützpunkte, um so den Schmuggel durch den Roki Tunnel zu unterbinden. (vgl. Lynch 2006: 42) Doch der plötzliche Stopp russischer Warenlieferungen nach Südostsetien bedeutete eine drastische Verknappung der Lebensmittel sowie den Ausfall von Einkommen. Für die südostsetische Bevölkerung, die seit langem von der georgischen Wirtschaft vollkommen abgeschnitten war, galt der Schmuggel als Haupteinnahmequelle, die nun ausblieb. (vgl. Halbach 2004: 4)

Weiters verschärfte Georgien seine Rhetorik gegenüber den separatistischen Regimen, was 2004 erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führte. Nachdem eine freiwillige Wiedereingliederung nun endgültig gescheitert war, veränderte Georgien seine Strategie gegenüber Südostsetien nochmals. Mit Hilfe der von den USA vorangetriebenen Modernisierung der Streitkräfte, versuchte Georgien auf die abtrünnigen Regionen Druck auszuüben. Eine militärische Lösung wurde von Micheil Saakaschwili nicht länger ausgeschlossen. (vgl. Lynch 2006: 29)

Darüber hinaus mündete die Errichtung georgischer Kontrollpunkte in Südostsetien in eine erneute Militarisierung des Gebietes, weshalb die sich von Georgien bedroht fühlenden abtrünnigen Regionen Russland um Unterstützung baten. Aufgrund regelmäßiger Bereitschaftserklärungen beider Seiten zu gewaltsamen Maßnahmen sowie aufgrund der Publikation eines angeblichen geplanten Blitzkrieg Georgiens in Südostsetien in russischen Zeitungen markierte das Jahr 2006 einen weiteren Tiefpunkt in der russisch-georgischen Beziehung (vgl. Halbach 2006: 1f)

2.6 Die Beziehungen zwischen Russland und Georgien in Hinblick auf die Sezessionskonflikte

Die anfangs freundschaftliche Kooperation zwischen Georgien und Russland kurz nach der Rosenrevolution wurde jedoch bald durch eine feindliche Rhetorik ersetzt.

Georgiens Orientierung Richtung Westen und die Bemühungen von Micheil Saakaschwili, in die NATO aufgenommen zu werden, wurden in Moskau mit großer Besorgnis beobachtet. Weiters hätte eine mögliche Wiedervereinigung der abtrünnigen Regionen mit Georgien für Russland den endgültigen Machtverlust am Kaukasus bedeutet. (vgl. Zagorski 2009: 231) Während Georgien als oberstes Ziel die Wiedereingliederung der separatistischen Regionen nannte, war Russland an der Erhaltung des Status Quo interessiert. Folglich weigerte sich Russland das 1992 im Rahmen der Friedensabkommen beschlossene Format über die Friedenstruppen zu verändern. Im Rahmen dieses Vertrags wurde die *Joint Control Commission (JCC)* ins Leben gerufen, die bestehend aus nordossetischen, südossetischen, georgischen und russischen Truppen, unter russischer Kontrolle den Waffenstillstand überwachen soll. (vgl. Halbach 2004: 4) Da dieses Abkommen nicht zur Aufarbeitung und Beseitigung des Konflikts beitrug, sondern ihn lediglich aus Eis legte, kam es immer wieder zu Eskalationen der georgisch-russischen Beziehung. (vgl. Manutscharjan 2008: 42)

Diesbezüglich ist festzuhalten, dass die von Georgien seit Jahren geäußerte Kritik an den russischen Friedenstruppen nicht unberechtigt erscheint: einerseits ist Georgien im *JCC* stark unterrepräsentiert und andererseits wurde der Grundsatz der Unparteilichkeit von russischer Seite mehrmals verletzt, da Russland mehr an der Erhaltung des Status Quo als an der Friedenssicherung interessiert ist. (vgl. Halbach 2004: 6) Doch eine Internationalisierung der Friedenstruppen, wie es Georgien verlangt, wird von Russland kategorisch abgelehnt, da dies eine Stationierung beispielsweise US-amerikanischer Truppen an der russischen Grenze bedeuten und eine Bedrohung für Russland darstellen würde. (vgl. Zagorski 2009: 236)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Destabilisierungspolitik, die Russland gegenüber Georgien betrieb, als kaum erfolgreich, bzw. sogar als kontraproduktiv herausstellte. Während sich die separatistischen Regionen zwar näher an Russland anbinden konnten, verlor Russland zusehends die Kontrolle über Georgien. Indem Tiflis neue Abhängigkeiten schuf, konnte es sich erfolgreich von russischer Einflussphäre entfernen. (vgl. Zagorski 2009a: 237)

2.7 Der sechste Kaukasuskrieg: Der Südossetienkonflikt 2008

Vor allem im Gebiet um Abchasien kam es 2008 erneut zu heftigen Eskalationen, da Georgien diverse russische Projekte in Abchasien, wie beispielsweise die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung zu Russland, als Provokation sah.⁵ Weiters führte die erhöhte Truppenkonzentration auf beiden Seiten zu heftigen Spannungen. Fast täglich kam es zu einem Schusswechsel zwischen Abchasien und Georgien. (vgl. Zagorski 2009a: 239)

Auch entlang der inoffiziellen Grenze zwischen Georgien und Südossetien kam es seit Juni 2008 fast täglich zu kleinen Scharmützeln. Als Antwort auf die Ermordung eines ossetischen Polizisten am 3. Juli, hinter welcher der georgische Geheimdienst vermutet wurde, feuerte Südossetien Granaten auf georgische Siedlungen.⁶ (vgl. Gressel 2009: 3)

Doch nach dem Scheitern der Konferenz in Berlin Ende Juli zwischen Georgien und Abchasien kam es jedoch in Südossetien und nicht in Abchasien zu einer bewaffneten Auseinandersetzung. Nachdem sowohl Russland als auch Georgien provokante Militärmanöver vollzogen, griffen georgische Truppen in der Nacht von 7. auf 8. August die südossetische Hauptstadt Zchinwali an, obwohl Georgien noch am Nachmittag des 7. Augusts eine einseitige Waffenruhe verkündete. (vgl. Фельгенгауер 2008: o.S.) Mit einer Großoffensive gelang es Saakaschwilis Truppen, die Hauptstadt sowie den Bezirk Tkwerneti zu besetzen, woraufhin nur wenige Stunden später Russland mittels Kampfflugzeugen und Panzern in den Konflikt eingriff. (vgl. International Crisis Group 2008: 2)

Doch die als Blitzkrieg konzipierte Offensive gegen Südossetien scheiterte vor allem an der Entschlossenheit und Härte der nordossetischen Freiwilligenverbänden und der russischen Armee. Bereits am Vormittag des 9. Augusts gelang es Russland die georgischen Truppen aus Südossetien zu vertreiben, wodurch der georgische Vorstoß bereits wenige Stunden nach der Invasion endgültig zusammenbrach. (vgl. Schulze 2009: 13) Russland machte jedoch nicht Halt vor der inoffiziellen Grenze zu Georgien und marschierte nach Kerngeorgien ein. Vom harten Vorgehen seitens der russischen Truppen vollkommen überrascht, flüchteten die georgischen Truppen und gaben folglich georgische Städte wie Gori und Senaki kampflos auf. In den nächsten Tagen nahmen die russischen Truppen wichtige strategische Punkte in ganz Georgien ein und bombardierten sowohl die militärische als auch zivile Infrastruktur im Land. (vgl. Zagorski 2009a: 241f)

⁵ Diesbezüglich ist zu erwähnen, dass mit Hilfe der wiederhergestellten Eisenbahnverbindung während der Kampfhandlungen im Abchasien Waffen von Russland nach Abchasien geschleust wurden.

⁶ Die Wahrscheinlichkeit, dass jener Mord aufgrund politischer Motive begangen wurde, ist laut Gressel relativ gering. Vielmehr wird von einem wirtschaftskriminellen Hintergrund des Mordes ausgegangen.

Abchasische Truppen stiegen bereits am 8. August in den Krieg ein und konnten erfolgreich, gemeinsam mit russischen Kampfverbänden, das von Georgien besetzte Kodori-Tal wieder zurückerobern. Im Zuge der Wiedereingliederung dieses Gebietes in Abchasien mussten rund 3000 ethnische GeorgierInnen ihr Zuhause fluchtartig verlassen. (vgl. Internationa Crisis Group 2008: 3)

Den am 10. August von Micheil Saakaschwili einseitig ausgerufenen Waffenstillstand akzeptierte Russland anfangs nicht. Vielmehr nannte Russland erstmals den Rücktritt Saakaschwilis als Vorbedingung einer Waffenruhe, weshalb zu vermuten ist, dass Russlands eigentliches Ziel der Regimewechsel Georgiens war. Weiters müsse, Georgien den nun veränderten Status hinsichtlich der abtrünnigen Regionen anerkennen. (vgl. Gressel 2009: 4)

Die bislang größte militärische Eskalation muss, so Halbach, in Zusammenhang mit zwei internationalen Geschehnissen betrachtet werden: der mögliche NATO Beitritt Georgiens und die diplomatische Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovos durch rund 50 Staaten. (vgl. Halbach 2009: 4) Durch die Ereignisse im Zuge der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos, welche Russland bis zuletzt ablehnte, wurde für Russland ein Präzedenzfall geschaffen, der es nun erstmals ermöglichte, die destabilisierende Politik Russlands in Südossetien zu legitimieren. Hierbei muss jedoch erwähnt werden, dass der Gedanke Russlands, beide separatistische Regionen als unabhängige Staaten anzuerkennen, bereits lange vor der Unabhängigkeit des Kosovos geäußert wurde und die Unabhängigkeitserklärung des Kosovos für Russland demnach zu einem günstigen Zeitpunkt geschah. (vgl. Halbach 2009: 4)

Durch den ausgeübten Druck auf die Konfliktparteien gelang es dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy als Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft schlussendlich Russland und Georgien zu einem Waffenstillstandsabkommen zu überreden, das von Dimitri Medwedjew und Nicolas Sarkozy ausgearbeitet und am 15. bzw. 16. August unterzeichnet wurde. (vgl. Internationa Crisis Group 2008: 4) Dieses 6-Punkte-Abkommen beinhaltete neben einem Gewaltverzicht beider Seiten, den freien Zugang für internationale humanitäre Hilfe, die „Rückführung georgischer Streitkräfte in friedensmäßige Garnisonen“, (Gressel 2009: 6) sowie die Bereitschaft auf internationale Verhandlungen. Punkt 5 sah den Rückzug der russischen Truppen auf die Linien vor Beginn der Feindseligkeiten in Südossetien vor, räumte ihnen jedoch vorläufig die Ergreifung „zusätzlicher

Sicherheitsmaßnahmen“ ein. (Gressel 2009: 6) Diese unpräzise Formulierung sorgte nach dem Krieg für erneuten Zündstoff zwischen den Konfliktparteien. Russland interpretierte diesen Punkt als Möglichkeit, sich nun dauerhaft in der sogenannten Sicherheitszone (ein 14 Kilometer breiter Landstreifen um Südossetien) aufhalten zu können. Da eine langfristige Stationierung russischer Truppen, als Friedenstruppen deklariert, auf georgischen Boden jedoch als Verletzung der territorialen Integrität zu sehen ist, verlangen Georgien und die USA weiterhin eine Revision dieses Punktes. Für Russland würde solch eine Einrichtung einer demilitarisierten Zone die politische, ökonomische und militärische Kontrolle über Georgien bedeuten, ohne offiziell als Besatzungsmacht auftreten zu müssen. (vgl. Gressel 2009: 9)

Beide Seiten versuchten nach dem Krieg die internationale Staatengemeinschaft auf ihre Seite zu gewinnen, im Zuge dessen ein Kampf um die internationale öffentliche Meinung entbrannte. (vgl. Gressel 2009:7) So beschuldigten sie sich gegenseitig der ethnischen Säuberung sowie etlicher Menschenrechtsverletzungen. Georgien gelang es in den ersten Tagen nach dem Krieg sich vorwiegend als Opfer des „brutalen Aggressors“ Russland darzustellen und behauptete, die militärische Offensive sei lediglich als Antwort auf die zuvor stattgefundene Invasion Russlands zu sehen. NATO Aufzeichnungen stellten später jedoch fest, dass Georgien, mit der Besetzung von Zchinwali die militärische Auseinandersetzung vom Zaun gebrochen hatte. (vgl. Manutscharjan 2008b: 23)

Zu jener Zeit vereinte sich die Opposition in Georgien mit der Regierung von Micheil Saakaschwili und stand geschlossen gegen den gemeinsamen Feind Russland. Auch innerhalb der Bevölkerung wurde anfangs kaum Kritik an seiner Vorgehensweise laut. (vgl. Halbach 2009: 7) Russland gelang es in den ersten Tagen nach dem Krieg hingegen nicht, seine Vorgehensweise international zu rechtfertigen, auch wenn Dimitri Medwedjew im Zuge des Krieges seine Macht als Präsident in Russland konsolidieren konnte. (vgl. Schröder 2008: 7) Mit den Argumenten Medwedjews, einen Genozid an der in Südossetien lebenden russischen Bevölkerung verhindert zu haben, konnte er in der russischen Bevölkerung stark punkten, was Umfragen des *Lewada Zentrums* bestätigten. Dieser Umfrage zufolge befürworteten 78% der befragten russischen Bevölkerung den Krieg, wobei 76 % die Schuld bei Georgien sah. (vgl. Schröder 2008:8)

Allmählich wurde jedoch mehr Kritik an der Vorgehensweise von Micheil Saakaschwili laut. Der verzweifelte Versuch, mit Hilfe des Überraschungsmoments eines Blitzkrieges Südossetien wieder unter georgische Kontrolle zu bringen, wird mittlerweile als leichtsinnig

und unüberlegt bewertet. Davon ausgehend, dass russische Truppen der militärischen Auseinandersetzung fernbleiben würden, erhoffte sich Micheil Saakaschwili einen kurzen, siegreichen Krieg. Der russische Präsident Dimitri Medwedjew befand sich zu jener Zeit auf Urlaub, Premierminister Wladimir Putin nahm an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Beijing teil.

Es kann davon ausgegangen werden, dass er persönlich den Befehl für den Einmarsch nach Südossetien gegeben hat. Mehrere georgische Militäroffiziere hätten den Präsidenten mehrmals von einer solchen militärischen Operation abgeraten. Die Tatsache, dass der georgische Verteidigungsminister zu Kriegsbeginn in Spanien auf Urlaub weilte, bestärkt diese Annahme.

Warum Micheil Saakaschwili schlussendlichen den Befehl gegeben hatte, ist bislang nicht ganz verständlich. Wladimir Putin hatte ihn bereits Tage zuvor vor einer militärischen Offensive gewarnt, da Russland, so Putin, nicht tatenlos zusehen würde. (vgl. Gressel 2009: 3)

Aufgrund der erhöhten Konzentration georgischer Truppen vor dem Ausbruch des Krieges entlang der südossetischen Grenze befand sich die russische Armee bereits in Alarmbereitschaft, welche die Situation in Südossetien offiziell als kritisch einstufte. Eine Militäroffensive von Seiten Georgiens war für Russland demnach keine Überraschung. (vgl. Manutscharjan 2008b: 23)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Georgien seine Kräfte klar überschätzt hatte. Mit der ausgebliebenen militärischen Rückendeckung der USA hatte Georgien keine Chance gegen die, mit ungeahnter Härte und Entschlossenheit vorgehende, russische Armee. (vgl. Gressel 2009: 9) Georgien konnte schlussendlich keines seiner erhofften Ziele erreichen, weder die Zurückgewinnung Südossetiens noch die Vertreibung der ossetischen Bevölkerung. (vgl. Mautscharjan 2008b: 19)

Die gegenseitigen Beschuldigungen, die jeweils andere Konfliktpartei hätte Menschenrechtsverletzungen begangen, wurden anhand einer Analyse von Human Rights Watch bestätigt. Sowohl den russischen und ossetischen, als auch den georgischen Truppen konnte der völkerrechtswidrige Einsatz von Streubomben nachgewiesen werden, die katastrophale Auswirkungen auf die zivile Bevölkerung hatten. (vgl. Luchterhandt 2008: 5) Bei genauerer Betrachtung des Konfliktverlaufs wird ersichtlich, dass sowohl Georgien als auch Russland einen unverhältnismäßig harten Einsatz diverser Waffen auf die Zivilbevölkerung forcierten. (vgl. Muckenhuber 2009: 56) Weiters wird der georgische

Angriff auf die demilitarisierte Zone rund um Zchinwali als auch der Vorstoß russischer Truppen nach Kerngeorgien als völkerrechtswidrig betrachtet. Das Eindringen Russlands nach Südossetiens ist aufgrund des Selbstverteidigungsrechts laut Kriegsrecht als legitim zu bewerten, da die georgische Offensive auch russische Friedenstruppen und somit auch Russland angriff. (vgl. Luchterhandt 2008: 6ff)

Doch wie Muckenhuber richtig feststellt, ist eine Klärung dieses Konfliktes aufgrund der hohen Politisierung der Emotionen nur schwer möglich. (vgl. Muckenhuber 2009: 56) Eine Aufklärung, wer nun wirklich für diesen Fünf-Tages-Krieg verantwortlich ist, wäre in diesem Falle auch nicht angebracht, da der Krieg aus einer „sich verdichtenden Ereigniskette gegenseitiger Provokationen“ (Halbach 2008a: 3) hervorging.

Insgesamt kostete der Fünf-Tages-Krieg 215 georgischen und 64 russischen bzw. ossetischen Soldaten das Leben. Die zu Beginn hohe Zahl von 2000 zivilen Opfern auf südosstischer Seite wurde bald auf 133 revidiert. UNHCR spricht von rund 30.000 ossetischen Flüchtlingen, die Zuflucht in der russischen Kaukasusrepublik Nordossetien fanden. Mehr als 85.000 ethnische GeorgierInnen, davon rund 15.000 aus Südossetien, mussten aufgrund der russischen Invasion zumindest kurzfristig ihre Heimat verlassen. Nur wenige Tage nach der Beendigung des Krieges ließ der südossetische Präsident Eduard Kokoity verlautbaren, dass ethnisch georgische Flüchtlinge nicht weiter das Recht hätten, nach Südossetien heimzukehren. (vgl. International Crisis Group 2008: 3)

Erfreulicherweise führte die militärische Auseinandersetzung in Südossetien und Abchasien nicht zu weiteren Gewaltausbrüchen in anderen Sezessionskonflikten des Kaukasus. Russland benutzte geschickt die Südossetienkrise um eine diplomatische Offensive im Rahmen des Karabachkonflikts zu starten und konnte sowohl Armenien als auch Aserbeidschan von einem Gewaltverzichtsabkommen überzeugen. (vgl. Halbach 2009: 11)

2.7.1 Konsequenzen für Russland und Georgien

Georgien konnte in Zuge des Krieges aufzeigen, dass Russland nicht länger als neutrale Partei in den georgischen Sezessionskonflikten zu betrachten ist und konnte dementsprechend die internationale Staatengemeinschaft von einer Internationalisierung des Konfliktmanagements überzeugen. (vgl. International Crisis Group 2008: 7) Im Rahmen des 6-Punkte-Abkommens wurde eine Stationierung einer Beobachtungskommission der EU in Georgien (*EUMM*) beschlossen, die Moskau somit nur mehr indirekt beeinflussen kann.⁷

⁷ Bis zuletzt verwehrte Russland jedoch der EUMM den Zugang sowohl zur Sicherheitszone als auch den Zugang nach Südossetien.

Russland verlor im Zuge dieses Krieges demnach im postsowjetischen Raum das Monopol auf die Friedenserhaltung in den Sezessionskonflikten und muss nun die EU gezwungenermaßen als Vermittlungsinstanz anerkennen. (vgl. Zagorski 2009b: 25) Weiters hat Russland die Grundlage für den Truppenverbleib in Georgien mit dem Eintritt in den Krieg nun endgültig eingebüßt.

Schulze geht so weit und bezeichnet die Anerkennung der Unabhängigkeit sogar als „Fußfessel“ für Russland, da es nun auch das letzte Instrument zur Einflussnahme auf georgische Politik verlor. (vgl. Schulze 2009: 13) Auch Halbach sieht dies ähnlich:

Russland hat [...] eine Wende in seiner Politik gegenüber ungelösten Sezessionskonflikten im „nahen Ausland“ vollzogen. Es geht von der kostengünstigen Nutzung des ungeklärten Status solcher Konflikte als Einflusshebel im Südkaukasus zu einer kostenintensiven Protektoratsherrschaft über Teile der Region über. (Halbach 2009: 8)

Doch kann Russland, das beide Regionen als unabhängige Staaten anerkennt, mit Hilfe von bilateralen Verträgen und Abkommen die Stationierung russischer Truppen in Abchasien und Südossetien weiter legitimieren und seine Macht in den beiden Regionen konsolidieren. (vgl. Zagorski 2009b: 24f) Durch die Zerstörung von ethnisch georgischen Siedlungen in beiden Regionen ist es Russland nun möglich, mit den kremltreuen Regierungen ihren Einflussbereich innerhalb Abchasiens und Südossetiens auszubauen. Darüber hinaus konnte Russland mit der Invasion nach Kerngeorgien und der damit einhergehenden Zerstörung militärischer Infrastruktur den Gegner großteils entwaffnen.

Trotz all den Erfolgen ist das politische Fazit, das Russland aus diesem Krieg ziehen muss, enttäuschend: neben der Internationalisierung des Konflikts und des Einflussverlusts auf die georgische Regierung konnte Russland das georgische Regime nicht stürzen. Georgien ist nun stärker denn je an einer NATO-Mitgliedschaft interessiert, und sieht die NATO als einzige Organisation, die Georgien vor dem großen Nachbarn schützen könne. (vgl. Zagorski 2009b: 24f) Zwar konnte Russland kurzfristig Georgien für die NATO uninteressant erscheinen lassen, da die NATO keine ungelösten Konflikte in das Bündnis aufnehmen möchte, doch ist in ferner Zukunft aufgrund der Abspaltung Südossetiens und Abchasiens eine Mitgliedschaft nicht zu verhindern. (vgl. Becher 2009:266) Abgesehen von der Stärkung der amerikanischen Position im Kaukasus muss Russland neben der erheblichen finanziellen Belastung vor allem einen Imageverlust innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft hinnehmen. (vgl. Schröder 2009: 19)

Zwar konnte Russland durch die Destabilisierung Georgiens einige seiner angestrebten Ziele erreichen, doch kann langfristig betrachtet ein schwaches Georgien nicht im Interesse Russlands sein. So könnte Moskau mit der Unterstützung eines starken, konsolidierten Georgiens großen Nutzen aus gemeinsamen Terrorismus- und Drogenbekämpfungsprogrammen ziehen. (vgl. German 2006: 11)

Auch Micheil Saakaschwili konnte schlussendlich nicht seine Ziele erreichen. Durch eine aggressive, auf Konfrontation ausgelegte Minderheitenpolitik schürte er ethnischen Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen und trug wesentlich zur Verschärfung des Konflikts bei. Nach der diplomatischen Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch Russland erscheint es nun schier unmöglich für Georgien, die separatistischen Regionen in näherer Zukunft wieder einzugliedern. Für den Status Georgiens und den separatistischen Regionen stehen mehrere Modelle zur Verfügung, wobei sich momentan das sogenannte *Zypernmodell* durchzusetzen scheint.⁸ Halbach argumentiert dies damit, dass sowohl eine breite internationale Anerkennung als auch eine Wiedereingliederung in Georgien unwahrscheinlich seien. (vgl. Halbach 2009: 8)

Nach dem Ende des Krieges versuchte Micheil Saakaschwili die Sympathien des Westens zu gewinnen, indem er zur zweiten Rosenrevolution ausrief. Verstärkte Bemühungen um eine Konsolidierung der Demokratie sollten Hilfszahlungen des Westens anlocken. Bei einer Geberkonferenz im Oktober 2008 wurde Georgien rund 4,5 Milliarden US Dollar für den Wiederaufbau zugesichert – weit mehr, als der eigentliche Schaden ausmacht. (vgl. Halbach 2009: 7)

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Georgien erstaunlicherweise trotz des völkerrechtswidrigen Angriffes auf Südossetien große Unterstützung im Westen fand. Georgien verlor mit der Großoffensive gleichzeitig auch seine territoriale Integrität – eine Wiedervereinigung Georgiens erscheint nun völlig unmöglich.

2.7.2 Rolle externer Akteure

2.7.2.1 Russland

Russland nimmt im Kaukasus eine einzigartige Rolle ein, da es nicht nur als externer Akteur in diesem Gebiet aktiv ist, sondern auch einen Teil des Kaukasus selbst bildet.

⁸ Das Zypernmodell würde die Trennung von Georgien, wie es im Fall der Türkei mit der türkischen Republik Nordzypern geschah, vorsehen.

Ausgehend von dem Begriff des „nahen Auslands“, der in der nachsowjetischen russischen Diplomatie für die unabhängig gewordenen Sowjetrepubliken geprägt wurde, könnte man folgendes sagen: Russland hat im Kaukasus sein eigenes inneres Ausland in jenem Gürtel aus sieben nordkaukasischen Teilrepubliken, die eine hochgradig instabile Zone bilden. (vgl. Halbach 2008b: 94)

Ohne jeglichen Zweifel hat Russland sowohl geopolitische als auch geoökonomische Interessen im Kaukasus, weshalb Moskau seit jeher den postsowjetischen Raum als Priorität der russischen Außenpolitik definiert. Doch ist hierbei anzumerken, dass nicht alle russischen Interessen am Kaukasus aufgrund der langjährigen kulturellen und historischen Verbundenheit, vollkommen sachlich erklärt werden können. Wie Halbach richtigerweise feststellt, stieß Russland während und nach seiner territorialen Expansion kaum auf so viel Widerstand wie im Kaukasus. Es ist deshalb nicht weiter überraschend, dass der Kaukasus beispielsweise einen großen Einfluss auf die russische Kultur und Literatur ausübte. (vgl. Halbach 2008b: 94)

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor Russland endgültig den Landbrücke zwischen kaspischem und schwarzem Meer (vgl. Muckenhuber 2009: 44). Trotz der eingebüßten Kontrolle über die Ressourcen des kaspischen Meeres war Russland nie gewillt, seine eigenen Interessen im Kaukasus aufzugeben, weswegen Russland alles daran setzte, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR aktiv gewordenen internationalen Akteure vom Kaukasus fernzuhalten.

Durch die Sezessionskonflikte im Kaukasus gelang es Russland weiterhin politischen Druck auf die unabhängigen Staaten auszuüben. Moskau bemühte sich, die kontrollierte Instabilität Georgiens unverändert zu belassen, da Russland mit Hilfe einer bewussten Manipulation der Sezessionskonflikte Einfluss auf die politische Ausrichtung der georgischen Regierung ausüben konnte. (vgl. Halbach 2006: 4) Dies erklärt, warum Russland lange Zeit kein Interesse an der Änderung des Status Quo der separatistischen Regionen zeigte. (vgl. German 2006: 10)

Auch die von Georgien geforderte Internationalisierung der Friedenstruppen, die durch das 1992 unterzeichnete Friedensabkommen ins Leben gerufen wurden, lehnte Russland stets ab. Russland wollte seine Monopolstellung hinsichtlich der Friedenserhaltung im postsowjetischen Raum nicht abgeben, da die Friedenstruppen ein wichtiges außenpolitisches Instrument Russlands zur Beeinflussung der kaukasischen Staaten darstellen. (vgl. Zagorski 2009a: 223f)

Russland verfolgte gegenüber Georgien eine doppeldeutige Politik. Zwar zweifelte Russland bis 2008 offiziell nie an der territorialen Integrität Georgiens, gleichzeitig bot Russland den separatistischen Regionen finanzielle und logistische Unterstützung.

So ermöglichte Russland ihnen eine Plattform zur Koordinierung und Unterstützung, indem in Moskau regelmäßige Treffen zwischen den Führungsmitgliedern der separatistischen Regime abgehalten wurden. (vgl. German 2006: 11) Gleichzeitig versuchte Moskau, durch eine politische und ökonomische Eingliederung der abtrünnigen Regionen zu Russland eine stärkere Anbindung zu schaffen. Die Durchdringung der beiden Regionen mit russischem Kapital sowie die Auszahlung von Pensionen an die südossetische Bevölkerung führten zum erhofften Ziel Russlands: eine intensive Beziehung mit den abtrünnigen Regierungen.

Der Kreml forderte russische Unternehmen auf, in Georgien und speziell in den abtrünnigen Regionen Investitionen zu starten. Mehrere georgische Medien sowie ein Großteil der georgischen Energieversorger wurden infolge dessen von russischen Unternehmen aufgekauft. Ebenso wurden russische Mitarbeiter des Militärs oder Geheimdienstes in Führungspositionen der separatistischen Regierungen eingesetzt. (vgl. Halbach 2009: 8)

Weiters wurde seit 2000 die sogenannte *Passportisazija* betrieben, eine von Russland flächendeckende, illegale Vergabe von russischen Pässen, die dazu führte, dass 2006 bereits 90% der ethnisch ossetischen und abchasischen Bevölkerung als russische StaatsbürgerInnen registriert waren.

Unter dem Vorwand, seine eigene Bevölkerung vor angeblichen georgischen Aggressionen zu schützen, konnte Russland nun quasi ohne rechtliche Konsequenzen nach Georgien einmarschieren. (vgl. Muckenhuber 2009: 46)

Um der Westorientierung Georgiens entgegenzuwirken erließ Russland eine Reihe von restriktiven und provozierenden Gesetzen, die schlussendlich jedoch eine Distanzierung Georgiens zu Russland bewirkten. Da ein großer Teil der georgischen Bevölkerung als ArbeitsmigrantInnen in Russland lebte, hatte die 2001 eingeführte Visumpflicht für GeorgierInnen schwerwiegende Folgen. Im Winter 2006 entschloss sich Russland zu einem Stopp der Gaslieferungen nach Georgien, wenige Monate später wurde der einzige von Georgien kontrollierte Grenzübergang geschlossen. (vgl. Muckenhuber 2009: 45)

Im selben Jahr ging Russland soweit und kappte alle Verkehrswege, Bank- und Flugverbindungen mit Georgien. Aufgrund der mehrmaligen Verletzung des militärischen Luftraums Georgiens durch russische Kampfflugzeuge konnte eine militärische Intervention Russlands nicht mehr völlig ausgeschlossen werden. (vgl. Zagorski 2009: 233)

Einhergehend mit den Sanktionen startete der Kreml eine Anti-Georgien-Kampagne in den russischen Medien, in der Georgien, insbesondere Micheil Saakaschwili, als Feindbild schlechthin dargestellt wurde. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, dass der Großteil der russischen Bevölkerung die Schuld am Krieg bei Georgien liegen sieht. (vgl. Schröder 2008: 9) Einer Umfrage des *Lewada Zentrums* im August 2008 zufolge sind 71 % der Befragten davon überzeugt, dass Russland alles erdenklich Mögliche geleistet hatte, um diese militärische Auseinandersetzung zu vermeiden. (vgl. Lewada Zentrum 2008)

Von der enormen Aufrüstung der georgischen Streitkräfte und von der militärischen Präsenz der USA in Zentralasien zunehmend bedroht gefühlt, zeigte Russland Interesse an einer noch stärkeren Anbindung Südossetiens und Abchasiens. Weiters würde ein möglicher NATO-Beitritt Georgiens für Russland die Stationierung ausländischer Truppen direkt an der russischen Grenze bedeuten, was für Russland inakzeptabel erschien.

Deswegen distanzierte sich Russland schrittweise von seinem früheren Kurs hinsichtlich der Erhaltung des Status Quo und dachte im Sommer 2006 erstmals laut über eine Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens nach. Doch sind diese Meldungen, so Zagorski, eher als Provokation zu verstehen, da Russland zu jener Zeit schlussendlich nicht bereit war, die abtrünnigen Regionen als unabhängige Staaten anzuerkennen. Vielmehr hatte Russlands Kaukasuspolitik die Konsolidierung der separatistischen Regime und deren Anbindung an Russland zum Ziel. (vgl. Zagorski 2009: 233f)

Doch kam es im März 2008 schlussendlich zu einem graduellen Wandel der russischen Politik gegenüber Südossetien. Als Reaktion auf die Anerkennung des Kosovos von 50 Staaten im April 2008 ließ der Kreml verlautbaren, dass ab sofort russische Behörden eine engere Zusammenarbeit mit den Regierungen in Abchasien und Südossetien sowie deren Souveränität forcieren würden, obwohl dies als Verstoß des GUS Abkommens von 1996 zu werten ist. (vgl. Halbach 2008a: 2) Bei einer möglichen NATO Mitgliedschaft würde nun, so die russische Staatsduma, eine formale Anerkennung der Unabhängigkeit zweifellos erfolgen. (vgl. Zakorski 2009: 239)

Mit dem georgischen Angriff auf Südossetien erhielt Russland den lang erhofften Grund für den Einmarsch nach Georgien. Wladimir Putin und Dimitri Medwedjew hatten die georgische Führung mehrmals vor einer militärischen Offensive gewarnt und ihre Bereitschaft zur militärischen Antwort bekundet. Für Russland kam der Krieg nicht ungelegen. Moskau konnte die Westorientierung Georgiens kaum stoppen, ein ausgebrochener Sezessionskrieg würde Georgien jedoch für die NATO uninteressant

erscheinen lassen, da der Westen, so Russland, an einem instabilen Georgien kein Interesse hätte. (vgl. German 2006: 11)

Die vom Westen laut werdende Kritik am Vorgehen Russlands und an der Anerkennung der beiden Regionen als unabhängige Staaten führte dazu, dass die Bevölkerung geschlossen hinter ihrem Präsidenten stand. (vgl. Маркедонов 2008: o.S.) Dimitri Medwedjew konnte im Zuge des Konflikts seine Machtposition und Legitimität im Land konsolidieren. Als Reaktion auf die harte Kritik folgte eine spürbare Distanzierung Russlands vom Westen. (vgl. Schulze 2009: 18)

Offiziell ließ Russland die harte Kritik vor allem durch die USA kalt. Auch wenn McCain mit einer Verbannung Russlands aus den G8 drohte, und die NATO ihre Tätigkeiten des Russland-NATO Rates vorübergehend einstellte, so fürchtete Russland kein hartes Vorgehen des Westens, da die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen vor allem den Handlungsspielraum der EU-Staaten stark einschränkt. (vgl. Schulze 2009: 18)

2.7.2.2 USA

Die USA äußerten erst relativ spät geopolitisches Interesse am Kaukasus. Zur Zeit der Perestroika galt die Abrüstung der UdSSR als primäres Ziel und Einmischungen in interne Angelegenheiten wurden bewusst vermieden. (vgl. Himmelreich 2009: 249)

Erst Mitte der 90er Jahre zeigten die USA zögerliches Engagement im Kaukasus und änderten schrittweise ihre Kaukasuspolitik. Die USA waren von nun an einem längerfristigen Dialog interessiert und weigerten sich den Kaukasus als alleiniges Einflussgebiet Russlands zu akzeptieren. (vgl. Himmelreich 249) Spätestens mit der Entscheidung Kasachstans, eine Ölpipeline vom Kaspischen Meer ausgehend zu bauen, wurde Georgien für die USA als Transitland für Öl geopolitisch interessant. (vgl. Muckenhuber 2009: 48)

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markierten einen erneuten Wendepunkt der US-Kaukasus Politik, da die Anschläge, in den Augen der US-Administration, nun endgültig die seit längerem angestrebte Stationierung amerikanischer Truppen im Kaukasus und in Zentralasien legitimierten würden. (vgl. Фельгенгауэр 2008: o.S.) Sicherheitspolitische und strategische Ziele verdrängten vorübergehend die energiepolitischen Ambitionen: (vgl. Himmelreich 2009: 253)

General Jones, Kommandant des *US Europe Command* bezeichnet Georgien als

[...] a vital air corridor for US objectives in Afghanistan and Iraq and a key transit state for Caspian energy reserves. [...] Georgia was also a geographical pivot point in the spread of democracy and free markets to the states of Central and South West Asia. (zitiert in Lynch 2006: 52)

Spätestens mit dem Regimewechsel im Zuge der Rosenrevolution stand der diplomatischen Freundschaft zwischen den USA und Georgien nichts mehr im Wege. Ungeachtet der umstrittenen Frage, welchen Einfluss die US-Administration wirklich auf die Rosenrevolution ausgeübt hatte, muss grundsätzlich festgehalten werden, dass viele georgische NGOs, welche finanzielle Unterstützung von amerikanischer Seite erhielten, eine ausschlaggebende Rolle in der Rosenrevolution spielten. (vgl. Küchholz 2005: 21)

Micheil Saakaschwilis Bemühungen um eine demokratische Entwicklung sowie die angestrebte NATO Mitgliedschaft, wurden von den USA äußerst positiv bewertet, weshalb Präsident Bush bei einem Staatsbesuch Georgien sogar als „beacon of liberty“. (zitiert in Himmelreich 2009: 254) bezeichnete. Über den autoritären Führungsstil Saakaschwilis und die nicht in Griff zubekommenden Sezessionskonflikte wurde hingegen bewusst geschwiegen.

Als einer der wichtigsten Verbündeten der USA im Kampf gegen den Terrorismus schickte Georgien 2004 über 50 Truppen nach Afghanistan sowie rund 900 Soldaten in den Irak. (vgl. Lynch 2006: 52) Als Gegenleistung zur Treue im Anti-Terrorkampf erhielt Georgien besondere US-amerikanische Unterstützung für die Modernisierung der georgischen Streitkräfte, weshalb Georgien 2006 zum drittgrößten Empfängerland von USAID⁹ wurde. (vgl. Himmelreich 2009: 254) Angaben des State Departments zufolge wurde Georgien seit 2002 über 830 Millionen Dollar an Finanzhilfe ausgezahlt. Weiters versuchten die USA mehrmals im Rahmen diverser Gipfeltreffen eine Mitgliedschaft Georgiens in der NATO voranzutreiben, bis dato jedoch ohne Erfolg. (vgl. Himmelreich 2009: 263)

Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung war die Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens auch für die USA von großer Bedeutung und eine Beibehaltung des Status Quo somit nicht länger tragbar. Da die USA bewusst eine offene Einmischung in die Sezessionskonflikte vermieden, versuchten sie mittels einer Internationalisierung der Friedenstruppen Einfluss zu gewinnen und Russland das Monopol als Vermittlungsrolle zu entziehen. (vgl. Muckenhuber 2009: 50) Doch wehrte sich Russland lange Zeit erfolgreich gegen die von Georgien und den USA erwünschte Formatänderung der Friedenstruppen.

⁹ Gemessen pro Kopf, hinter Irak und Armenien

Muckenhuber fasst richtigerweise zusammen, dass die USA in diesem Konflikt keinen all zu großen Handlungsspielraum hatten. Einerseits sind die USA auf die Zusammenarbeit mit Russland hinsichtlich des Iran und Nordkorea angewiesen, andererseits gilt Georgien für die USA als wichtiger strategischer Partner im Kaukasus. (vgl. Muckenhuber 2009: 50) Georgien militärisch zu unterstützen hätte weiters das endgültige Ende der gemeinsamen Terrorismusbekämpfungsprogramme bedeutet. (vgl. Becher 2009: 260ff)

Zwar weist auch Manutscharjan darauf hin, dass eine zu direkte offizielle Unterstützung das Verhältnis der USA zu Russland sicherlich belastet hätte, stellt jedoch gleichzeitig die Frage, ob die USA hinter den Kulissen Georgien zu einer militärischen Offensive geraten hätten. (vgl. Manutscharjan 2008b: 24) Auch für Schulze erscheint die Duldung des Krieges von Washington plausibel, weshalb er keinen Zweifel daran hegt, dass jene hunderte amerikanische Militäroffiziere, die sich aufgrund der Modernisierungsprogramme der georgischen Armee in Georgien aufhielten, von der Operation Bescheid wussten. (vgl. Schulze 2009: 13f)

Lukyanow geht so weit und bezeichnet die US-amerikanische Kaukasuspolitik als den wesentlichen Katalysator für die militärische Auseinandersetzung im August 2008 und geht demnach davon aus, dass die USA sehr wohl über die georgische Offensive Bescheid wusste. (vgl. Lukyanow 2009: 18).

Der Krieg brach für die RepublikanerInnen zu einer günstigen Zeit aus. Experten gehen davon aus, dass der Republikaner McCain, der sich mitten im Wahlkampf befand und gute Beziehungen zu Micheil Saakaschwili pflegte, Vorteile aus dem Krieg ziehen konnte. (vgl. Manutscharjan 2008b: 24) Noch während der militärischen Auseinandersetzung setzte sich McCain für den Ausschluss Russlands aus den G8 ein. (vgl. International Crisis Group 2008: 25)

Offizielle Reaktionen der US-Administration über den Ausbruch des Krieges in Südossetien ließen erstaunlicherweise auf sich warten. Erst als russische Truppen nach Kerngeorgien vorstießen, sprach der damaliger US-Präsident George Bush Warnungen Richtung Moskau aus. Vizepräsident Cheney teilte am 11. August mit, dass der Einmarsch russischer Truppen nach Georgien die USA „zu einer Antwort zwingt“. (zitiert in Gressel 2009: 6) Auch bei der Konfliktlösung hielten sich die USA mit Vorschlägen zurück und verwiesen lediglich darauf, dass die territoriale Integrität Georgiens unangetastet bleiben müsse.

Einhergehend mit der neuen US-Regierung veränderte sich auch die US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Kaukasus, insbesondere hinsichtlich der Statusfrage der abtrünnigen Regionen.

[...] the new administration in the White House reduced the level of activity in the post-Soviet space, limiting itself for now to symbolic support. [...] it [Washington] is seeking a new approach. Several commentators suggest that a Georgia freed from the problems of Abkhazia and South Ossetia would be of significant strategic interest to America, particularly for missile defence. (Lukyanov: 2009:18)

2.7.2.3 Die EU

Viele der alten EU-Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Deutschland und England, pflegen seit Beginn der 90er Jahre mittels bilateralen Verträgen Kontakt mit Georgien. Doch auch die neuen Mitgliedsstaaten sowie der Beitrittskandidat Türkei waren bereits vor der Rosenrevolution an einer freundschaftlichen Beziehung mit Georgien interessiert. (vgl. Lynch 2006: 54)

Die EU, als Organisation selbst, zeigte ihr Engagement im Kaukasus bzw. in Georgien erst 1999 im Zuge des *Partnership and Cooperation Agreements*. Im Rahmen dieses Abkommens identifizierte die EU bereits zu jener Zeit die ungelösten Sezessionskonflikte in Georgien als Hauptgrund für die katastrophale politische und wirtschaftliche Lage und sah die Möglichkeit einer positiven Entwicklung Georgiens alleine in einer friedlichen Lösung der Konflikte. (vgl. Muckenhuber 2009: 51) Grundsätzlich waren die Aktivitäten der EU bis 2001 jedoch sehr zaghaft (finanzielle Unterstützung für die Grenzsicherung, Beobachter in der JCC).

Doch mit der schwedischen EU-Präsidentschaft 2001 wurde dem Kaukasus nun bewusst mehr Aufmerksamkeit geschenkt, weshalb 2003 die EU erstmals einen Sonderbeauftragten für den Südkaukasus bestellte. Spätestens mit dem Regimewechsel in Georgien 2003 intensivierte die EU enge Kontakte mit der georgischen Regierung und leistete im Rahmen diverser Projekte finanzielle Unterstützung bei der Korruptionsbekämpfung sowie bei der Konsolidierung der Demokratie. Zu jener Zeit wurde die EU auch in Südossetien und Abchasien tätig, wo erstmals Projekte zur Ausdehnung der Infrastruktur, zur Bildung oder auch zur Entminung ganzer Landstriche von der EU finanziert wurden. (vgl. Muckenhuber 2009: 51f)

Aufgrund der sich zusehends verschärfenden Situation in Abchasien im Frühjahr 2008 war die EU gemeinsam mit der OSZE mittels diplomatischer Eingriffe an einer Schlichtung des Konflikts interessiert. Im Rahmen der *Freundesgruppe des Generalsekretärs der UN für Georgien*, zu der auch Frankreich, Russland, die USA, Großbritannien und Georgien gehören,

erarbeitete Deutschland als Koordinator einen Friedensplan für Abchasien. (vgl. Halbach 2008a: 3)

Zusammenfassend ist jedoch festzuhalten, dass die EU bis zur Südossetienkrise 2008 kaum zur Konfliktlösung beigetragen und keine ausschlaggebende Strategie diesbezüglich entwickelt hatte. (vgl. Halbach 2007b: 93) Indem, so Coppieters, Georgien bewusst den Aufbau von demokratischen Strukturen in Südossetien und Abchasien im Rahmen von EU-finanzierten Projekten mittels restriktiver Auflagen zu verhindern versuchte, erschwerte sie die Arbeit der EU unnötig. (vgl. Muckenhuber 2009: 52)

Zwar stellte die EU Georgien nie eine wirkliche Chance auf Mitgliedschaft in Aussicht, doch wurde der Kaukasus schließlich Teil der *Europäischen Nachbarschaftspolitik* und räumte Georgien somit einen besonderen Status ein. Doch konnten die EU-Mitglieder bis heute keine einheitliche Strategie gegenüber Georgien definieren. Während vor allem die neuen EU-Mitgliedsstaaten und Schweden die Interessen Georgiens auf der internationalen Bühne unterstützen, stehen die alten Mitgliedsstaaten Georgien reservierter gegenüber. (vgl. Lynch 2006: 54f)

Diese unterschiedliche politische Nähe zu Georgien wird auch aus den Reaktionen der EU-Mitgliedsstaaten auf den Gewaltausbruch ersichtlich. Während die baltischen Staaten, Polen und Schweden den Einmarsch Russlands nach Südossetien und anschließend nach Kerngeorgien aufs Schärfste verurteilten, nahmen die alten Mitgliedsstaaten vorwiegend eine neutrale Haltung ein. (vgl. Gressel 2008:6)

Auch die EU als Organisation hielt sich anfangs mit Kritik sowohl an Georgien als auch an Russland bewusst zurück. Noch während des Konfliktes reiste der französische Präsident Nicolas Sarkozy, damaliger EU-Ratspräsident, gemeinsam mit Außenminister Bernard Kouchner ins Krisengebiet und äußerte erstaunlicherweise keine Kritik am Vorgehen Russlands, obwohl sie die territoriale Integrität Georgiens als unverhandelbar ansahen. Schlussendlich konnte Nicolas Sarkozy beide Konfliktparteien zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens, dem sogenannten 6-Punkte-Abkommen, bewegen. (vgl. Gressel 2008: 6)

Während Russland somit die führende Rolle hinsichtlich der Konfliktregelung im Kaukasus eingebüßt hatte, konnte sich die EU während der Südossetienkrise als objektiver Vermittler beweisen und ihre Position im Kaukasus festigen. (vgl. Lukyanow 2009: 18) Im Rahmen des unterzeichneten 6-Punkte-Abkommens erklärten sich beide Konfliktparteien bereit, eine neu ins Leben gerufene *EU Mission für Georgien (EUMM)* zu akzeptieren. Diese soll die

Einhaltung des Waffenstillstands überwachen, doch wurde ihr mehrmals der Zugang in die Sicherheitszone und nach Südossetien von Russland verwehrt. Die aus rund 200 BeobachterInnen bestehende Monitoring-Mission, welche Anfangs nur ein Mandat für 12 Monate besaß, wurde nun bis 14. September 2010 verlängert. (vgl. EUMM: 2009) Da sowohl Georgien als auch Russland kaum Interesse an der Unterstützung der *EUMM* zeigen, ist die Aussicht auf Erfolg daher leider nur gering. (vgl. Kogan 2009: 34)

3 Kriegsberichterstattung - Aufgaben und Risiken der Berichterstattung in internationalen Konflikten

3.1 Aufgaben der Medien in demokratischen Gesellschaften

Die Wahrheit wird im Krieg zu einem kostbaren Gut und sie ist nur mit äußerster Anstrengung aufzudecken. (Duve, 1999: 161)

Medien erfüllen eine bedeutende gesellschaftliche und politische Funktion und haben in demokratischen Gesellschaften einen wichtigen Stellenwert. Die Aufgabe der Medien ist es, die BürgerInnen umfassend über politische Ereignisse zu informieren, um ihnen eine persönliche Meinungsbildung zu erleichtern, damit sachgerechte politische Entscheidungen getroffen werden können. Es ist ihre Verantwortung, eine sachliche, wahrheitsgemäße und vor allem faire Berichterstattung bereitzustellen. (vgl. Loquai 2007: 56f) Die in ausformulierten Normenkatalogen öffentliche Aufgabe der Medien bietet Orientierungspunkte für den Journalismus. Einer dieser Orientierungspunkte ist sicherlich die Mediendeklaration der UNESCO, die eine Stärkung des Friedens, die Bekämpfung von Rassismen und Kriegshetze sowie einen freien Austausch und eine umfassende Verbreitung von Informationen als Aufgabe der Medien definiert. (vgl. Becker 2007: 13)

Es gibt nicht nur eine passive zu duldende Friedenspflicht der Massenmedien, sondern eine politisch aktivierende Pflicht. Die Massenmedien sollen von sich aus aktiv für den Frieden eintreten. (Becker 2007: 14)

Weiters übernehmen Medien eine politische Wächter- und Kontrollfunktion, weswegen Medien in demokratischen Gesellschaften dort ansetzen sollen, wo Kontrollinstanzen und -organe versagen. (vgl. Loquai 2007: 56) Schulze fasst somit zusammen:

Mit diesen Funktionen legt Journalismus den Grundstein für das Funktionieren der Demokratie: Legitimation politischer Herrschaft wird in einem ständigen Erneuerungsprozess durch politische Kommunikation erzeugt. (zitiert in Bilke 2007: 136)

3.2 Kriegsberichterstattung und ihre Gefahren

Überdurchschnittlich häufig finden Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen Eingang in die Medien. Als zentrales Kennzeichen der Kriegsberichterstattung gilt die Kriegsthematisierung, sprich das Aufzeigen diverser Aspekte, die mit Krieg in

Zusammenhang gebracht werden können. Diesbezüglich gibt es sogenannte unmittelbar kriegsbezogene Ereignisse, wie etwa der konkrete Ausbruch von Gewalt, als auch kriegsbegleitende Ereignisse, wie ExpertInneninterviews, Demonstrationen oder Pressekonferenzen. (vgl. Binder 2006:47)

Die Rolle, welche die Kriegsberichterstattung für die öffentliche Meinungsbildung spielt, darf keinesfalls unterschätzt werden, da, wie Bilke richtig feststellt, sie nämlich zurück auf das Verhalten der beteiligten Personen und Parteien wirkt und somit auch die politische Reaktion auf einen Konflikt beeinflusst. (vgl. Bilke 2007: 137)

Aus einer Vielzahl von publizierten Studien über die Berichterstattung diverser Konflikte wird ersichtlich, dass eine starke Diskrepanz zwischen dem friedensjournalistischen Anspruch der Medien generell und der tatsächlichen Berichterstattung existiert. Diesbezüglich ist vor allem Bewusstsein der JournalistInnen, dass sie selbst durch die Berichterstattung nicht nur zu AkteurInnen des Krieges, sondern gegebenenfalls auch zu WegbereiterInnen eines Krieg werden können, von wichtiger Bedeutung. Berichterstattung kann demnach die Wahrnehmung eines Konflikts wesentlich beeinflussen, die oftmals als Grundlage für weiteres politisches oder militärisches Handeln dient. (vgl. Bilke 2007: 137)

Die technischen und strukturellen Veränderungen der Massenmedien, die zu einer derartigen Beschleunigung der Kommunikation führten, haben erhebliche Auswirkungen auf die Berichterstattung. Die Verbreitung des Internets führte zu einem unkontrollierten Strom an Informationen. Kriege in Echtzeit sind aufgrund dessen seit Langem keine Sensation mehr. Doch gerade diese Beschleunigung der Kommunikation lässt den JournalistInnen kaum noch Zeit für ausgewogene Recherchen und bereitet jenen JournalistInnen große Probleme, die vor Ort arbeiten wollen. (vgl. Beham 2007: 50) Leicht zugängliche Informationen, meist von militärischen oder politischen EntscheidungsträgerInnen bereitgestellt, werden bevorzugt übernommen und kaum kritisch hinterleuchtet. (vgl. Bilke 2007: 135) Hierbei entsteht die Gefahr, dass Medien zum Sprachrohr der jeweiligen Regierungen verkommen, und ihrer Aufgabe, sachliche und wahrheitsgemäße Information bereitzustellen, nicht weiter nachkommen.

Ebenso führt der Kampf um Quoten, Auflagen und finanzielle Unterstützung schrittweise zur Entfernung der Medien von ihrer eigentlichen Aufgabe und die wachsende Konkurrenz innerhalb der Medien zu einer Dramatisierung der Berichterstattung.

Bei genauerer Betrachtung der medialen Entwicklung in Kriegssituationen wird ersichtlich, dass Medien nun vermehrt nicht nur Teil des jeweiligen Krieges sind, sondern diesen auch

erst ermöglichen. Medien werden vermehrt als Instrument der Militär- und Außenpolitik eines Landes umfunktioniert, um eine Mentalität innerhalb der Gesellschaft zu erzeugen, die Krieg als ein politisch normales Mittel anerkennt. (vgl. Loquai 2007: 58)

Die kommunikationsorientierte Friedensforschung definiert folgende Kategorien, die Medien zu Teilen von Kriegen, bzw. auch zu Waffen in Kriegen machen und mittlerweile fast flächendeckend in der Kriegsberichterstattung Eingang gefunden haben. Sie alle sind Merkmale einer Informationspolitik, die eine Legitimierung des Krieges innerhalb der Bevölkerung als Ziel hat. (vgl. Beham 2007: 51ff)

Die *Polarisierung* reduziert die oftmals komplexe Konfliktsituation auf zwei sich gegenüberstehende Kriegsparteien und teilt die Welt in Gut und Böse. Mit Hilfe von Stereotypen und Vorurteilen werden bewusst neue Feindbilder geschaffen, welche die Konfliktsituation weiter anheizen. Einhergehend mit der Polarisierung entsteht das sogenannte „Wir/Sie“ Schema, das häufig in der Kriegsberichterstattung angewendet wird. Während die „Wir Gruppe“ als juristisch zurechnungsfähig und vernünftig gilt, wird der „Sie Gruppe“ eine kollektive, feindliche Identität aufgezwungen. (vgl. Schulte-Holtey 2002: 177)

Einhergehend mit der Polarisierung findet eine *Delegitimierung des Gegners durch seine Dehumanisierung* statt. Der Gegner wird als gefühllose Bestie beschrieben, die als Bedrohung gesehen werden muss. Gleichzeitig wird die eigene Seite als positiv dargestellt, ihre Ziele und Interessen juristisch legitimiert.

Ein weiteres Merkmal ist der *patriotische Journalismus*, in dessen Rahmen sich JournalistInnen aus eigenem Willen ihrer eigenen nationalen, politischen oder ethnischen Interessen verpflichten. Parteiische Berichterstattung, Manipulation der Informationen und Selbstzensur sind die Folgen. Ähnliches Vorgehen findet man auch beim *sinnungsethischen Journalismus (journalism of attachment)*, der die journalistische Objektivität anzweifelt und Parteilichkeit in der Kriegsberichterstattung einfordert.¹⁰ (vgl. Beham 2007: 51)

Die *Verwendung von Metaphern oder Euphemismen* gilt als Merkmal der versteckten Manipulation von Informationen. Vor allem die Arzt-Krankheits-Metaphorik wird in der Kriegsberichterstattung häufig angewendet. (Bsp.: Der Bombenangriff der NATO im

¹⁰ Besonders in der Berichterstattung des Bosnien- und Kosovokriegs war diese Art des Journalismus weit verbreitet. Vor allem westliche Medien räumten sich das Recht ein, die Konfliktparteien in Gut und Böse zu unterteilen.

Kosovokrieg wurde als chirurgischer Eingriff bezeichnet.) Weiters werden bewusst verharmlosende Begriffe verwendet, um eigenes Handeln zu legitimieren. (z.B.: Misshandlungen statt Folter, Militäroperation statt Krieg). (vgl. Loquai 2007: 61f)

Bilder sprechen Menschen auf einer emotionalen Ebene an und lösen deshalb eine andere Reaktion als ein Text aus. Mit dieser visuellen Darstellung, die auf einfache Weise manipuliert werden kann, entsteht eine Inszenierung von Politik zu Lasten des Inhalts. Loquai stellt richtigerweise fest, dass Bilder oftmals lügen und demnach eine konstruierte Realität wiedergeben. (vgl. Loquai 2007: 63)

Die *Zensur von Seiten des Militärs* bzw. dessen Versuch die Medien zu manipulieren ist ein weiteres Merkmal der Informationspolitik in Kriegssituationen. Eine mögliche Form der Manipulierung ist die Einsetzung von PR Agenturen als „quasi privatisierte Propagandaministerien“ (Beham 2007: 53), die gezielt manipulierte Information verbreiten.

Letztlich muss noch die *selektive Berichterstattung* erwähnt werden, die durch die Ausblendung gewisser unangenehmer Aspekte eines Konflikts charakterisiert wird. Hierbei spielt der Nachrichtenwert eines Ereignisses eine zentrale Bedeutung, denn dieser bestimmt, ob ein Ereignis als berichtenswert erscheint oder nicht. Diese Selektion verläuft anhand bestimmter Nachrichtenfaktoren, die vor allem durch historische, kulturelle und politische Merkmale definiert werden und die gesellschaftliche Sozialisation der JournalistInnen widerspiegelt (vgl. Jäger 2007: 194f)

Je mehr eine Meldung dem entspricht, was Journalisten für wichtige und mithin berichtenswerte Eigenschaften von Realitäten halten, desto größer ist ihr Nachrichtenwert. [...] Je größer ihr Nachrichtenwert, desto größer die Chance, dass die Meldung - unter der Vielzahl von Alternativen und bei grundsätzlich begrenzter Aufmerksamkeit der Medien - berücksichtigt und veröffentlicht wird. (Schulz 1990: 30)

Hierbei ist anzumerken, dass viele Ereignisse, die als solche einen geringen Nachrichtenwert besitzen, durch manipulative Methoden dramatisiert werden, um so an Nachrichtenwert zu gewinnen.

Ausgehend vom Nachrichtenfaktoren-Modell von Schulz entwickelte Staiger den speziell für Kriegsereignisse formulierten Nachrichtenfaktorenkatalog. Demnach wird ein Kriegsereignis für die Redaktion umso interessanter, je (Binder 2006: 52f)

- aktueller es ist (Neuigkeit/Aktualität)

- größer der Bezug des Ereignisses auf die Bevölkerung ist (Betroffenheit)
- enger die kulturelle, wirtschaftliche und politische Bindung ist (Nähe)
- ausgefallener und außergewöhnlicher es ist (Außergewöhnlichkeit)
- unerwarteter es sich ereignet (Überraschung)
- stärker es diversen Wünschen und Ideen entspricht (Erwartungstreue)
- mehr einflussreiche Staaten, Institutionen oder Menschen in den Konflikt involviert sind (Interesse-Systeme)
- stärker Menschen betroffen sind und Einzelschicksale gezeigt werden (Personalisierung)
- gefährlicher und bedrohlicher es ist (Negativität)
- kürzer es andauert (Entwicklung/Dauer)
- weniger komplex das Ereignis ist (Eindeutigkeit)
- mehr Gefühle involviert sind (Emotionalität/Dramatik)
- leichter es zugänglich gemacht werden kann (Beobachtbarkeit)

Im Rahmen seiner Forschung über den Nachrichtenfluss kommt Johan Galtung zum Schluss, dass ein berichtenswertes Ereignis 1) etwas Negatives ist, 2) einer Person widerfährt, 3) die einer Elite angehört und 4) in einem „Elite - Land“ wohnt. Jäger definiert aufbauend auf dieses Modell Ethnizität, Nationalität und Ideologie als weitere Selektionskriterien. (vgl. Jäger 2002: 195)

Ein wesentliches Element der selektiven Berichterstattung ist die *Opferberichterstattung*. Analysen der Friedensforschung konnten aufzeigen, dass JournalistInnen in der Kriegsberichterstattung vermehrt auf das Muster „wertvolle / nicht wertvolle“ Opfer zurückgreifen. Während jene Menschen, die vom Gegner getötet oder verletzt wurden, als wertvolle Opfer identifiziert werden, gelten jene Menschen, die vom eigenen Militär getötet oder verletzt wurden, als unwürdige Opfer und werden zu oft als Kollateralschaden bezeichnet (vgl. Beham 2007: 52)

Aus diesen Modellen der Nachrichtenfaktoren wird ersichtlich, dass Medien durch das oben beschriebene Selektionsverhalten und durch andere Manipulationsmethoden eine eigene Realität erschaffen, die mit den eigentlichen Geschehnissen oft nur wenig zu tun haben. Jäger sieht das Problem vorwiegend darin, dass sich die Kriegsberichterstattung auf die Konfliktarena konzentriert und demnach lediglich unüberwindbare Gegensätze der

Konfliktparteien aufzeigt, während mögliche Gemeinsamkeiten bewusst weggelassen werden. (vgl. Jäger 2002: 195)

Kriegsjournalismus läuft demnach Gefahr, in Kriegspropaganda umzuschlagen.

3.2.1 Kriegspropaganda

Lassen sich einige der oben erläuterten Merkmale in der Kriegsberichterstattung finden, dann kann von Kriegspropaganda gesprochen werden. Kempf zufolge ist das oberste Ziel von Kriegspropaganda, die Wertehierarchie einer Gesellschaft soweit zu verändern, dass der Sieg über den angeblichen Feind die größte Priorität erhält. Weiters wird mit Hilfe von Kriegspropaganda versucht, die eigene Gesellschaft an eine destruktive, konflikteskalierende Strategie zu binden und eine friedliche Lösung zurückzuweisen. (vgl. Kempf 1997: 140)

War propaganda is the process through which reality is constructed (either intentionally or incidentally) in a way, which makes people strongly and personally identify with the military logic rather than see the reality of war and/or perspectives for peaceful conflict resolution. (Kempf 1997: 142)

Kriegspropaganda ist weiters gekennzeichnet durch eine „Parzellierung der Realität“ (Kempf 1997: 138). Die Ereignisse werden aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gerissen und in scheinbar zusammenhangslose Abschnitte geteilt. Nach der bewussten Ausblendung von Hintergründen und Strukturen, werden die Geschehnisse zusammenhangslos und manipulativ wieder zusammengesetzt. Dieser Prozess der Rekontextualisierung führt zu einer Verzerrung der Realitätswahrnehmung, die wiederum die Konfliktparteien polarisiert. (vgl. Kempf 1997: 138ff)

Untersuchungen von Lasswell aus dem Jahr 1927 über die Propagandamethoden im Ersten Weltkrieg zeigen, dass jeder Krieg als unvermeidlicher Verteidigungskrieg gegen den Aggressor dargestellt werden muss, damit der Krieg in der Gesellschaft Legitimität erhält. (vgl. Kempf 1997: 137)

3.3 Die Funktion der Medien in internationalen Konflikten – Forderungen an einen anderen Journalismus

Wie Löffelholz richtigerweise feststellt, kann in der Informationsgesellschaft, in der wir uns befinden, die Existenz eines globalen Kommunikationssystems das politische Handeln stark beeinflussen.

„Internationale Kommunikation hat die Außenpolitik damit um ein neues Konfliktfeld erweitert, neue Erwartungen über die Rolle von Kommunikation im Krieg und für den Frieden geschaffen sowie neue Erwartungsstrukturen in Form von Propagandaapparaten und Kriegsberichterstattung institutionalisiert. (Löffelholz 2004: 26)

Auch Binder weist auf die große Bedeutung der Medien in internationalen Konflikten hin und zeigt auf, dass sich während des Höhepunktes einer Krise zwischen zwei Staaten der Informationsaustausch auf Regierungsebene stark verringert. Direkte Kommunikation zwischen den Konfliktparteien wird eingestellt, weshalb die politischen EntscheidungsträgerInnen oft erst durch die Medien das Vorgehen der jeweiligen anderen Konfliktpartei erfahren. (vgl. Binder 2006: 57)

Über die Frage, welche Funktion Medien in Konfliktsituationen nun wirklich übernehmen sollen existieren unterschiedliche Ansichten. Bilke stellt zwar enttäuschend fest, dass Medien in der Praxis kaum friedensfördernd arbeiten, doch ist sie von einer möglichen deeskalierenden Wirkung der Medien bei Konflikten überzeugt. Als Grund für die meist eskalationsorientierte Berichterstattung nennt sie Kommerzialisierung, Fiktionalisierung, Entertainisierung, Beschleunigung und Internationalisierung im Journalismus sowie die Nähe zwischen Medien und Militär. Sie sieht deshalb die Notwendigkeit der Entwicklung einer Strategie hinsichtlich einer allparteilichen und konfliktsensitiven Berichterstattung, damit Medien ihre Aufgabe wieder erfüllen können. (vgl. Bilke 2007: 135f)

Auch Kempf ist davon überzeugt, dass Medien durch Objektivität und Wahrheit einen wichtigen Beitrag bei der Prävention und Überwindung von Konflikten leisten können. Er kritisiert jedoch, dass Medien heutzutage, aufgrund ihrer Fokussierung auf die Konfliktarena und aufgrund des unzureichenden Konfliktverständnisses, Konflikte viel zu spät erkennen. Meist wird das Interesse der Medien erst durch den Gewaltausbruch geweckt, was Kempf als viel zu spät betrachtet. (vgl. Kempf 1996: 17ff) Deshalb plädieren sowohl Bilke als auch Kempf für eine neue, andere Form der Kriegsberichterstattung: für den Friedensjournalismus.

Der Begriff des Friedensjournalismus, der seinen Ursprung in der Friedens- und Konfliktforschung hat, wurde vom weltberühmten Friedensforscher Johan Galtung in den 1990er Jahren in die kommunikationswissenschaftliche Diskussion eingeführt. Auf Grundlage seiner Konflikttheorie und im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Selektionsmechanismen der Berichterstattung entwickelte er gemeinsam mit dem Kommunikationswissenschaftler Richard Vincent ein 10 Punkte umfassendes Modell des Friedensjournalismus. (vgl. Bilke 2007: 139) Galtung löste mit der Entwicklung seines Friedensjournalismus-Modells eine heiße Debatte über die Gefahren der Medien in

Kriegssituationen aus, aufgrund dessen innerhalb weniger Jahre eine Reihe von Modellen für einen friedensfördernden Journalismus entstand. Da eine Vorstellung aller Modelle den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, werden hier nur die drei bekanntesten Konzepte des Friedensjournalismus präsentiert.

Zwar gibt es unterschiedliche Definitionen von Friedensjournalismus, doch verstehen die ExpertInnen unter Friedensjournalismus generell ein „Programm der journalistischen Berichterstattung, das einen publizistischen Beitrag zur friedlichen Konfliktaustragung leistet.“ (Binder 2006: 58)

3.4 Friedensjournalismus

3.4.1 Das Modell des Friedensjournalismus nach Johan Galtung und Richard Vincent – 10 Vorschläge für eine andere Kriegsberichterstattung

Im Rahmen seiner Untersuchungen kommt Galtung zu dem Schluss, dass die vorherrschende Kriegsberichterstattung aufgrund ihrer Parteilichkeit und der unzureichenden Konfliktanalyse ihre Aufgabe verfehlt hat und nennt sie deshalb *Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus*. Beim *Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus*, so Galtung, ist die Frage nach dem Kriegsgewinner von zentraler Bedeutung. (vgl. Bilke 2007: 139) Aufgrund der Orientierung am Sieg finden Friedensinitiativen kaum Eingang in die Berichterstattung. Er kritisiert, dass der Fokus der Medien vielmehr an den sichtbaren Folgen der Gewalt (z.B.: Todesopfer, Verwundete, materielle Schäden, etc.) liegt und setzt sich für eine andere Form der Berichterstattung, für den *Friedens- bzw. Konfliktjournalismus*, ein. Galtung zufolge versucht dieser die komplexen Konfliktkonstellationen aufzudecken und nach Ursachen und Lösungen zu suchen. Allen Konfliktparteien soll Raum in der Berichterstattung für ihre Anliegen und Interessen gegeben werden. Weiters wird das Leiden, aber auch Vertuschungsversuche aller involvierten Konfliktparteien thematisiert. Nicht einzelne Konfliktparteien sondern der Krieg selbst wird als Problem identifiziert. (vgl. Binder 2006: 59)

Galtung als auch Vincent gehen von der Annahme aus, dass Medien eine friedliche Lösung von Konflikten begünstigen können,

„[...] indem sie Kommunikationskanäle öffnen und damit einen breit angelegten Zugang zu Informationen schaffen. Darüber hinaus könnten Medien die individuelle Wahrnehmung eines Krieges beeinflussen und die öffentliche Meinung verändern – sowohl für als auch gegen den Krieg. [...] Medien [können] als zentrale Kommunikationskanäle sogar dazu beitragen, den Frieden wiederherzustellen. (Binder 2006: 62)

Aufbauend auf dieser Annahme entwickelten sie gemeinsam die *10 Vorschläge für eine andere Berichterstattung*:

Ausgewogenheit in der Berichterstattung: JournalistInnen sollten bestrebt sein, den Konflikt von allen Seiten aus zu betrachten, damit die Berichterstattung so objektiv wie möglich erfolgen kann. Genauigkeit und die korrekte Wiedergabe von Fakten werden als oberste Priorität definiert.

Sicherstellung der Quellenvielfalt: Vor allem in Kriegssituationen sollten JournalistInnen darauf drängen, umfassenden Zugang zu Ereignissen, Menschen und Themen zu erhalten. Galtung und Vincent bezeichnen Quellenvielfalt als das wirksamste Werkzeug des Journalismus, da sie Ungenauigkeiten aufdeckt und analysiert. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 186ff)

Vermeidung von Eliten als Bezugsquelle: Um eine objektive Berichterstattung gewährleisten zu können, sollten Eliten nicht vermehrt als Quelle herangezogen werden. Da ein einseitiges Quellenvertrauen ein begrenztes Bild vermittelt, sollten JournalistInnen sowohl BeobachterInnen aus der Zivilgesellschaft, ExpertInnen, AkademikerInnen als auch Betroffene als Quelle nützen. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 190f)

Vermeidung der Glorifizierung von Kriegstechnologie: In der Kriegsberichterstattung sollte auf eine Glorifizierung der Kriegstechnologien verzichtet werden, da eine intensive Berichterstattung über technische Fortschritte und die Entwicklung neuester Waffen das Schicksal der Menschen, die diesem Krieg zum Opfer fallen, aus dem Blickpunkt verdrängt und demnach Empathie verhindert. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 190f)

Vermittlung eines realitätsgetreuen Kriegsbildes: JournalistInnen sollten keinesfalls auf drastisch-anschauliches Material verzichten, auch wenn dies oft als inhuman oder abstoßend erscheint. Denn nur solch ein Material vermittelt das wirkliche, realistische Bild des Schreckens in Kriegssituationen und zwingt die Öffentlichkeit, sich damit auseinander zu setzen. Doch soll gleichzeitig vermieden werden, dass durch eine drastische Darstellung der Kriegssituation die Ereignisse zu einer sogenannten „Story“ verkommen. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 193ff)

Personalisierte Darstellung des Krieges: Die Aufgabe der Medien ist es, über die „normalen“ Menschen, deren Lebensverhältnisse durch den Krieg stark beeinflusst werden, zu berichten. Solche Human-Interest Stories bieten emotionale Bezugspunkte und informieren über Menschen, die sonst nicht im Rampenlicht der Kriegsberichterstattung stehen würden, aber sehr wohl mit dem Krieg konfrontiert sind. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 198) Für Galtung

und Vincent ist es von zentraler Bedeutung, dass der angebliche „Feind“ als Individuum, und nicht als subjektlose Kampfmaschine dargestellt wird. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 193ff)

Bereitstellung von Hintergrundinformationen: Mit Hilfe von Hintergrundinformationen kann die dualistische Sichtweise in Kriegen aufgebrochen und die Komplexität des Konflikts beleuchtet werden. Skizzen über kulturelle, geographische, politische und militärische Aspekte können zu einer „Verbesserung der Vermittlungsfunktion der Medien für das Publikum“ (Galtung; Vincent 1993: 201) führen.

Bewusstseinsbildung über Manipulationsmöglichkeiten: JournalistInnen müssen die Gefahr erkennen, dass politische, militärische und wirtschaftliche Eliten stets an einer Manipulierung der Medien zu ihren Gunsten interessiert sind. Vor allem Regierungen bedienen sich oftmals der Medien, um eigene Kriegsziele zu propagieren, indem sie Presseaussendungen mit bewusst selektierter Information veröffentlichen. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 202)

Zurückhaltung in der medialen Selbstthematisierung: Wenn Medien bzw. JournalistInnen selbst zur Nachricht werden, kann dies schwerwiegende Folgen für die Wahrnehmung des Konflikts in der Öffentlichkeit haben, weil sie dadurch von den wahren Problemen des Krieges abgelenkt wird. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 207)

Unterstützung von Friedensinitiativen: Als eine der wichtigsten Aufgaben der FriedensjournalistInnen sehen Galtung und Vincent die Thematisierung von Friedensinitiativen. Indem die JournalistInnen einen „Tagesordnungsplan“ für den Frieden formulieren, kann die Berichterstattung einen zentralen Beitrag zur Prävention bzw. zur Schlichtung von Konflikten leisten. Auch in der Nachkriegsphase können Medien durch die Unterstützung von Versöhnungsinitiativen den Dialog zwischen den Konfliktparteien forcieren. (vgl. Galtung; Vincent 1993: 208ff)

3.4.2 Das Modell des Friedensjournalismus nach Nadine Bilke

Bilke zufolge kann Berichterstattung dann deeskalierend wirken, wenn sich JournalistInnen ihrer Verantwortung bewusst sind und ihre Berichterstattung hinsichtlich Frieden kritisch hinterleuchten. Ausgehend vom Friedensjournalismus-Konzept Galtungs entwickelte Bilke ein vier Punkte umfassendes, praxisorientiertes Modell, welches als Grundorientierung für JournalistInnen dienen soll. (vgl. Binder 2006: 60)

Friedfertigkeit/Konfliktanalyse: Zu Beginn müssen JournalistInnen erkennen, dass sie durch gesellschaftspolitische Sozialisation oft Gefangene in ihrem eigenen kulturellen Wertesystem sind. Inhaltlich fordert Bilke deshalb eine umfassende Konfliktanalyse, um die dualistische Logik der Kriegsberichterstattung aufzubrechen, da sich meist hinter einem Konflikt eine komplexe Konstellation vieler verschiedener Konfliktparteien verbirgt. Damit ein Konflikt

kooperativ verlaufen kann, muss eine Analyse aller beteiligten Parteien erfolgen, in der stereotype Zuordnungen vermieden werden müssen. (vgl. Bilke 2007: 140)

Wahrhaftigkeit: Aufgabe der JournalistInnen ist es, nach größtmöglicher Wahrhaftigkeit zu streben und einzusehen, dass keine Konfliktpartei die ganze Wahrheit auf ihrer Seite hat. Vielmehr existieren viele unterschiedliche „Kriegswahrheiten“, die von den Konfliktparteien instrumentalisiert werden, um sich als Opfer darzustellen. FriedensjournalistInnen müssen demnach den unterschiedlichen Herrschaftssystemen misstrauen und versteckte Interessen aufdecken. (vgl. Bilke 2007: 140f)

Empathie: Durch eine bewusste Berichterstattung über menschliches Leid kann abstrakte Gewalt greifbar gemacht und gewalttätiges Handeln als das Kernproblem in Konflikten entlarvt werden. Menschenrechtsverletzungen beider Seiten müssen demnach aufgegriffen werden. Bilke sieht menschliche Betroffenheit als „Schlüssel zum besseren Verständnis einer Krise“. (Bilke 2007: 141)

Lösung: Friedensjournalismus kann durch Themenauswahl und Fragestellungen kreative Anregungen zur friedlichen Konfliktlösung liefern. Durch Aufzeigen gemeinsamer Interessen können FriedensjournalistInnen somit auch als VermittlerInnen agieren. Hierbei ist jedoch wichtig anzumerken, dass es in einem Konflikt mehr als nur eine mögliche Lösung zur Beilegung gibt. Weiters betont Bilke die Notwendigkeit der medialen Begleitung während der verschiedenen Konfliktphasen. So sollten Medien sowohl über Eskalationsmechanismen vor dem Krieg als auch über Versöhnungsarbeit nach dem Krieg berichten. (vgl. Bilke 2007: 141f)

3.4.3 Das Modell des Friedensjournalismus nach Wilhelm Kempf – der kritische Friedensjournalismus

Auf die Frage, wie Journalismus aussehen kann, der nicht Propaganda ist, antwortet Kempf folgendermaßen:

Er [der Journalismus] kann der Propagandafalle nur so entgehen, dass er sich gegenüber diesen naturwüchsigen Prozessen der Wahrnehmungsverzerrung in eskalierenden Konflikten als widerständig erweist, ohne in Gegenpropaganda umzuschlagen. (Kempf 1997:147)

Auch Kempf hegt keinen Zweifel daran, dass Medien einen großen Einfluss auf den Verlauf von Konflikten ausüben können. Er unterstreicht, dass jeder Konflikt hinsichtlich seines Verlaufs grundsätzlich offen ist und Medien deshalb einen wesentlichen Beitrag zur kooperativen Entwicklung von Konflikten leisten können. (vgl. Kempf 1996: 19)

Ausgehend von dem Verständnis des Friedensjournalismus nach Galtung stellt Kempf fest, dass der kritische Friedensjournalismus weder eine Übernahme der gegnerischen Propaganda noch eine Friedenspropaganda bezweckt. Vielmehr richtet sich der Fokus des kritischen Friedensjournalismus auf die Infragestellung des Krieges bzw. der militärischen Logik. Er sieht eine Respektierung der Rechte des Gegners sowie eine unverzerrte Darstellung seiner Interessen und Intentionen vor. Weiters ermöglicht er eine unvoreingenommene Beurteilung des gegnerischen Handelns und thematisiert Bedrohungsgefühle, was somit auch den Abbau eigener Bedrohungsgefühle ermöglicht. Einhergehend damit werden auch eigene Handlungen und Interessen kritisch hinterfragt. Der *kritische Friedensjournalismus* forciert eine Distanzierung von beiden Seiten und spricht sich explizit für friedliche Alternativen aus, indem er den gemeinsamen Nutzen, den alle Beteiligten aus dem Ende des Krieges ziehen könnten, in den Mittelpunkt stellt. (vgl. Kempf 1997: 147)

Kempf fordert somit eine pro-aktive, sprich voraussehende und voraushandelnde Berichterstattung ein, die ihr Hauptaugenmerk nicht auf die militärische Auseinandersetzung selbst, sondern auf mögliche friedliche Alternativen vor, während und nach dem Krieg legt.

3.4.4 Kritik am Konzept des Friedensjournalismus

Doch nicht alle KommunikationswissenschaftlerInnen und JournalistInnen sind sich über den Beitrag, den Friedensjournalismus in Konfliktsituationen leisten kann, einig. Vor allem ExpertInnen der konstruktivistisch-sozialsystemischen Bewegung üben Kritik am Modell des Friedensjournalismus aufgrund des angeblich zu großen normativen Charakters. Hanitzsch beispielsweise kritisiert die zu optimistischen Wirkungsannahmen im Friedensjournalismus und bezweifelt die Medienwirkung auf die Öffentlichkeit. Seiner Meinung nach würde den Voraussetzungen der Bevölkerung in Bezug auf die Wirkung von Medienbotschaften (z.B.: soziale Struktur, persönliche Interessen der RezipientInnen) kaum Beachtung geschenkt. (vgl. Binder 2006: 61) Deshalb, so Hanitzsch, sei die konventionelle Art der Berichterstattung akkurater und funktionaler als friedensjournalistische Ansätze.

Weiters wird dem Friedensjournalismus vorgeworfen, dass er mit einem rein individualisierten Modell des journalistischen Schaffens arbeite und er deswegen zu wenig Aufmerksamkeit auf die realen Arbeitsbedingungen, mit denen ReporterInnen konfrontiert sind, lenke. (vgl. Lynch 2007: 1) Der wohl größte Kritikpunkt ist jedoch der Begriff der absoluten Wahrheit, den Galtung in die Debatte um den Friedensjournalismus eingebracht hat. Spicer als auch Schudson gehen sehr behutsam mit dem Begriff um und weisen daraufhin, dass Objektivität schnell an ihre Grenzen stößt.

Even facts could not be trusted. [...] at the very moment that journalists claim 'objectivity' as their ideal, they also recognize its limits. (zitiert in Shinar 2007: 5)

Trotz all der Kritik ist man sich grundsätzlich jedoch einig, dass Friedensjournalismus einen mutigen Versuch darstellt, die Rolle von JournalistInnen in Konflikten neu zu definieren, und deshalb die Weiterentwicklung von friedensjournalistischen Modellen sinnvoll ist.

3.5 Die Rolle der Medien im Südossetienkonflikt 2008

Im Zuge ihrer Analyse "Georgia & Russia: Contradictory Media Coverage of the August War" über die Berichterstattung des Russland-Georgien Krieges stellen Heinrich und Tanaev fest, dass bis jetzt noch relativ wenig empirische Forschung diesbezüglich betrieben wurde. (vgl. Heinrich, Tanaev 2009: 245)

Die verfassten Arbeiten über die Berichterstattung des Südossetienkonflikts in westlichen Medien kamen zu dem Schluss, dass Russland und Georgien eine unterschiedliche Herangehensweise in der Informations- und Medienpolitik forcierten. Während Russland ohne internationaler Absprache sowie ohne durchdachter PR-Strategie nach Georgien einmarschierte, war Georgien von Anfang an aufgrund einer gut durchorganisierten PR-Offensive ständig in internationalen Medien präsent. (vgl. King 2008: o.S.) So gab der georgische Präsident in den ersten Kriegstagen laufend auf CNN Interviews und beschuldigte Russland des Genozids.

Auch im Kriegsgebiet selbst arbeiteten beide Konfliktparteien mit einer unterschiedlichen Informationsstrategie. Mit Beginn des Krieges wurde in Gori von der georgischen Regierung ein internationales Pressebüro aufgebaut, das JournalistInnen mit Informationen versorgte. Russland hingegen verweigerte dem Großteil russischer JournalistInnen, die von russischer Seite ins Krisengebiet gelangen wollten, das Überschreiten der Grenzen durch den Roki Tunnel (vgl. Muckenhuber 2009: 64)

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich in den ersten Kriegstagen vor allem die Position der georgischen Regierung in den westlichen Medien widerspiegelte. In der von Muckenhuber durchgeführten Medienanalyse von *The New York Times* und *Der Standard* wurde aufgezeigt, dass Teile der Selbstdarstellungsdiskurse beider Präsidenten in den untersuchten Zeitungen übernommen wurden. Er stellt jedoch fest, dass in beiden Zeitungen die Diskurselemente des georgischen Präsidenten überwiegen, was Muckenhuber auf die perfekt organisierte Medienkampagne Georgiens zurückführt. (vgl. Muckenhuber 2009: 110)

Allmählich wurde jedoch auch Kritik am Vorgehen Georgiens in der westlichen Presse laut. Das Bild des imperialistisch-auf tretenden Aggressors Russland, welcher das angeblich unschuldige Georgien angriff, wurde zunehmend revidiert. Einhergehend damit wurde auch die Notwendigkeit der georgischen Militäroffensive gegenüber Südossetien vermehrt hinterfragt.

Der russischen Regierung gelang es jedoch, nicht zuletzt aufgrund der russischen Berichterstattung, seine eigene Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Die von Heinrich und Tanaev durchgeführte Analyse zeigt auf, dass vor allem die russische Zeitung *Rossijskaja Gazeta* die Militäroffensive nicht nur unterstützte sondern auch forderte. (vgl. Heinrich; Tanaev 2009: 257)

Rossiskaya gazeta had a pronounced and consistent pro-Russian line, which echoed the style and the content of official statements [...]. (Heinrich; Tanaev 2009: 256)

Auch das georgische Pendant zur *Rossijskaja Gazeta*, der *Georgian Messenger*, stand hinter dem Vorgehen seiner Regierung und übernahm mehrmals unkommentierte, offizielle Stellungnahmen in die Berichterstattung mit auf. Schlagzeilen wie „Putin der Schreckliche“ oder „Das kriminelle Duett des Kremls“ schmückten die Titelseiten. (vgl. Heinrich; Tanaev 2009: 257) Doch weisen Heinrich und Tanaev darauf hin, dass sich die georgischen oppositionellen Medien relativ bald vom Vorgehen Saakaschwilis distanzierten und eine militärische Niederlage eingestanden. (vgl. Heinrich; Tanaev 2009: 246)

Zusammenfassend ist jedoch festzuhalten, dass Georgiens Sichtweise weitaus öfters in den internationalen Medien Eingang fand, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass Russland anfangs den internationalen Medienkrieg gegen Georgien verloren hatte. Der amerikanische Professor Lincon Mitchell meint diesbezüglich, dass Micheil Saakaschwili lange Zeit vor Russland die Wichtigkeit begriffen hatte, gemeinsam mit internationalen Medien zusammenzuarbeiten. (vgl. Muckenhuber 2009: 64)

Letztendlich zeigt die Analyse der Medienberichterstattung über den Kaukasuskrieg von Lichtenstein und Nitsch eine bereits oben erwähnte Tendenz: Die Berichterstattungen in westlichen, russischen und georgischen Zeitungen unterscheiden sich zum Teil stark aufgrund der Nähe zum eigenen politischen System. (vgl. Lichtenstein; Nitsch 2009: o.S.)

4 Die Russische Medienlandschaft

Neben den 19 offiziell registrierten Fernsehkanälen und den rund 1.500 Radiostationen existieren in Russland mehr als 25.000 verschiedene Zeitungen, von denen rund 400 täglich erscheinen. (vgl. Fourmont 2008: 4) Einer Umfrage des russischen Meinungsinstituts *WZIOM* vom Oktober 2006 zufolge sieht die russische Bevölkerung das landesweite Fernsehen als primäre Informationsquelle, während landesweit erscheinende Zeitungen hingegen nur von rund 30% der befragten Personen als wichtigste Informationsquelle genannt werden. (vgl. *WZIOM* 2006) In einer ähnlichen Umfrage des *FOM* im Jahr 2005 gaben nur rund 20% der Befragten an, dass die Probleme Russlands objektiv in den Zeitungen widergespiegelt werden. (vgl. *FOM* 2005) Diese Umfragen geben somit Grund zur Annahme, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung nur wenig Vertrauen in die russische Presselandschaft setzt.

Die Organisation *Reporter ohne Grenzen (ROH)* weist in mehreren Publikationen darauf hin, dass angesichts der russischen Realität eine Einteilung in „unabhängige“, „freie“ oder „unfreie“ Medien kaum möglich sei. Bei einer Untersuchung der russischen Medienlandschaft, so *ROH*, müssen vor allem die Eigentumskonstellationen miteinbezogen werden, damit ein realitätsgetreues Bild gegeben werden kann. *ROH* arbeitet demnach mit folgenden Kategorien: (vgl. Gathmann 2009: 5)

- Medien, welche sich in staatlichem Besitz befinden, bzw. Gelder vom Staat durch sogenannte Informationsverträge erhalten.
- Medien, welche sich in privatem Besitz befinden, und bei denen die EigentümerInnen starken Einfluss auf die Berichterstattung ausüben.
- Medien, welche sich in privatem Besitz befinden, und bei denen kaum Eingriffe von Seiten der EigentümerInnen in die Redaktionsarbeit erfolgen.

Dem Ranking über die Pressefreiheit von *ROH* zufolge ist Russland eines der gefährlichsten Länder für JournalistInnen, weshalb sich Russland in der für 2009 erarbeiteten Rangliste der Pressefreiheit von insgesamt 175 untersuchten Ländern auf dem beschämenden 153. Platz befindet. Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Wladimir Putin 2000 starben insgesamt 24 JournalistInnen eines unnatürlichen Todes. (vgl. Reporter ohne Grenzen [o.J.])

4.1 Gesetzeslage der Pressefreiheit in Russland

Die Verfassung vom 12. Dezember 1993 gilt als rechtliche Grundlage für jedes nachfolgende Gesetz. So sind beispielsweise im zweiten Kapitel der Verfassung Gedanken- und Redefreiheit verankert. Im Artikel 29 wird die Zensur ausdrücklich verboten sowie die Freiheit der Masseninformatiön sichergestellt. (vgl. Göbel 2007: 28) Bei genauerer Betrachtung wird jedoch ersichtlich, dass eine Absicherung der Freiheit der Massenmedien in der Verfassung nicht ausdrücklich erwähnt wird. Alena Göbel von der *Forschungsstelle Osteuropa Bremen* begründet dies damit, dass die Freiheit der Massenmedien und das Verbot der Zensur in jenem Kapitel niedergeschrieben sind, welches sich mit den Rechten und Pflichten der Menschen, nicht aber der Medienunternehmen, auseinandersetzt. Da kein eigener Artikel, explizit adressiert an die Medienunternehmen, in der Verfassung verankert ist, entsteht ein großer Interpretationsspielraum, der eine willkürliche Auslegung der russischen Verfassung ermöglicht. (vgl. Göbel 2007: 28)

Diese Lücke in der Verfassung schließt zum Teil jedoch das Gesetz über die Massenmedien. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass dieses Gesetz sowohl den GründerInnen eines Mediums als auch dem Staat und jeglichen anderen Organisationen verbietet, sich in innere Angelegenheiten und Belange einer Redaktion einzumischen. Wie auch die Verfassung verbietet das Gesetz über die Massenmedien jegliche Art der Zensur. Im Gesetz sind ebenso das Recht auf Verbreitung von Informationen, auf InformantInnenschutz, das Recht auf Anonymität sowie auf Veröffentlichung persönlicher Meinungen verankert. (vgl. Göbel 2007: 9) Weiters garantiert es die ungehinderte Beschaffung von Informationen, indem Fristen festgelegt werden, innerhalb derer sowohl staatliche als auch gesellschaftliche Organisationen und Institutionen verpflichtet sind, auf Anfragen zu reagieren. Der Schutz staatlicher Geheimnisse ist hiervon jedoch ausgeschlossen. Eine Definition, welche Aufschluss darüber gibt, was unter „staatliche Geheimnisse“ zu verstehen ist, wurde von der russischen Regierung bislang nicht präsentiert. (vgl. Göbel 2007: 11) Es ist daher nicht überraschend, dass eben diese Ausnahmeregel von der Regierung nicht selten dazu missbraucht wird, um unliebsame JournalistInnen mundtot zu machen.

4.2 Medienpolitische Entwicklungen

4.2.1 Aufbau eines staatlichen Medienmonopols und die Entmachtung regimekritischer Führungspersonen in sämtlichen russischen Medien

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurden die Eigentumsrechte der Zeitungen meist an ihre MitarbeiterInnen übertragen. Mit der Finanzkrise in den 90er Jahren verschlechterte sich jedoch die Situation der Zeitungen dramatisch, weswegen kaum eine Zeitung ohne Subventionen überleben konnte. Mitte der 90er Jahre, die den Beginn der Monopolisierung der Medienbranche markiert, entstand durch die Gründung von Mediengruppen und Holdings eine Konzentration der Presselandschaft in den Händen weniger Oligarchen. (vgl. Göbel 2007: 24) Beresovskij und Gusinskij beispielweise gelang es, einflussreiche Medien zu vereinen, die wegen ihrer kritischen Berichterstattung positiv von der Bevölkerung aufgenommen wurden. (vgl. Göbel 2007: 25)

Doch spätestens mit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin im Jahre 2000 kam es zu einer stetig steigenden Verstaatlichung sämtlicher Medien. Angesichts der bedeutenden Rolle des russischen Fernsehens in der Gesellschaft wurde der Großteil der Fernsehkanäle noch in der ersten Amtszeit Putins verstaatlicht bzw. an regierungsnahe Unternehmen verkauft. Der Kreml übernahm, nachdem er Gusinskij zwang, das Land zu verlassen, den Fernsehkanal *NTV*. Beresovskij erging es ähnlich: er musste die Kontrolle über seinen Fernsehsender *ORT*, nun *Kanal 1*, abgeben. (vgl. Orttung 2006: 3)¹¹ Der Fernsehkanal *RTR* besteht mittlerweile aus einem Netzwerk von über 80 regionalen Radio- und Fernsehsendern, die ebenso als Sprachrohr der Regierung agieren. Die fünf wichtigsten landesweiten Fernsehsender, welche sich seit 2003 in der Kontrolle des Staates befinden, widmen, (vgl. Orttung 2006: 3) eines Monitorings des *Zentrums für Journalismus in Extremsituationen* im März 2006 zufolge, der Opposition lediglich 4% der politischen Berichterstattung. Über 90% der Sendezeit werden hingegen der Regierung zugesprochen. (vgl. Orttung 2006: 3) Diese Entwicklungen hatten eine starke Vereinheitlichung der Art der politischen Berichterstattung und die endgültige Entpolitisierung der Medien zur Folge: Nachrichten werden von der Regierung ausgesendet und dürfen, um jegliche Konflikte mit der politischen Elite ausschließen zu können, nur kommentarlos wiedergegeben werden.

Die [russischen] Medien dienen nicht als Forum für den Austausch von Meinungen, öffentlichen Debatten, Konflikten, Untersuchungen und Kommentaren, und können die Öffentlichkeit so nicht mit einer informierten, analytischen und wohl überlegten Diskussion politischer Themen [...]

¹¹ Beide Oligarchen werden übrigens in Russland mit einem Haftbefehl gesucht.

versorgen. [...] Die Medien erfüllen nicht diejenigen Funktionen, die in einer Demokratie von ihnen verlangt werden. (Orttung 2006: 3)

Mit der gleichen Vorgehensweise konnte die Regierung auch die Presse unter ihre Kontrolle bringen. 2005 wurde die Zeitung *Iswestija*, nachdem sie aufgrund kritischer Berichterstattung über die Geiselnahme in Beslan vom Kreml verklagt wurde, von *Gazprom* aufgekauft und verkam zu einer niveaulosen Boulevardzeitung. Im Zuge der Umgestaltung dieser Zeitung wurde der Chefredakteur gefeuert und durch den kremltreuen Vladimir Mamontov ersetzt. (vgl. Dzugan 2008: 73) Nur ein Jahr später wurde die Zeitung *Kommersant*, dessen Besitzer einst Beresovskij war, an Alischer Usmanow, den Präsidenten einer Tochterfirma von *Gazprom*, übergeben. *Nesawisimaja Gazeta*, *Nowye Iswestija* und *Moskowskie nowosti* wurden ebenfalls von staatsnahen Unternehmen übernommen. (vgl. Orttung 2006: 4) Mehrere Nichtregierungsorganisationen wurden aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung gänzlich verboten, wie beispielsweise die *Russisch-Tschetschenische Freundschaftsgesellschaft*, die aufgrund ihrer im Internet publizierten Zeitung als eine der wenigen zuverlässigen Quellen hinsichtlich des Tschetschenienkrieges galt. (vgl. Orttung 2006: 2)

Darüber hinaus ist anzumerken, dass der Großteil der regionalen Zeitungen von den notwendigen Subventionen der Regionen abhängig und somit dem politischen Kurs der lokalen Regierungen verpflichtet ist. Sogenannte Inseln der Medienfreiheit in der russischen Presselandschaft gibt es nur wenige: neben der Regionalzeitung *Swobodnyj Kurs* gilt vor allem die *Nowaja Gazeta*, die als einzige Zeitung das tabuisierte Buch der ermordeten Journalistin Politkowskaja veröffentlichte, als Hoffnungsträgerin in der russischen Presselandschaft. (vgl. Rabitz 2007: 4) Viele dieser medialen Einzelkämpfer schlossen sich seit 2004 der *Allianz der unabhängigen russischen Verlage (ANRI)* an. Einer Schätzung von ANRI Vorsitzenden Anna Koschmann zufolge existieren in Russland insgesamt rund 50 unabhängige Printmedien. (vgl. Gathmann 2009: 6)

4.2.2 Einschränkungen der rechtlichen Situation von Medien in Russland

Veränderungen auf gesetzlicher Ebene, welche die Rechte der Medien fortlaufend einschneiden, finden in Russland am laufenden Band statt. So trat 2002 beispielsweise eine Doktrin über die Informationssicherheit in Kraft, die einen unkontrollierten Strom an Informationen als Gefahr für die russische Bevölkerung bezeichnet, und die Ahndung von „Missbrauch der Information“ bzw. „Verzerrung durch die Medien“ ermöglicht. (vgl. Dzugan 2008: 68) Vor den Parlamentswahlen 2003 wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, welches die Veröffentlichung kompromittierender Artikel über die KandidatInnen untersagt. (vgl.

Dzугan 2008: 69) Im Juli 2006 ging der Präsident soweit und unterzeichnete ein Gesetz, welches die Beleidigung eines Beamten hinsichtlich seiner politischen Tätigkeit als extremistische Tat definiert und eine mehrjährige Gefängnisstrafe für JournalistInnen vorsieht. (vgl. Orttung 2006:)

Kritik an PolitikerInnen kann aufgrund jener Gesetze nun legal als Beleidigung und Verleumdung interpretiert und somit geahndet werden. (vgl. Fourmont 2008: 9) Rechtswidrige Verhaftungen von JournalistInnen und Anklagen wegen Diffamierung gehören in Russland mittlerweile zum politischen Alltag. Alleine in den Jahren 2000 bis 2004 wurden insgesamt 94 JournalistInnen verhaftet und oft tagelang illegal festgehalten. (vgl. Göbel 2007: 21)

Die Analyse [...] hat gezeigt, dass die Organe der Judikative und Exekutive in der Russischen Föderation die in der Verfassung und im Gesetz über die Mittel der Masseninformati on festgelegten Rechte von JournalistInnen und Redaktionen oft missachten oder nach Belieben so auslegen, wie es die Situation ihrer Meinung nach gerade erfordert. Die Rechtssprechung der Gerichte orientiert sich in vielen Fällen nicht an die geltenden Gesetze. (Göbel 2007: 28)

4.2.3 Weitere Eingriffe des Staates in die Pressefreiheit

Neben der Verabschiedung diverser Gesetze gibt es noch auch eine Reihe von anderen Vorgehensweisen des russischen Staates, um kritische JournalistInnen in ihrer Arbeit zu behindern.

Laut Göbel ist die „Einflussnahme auf den Erhalt und die Herstellung bzw. die Verbreitung von Massenmedien“, wie beispielsweise die Abweisung von Informationsauskünften oder die Beschlagnahme ganzer Zeitungsausgaben, eine vom Kreml sehr oft eingesetzte Methode, um Kontrolle über Medien ausüben zu können. (vgl. Göbel 2007: 14) Zu den häufigsten Behinderungen gehören die Verweigerung oder der Entzug der Akkreditierung von JournalistInnen oder die Verweigerung des Zutritts zu öffentlichen Gebäuden trotz gültiger Akkreditierung, die sowohl gesetzes- als auch verfassungswidrig sind. (vgl. Göbel 2007: 14f) Unnötig komplexe Verfahren bei der Ausstellung von Akkreditierungen ermöglichen dem Staat eine für ihn vorteilhafte Auslese von JournalistInnen. Um eine Akkreditierung zu erhalten müssen die JournalistInnen eine Reihe von Dokumenten vorlegen, die dem Staat detaillierte Informationen über die Person liefern. Dass diese Vorgehensweise die rechtlich geschützte Privatsphäre der JournalistInnen verletzt, wird vom Kreml als belanglose Kritik zurückgewiesen. (vgl. Göbel 2007: 16) Die komplizierten Akkreditierungsverfahren

schränken die JournalistInnen in ihrer Bewegungsfreiheit deutlich ein und halten sie von Kriegsgebieten fern. (vgl. Dzugan 2008: 76)¹²

Die strukturelle Zensur stellt ebenso ein großes Problem in der medienpolitischen Entwicklung dar. Unter struktureller Zensur, so Göbel, ist jene Einmischung vom Staat zu verstehen, die „nicht in Bezugnahme auf das Gesetz über die Mittel zur Masseninformati on geschieht, sondern in ihrer Begründung auf andere Rechtsverordnungen zurückgreift.“ (Göbel 2007: 18) Die Bestellung neuer ChefredakteurInnen, die Weigerung staatlicher Verlage und Druckereien bestimmte Ausgaben zu drucken, Mieterhöhungen, die Beschlagnahmung des Vermögens oder die Durchsuchung von Redaktionsräumen fallen unter den Begriff der strukturellen Zensur. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die sogenannte *Nalogovaja policija*, die Steuerpolizei, laut Oertel ständig bei den unabhängigen und oppositionellen Medien unangenehme Kontrollen durchführt. (vgl. Göbel 2007: 18)

[...][die Steuerpolizei] findet garantiert immer etwas, für die Betroffenen mit fatalen Folgen. So werden mit dem Verweis auf finanzielle Unregelmäßigkeiten und nicht bezahlten Steuerschulden Bankkonten eingefroren oder das Equipment in den Redaktionen beschlagnahmt. (Göbel 2007:18)

Gerichtliche Verfahren gegen die kontrollierten Medien sind meist die Folge. So wurde beispielsweise die *Nowaja Gazeta* wegen Verleumdung angeklagt, weil in einem veröffentlichten Artikel ein Richter gefragt wurde, wie er sich bei seinem niedrigen Gehalt etwa seinen Luxuswagen und seine Villa leisten könne. Dies führte fast zum Ruin der Zeitung, da sie von der Richterin Ptanskaja zu einer Geldstrafe von rund 1,5 Millionen US Dollar verurteilt wurde. Nur wenige Zeit später wurde die *Nowaja Gazeta* erneut von derselben Richterin in einem anderen Gerichtsverfahren für schuldig erklärt und zu einer Schadensersatzzahlung von 500.000 US Dollar gezwungen. (vgl. Göbel 2007: 19)

Auch wenn das Internet bzw. die in Russland stark wachsenden Blogs ein geeigneter Raum bleibt, um Kritik zu formulieren, muss auch auf die zunehmende Kontrolle des Internets in Russland hingewiesen werden. Dzugan bezeichnet zu Recht das Internet in Russland trotz der stetig wachsenden Kontrolle als *kleine Insel der Medienfreiheit*. Dmitrij Vinogradov,

¹² Während der Geiselnahme in Beslan im September 2004 wurden kaum Akkreditierungen an JournalistInnen ausgehändigt, um so das unkoordinierte und gewaltsame Vorgehen des russischen Militärs vertuschen zu können. Jene wenigen JournalistInnen, die eine Akkreditierung besaßen, wurden in ihrer Arbeit behindert bzw. festgenommen. (vgl. Dzugan 2008: 71f)

Journalist der erfolgreichen Onlinezeitung *gazeta.ru* ist sogar der Ansicht, dass das Internet die Funktion der Medien in einer demokratischen Gesellschaft übernommen habe. (vgl. Dzigan 2007: 46)

Anfangs wurde das Internet als zweite *Samizdat* angesehen, in der nicht-staatskonforme Literatur und Informationen ohne große Probleme veröffentlicht werden konnten. Oppositionelle Gruppierungen und Oligarchen, die von Wladimir Putin teilweise erfolgreich aus dem Medienmarkt vertrieben wurden, konnten im Internet erneut Fuß fassen. So besitzt beispielsweise Boris Beresovskij die Nachrichtenseite *grani.ru*, der Oligarchen Vladimir Gusinskij *newsru.com* sowie mehrere israelische russischsprachige Websites. (vgl. Dzigan 2007: 47)

Doch mittlerweile zeigt der Kreml vermehrt Interesse an der Kontrolle des Internets und veranlasst diesbezüglich erste Schritte. Um diese gewünschte Überwachung zu forcieren, wurde bereits 2007 ein Gesetzesentwurf in die Staatsduma eingebracht, der eine rechtliche Gleichstellung der Publikation im Internet mit einer Publikation in den restlichen Medien vorsieht. (vgl. Dzigan 2007: 48) Das Inkrafttreten dieses Entwurfes würde demnach bedeuten, dass das Internet nicht mehr vor rechtlichen Eingriffen von Seiten des Staates geschützt wäre. Weiters wurde bereits die Idee geäußert, die BesitzerInnen für den Inhalt der Foren auf den Homepages verantwortlich zu machen, was das Ende der momentan nur im Internet stattfindenden offenen politischen Diskussion bedeuten würde. (vgl. Apelt 2007: 13)

4.3 Journalistische Arbeitsbedingungen in Russland

Um der Frage gerecht zu werden, warum in Russland die Medien nicht ihre Aufgabe erfüllen, müssen ebenso die Arbeitsbedingungen von JournalistInnen in die Untersuchung miteinbezogen werden. Denn der ökonomische und psychische Druck, der auf den JournalistInnen in Russland lastet, ist ein entscheidendes Moment, warum die Situation der Medien derart prekär ist.

4.3.1 Bedeutungsanstieg von Auftragsjournalismus aufgrund niedriger Gehälter

Dzigan konnte anhand verschiedener ExpertInneninterviews aufzeigen, dass aufgrund der teilweise sehr niedrigen Gehälter russische JournalistInnen gezwungen sind, nach zusätzlichen Einkommensquellen zu suchen. Die ökonomisch prekäre Lebenssituation der russischen JournalistInnen ermöglichte während der Regierungszeit Putins die Etablierung des Auftragsjournalismus in allen Medien Russlands. (vgl. Krüger 2006: 18) Andrej Ivanovskij sieht das Problem des Auftragsjournalismus und der Schleichwerbung ebenso:

Dieses Problem gibt es. Es ist präsent, das hängt mit der allgemeinen Korruption zusammen und es ist eine Art Kavaliersdelikt. Es wird momentan aber nicht problematisiert, es wird einfach hingenommen. (zitiert in Dzugan 2007: 83)

Ökonomische Engpässe zwingen JournalistInnen immer wieder sogenannte Image-Reklamen für PolitikerInnen und UnternehmerInnen zu verfassen, die meist gut bezahlt werden. Auch das Phänomen *zakazucha* ist in Russland allgegenwärtig: JournalistInnen werden für Artikel bezahlt, in denen sie bewusst ökonomische, ethnische oder politische Feinde schaffen. (vgl. Gathmann 2009: 10)

Dimitrii Poljanin vom JournalistInnenverband von Swerdlowskaja oblast' sieht deshalb nicht unbegründet das primäre Problem der Medien in der Korruption vieler JournalistInnen, und nicht im Mangel der Pressefreiheit. (vgl. Gathmann 2009: 10)

4.3.2 Selbstzensur

Wie aus den bereits erwähnten Beispielen und Ereignissen hervorgegangen ist, sind russische JournalistInnen starkem Druck von Seiten der Regierung ausgesetzt. Gewalttätige Übergriffe auf JournalistInnen sind neben strafrechtlichen Verfolgungen, Klagen und Festnahmen leider keine Seltenheit. Immer wieder werden unliebsame JournalistInnen ohne rechtliche Grundlage in psychiatrische Anstalten gesteckt, wie es schon während der Sowjetunion üblich war. Alleine im Jahr 2009 wurden in Russland 5 JournalistInnen ermordet, Hunderte wurden brutal zusammengeschlagen und bedroht. Eine Aufklärung der Verbrechen an russischen JournalistInnen erfolgt aufgrund politischen Desinteresses nur vereinzelt. (vgl. ROH 2009) Als Folge dessen kann die Wiederbelebung des Phänomens der Selbstzensur sowie die „freiwillige“ Einschränkung der eigentlich gesetzlich garantierten Pressefreiheit angesehen werden. Aus Angst vor möglichen Konsequenzen erfolgt bewusst keine kritische Berichterstattung über politisch brisante Themen. (vgl. Gathmann 2009: 10)

Angesichts dieser teils schockierenden Realität ist zusammenfassend festzuhalten, dass die Medien in Russland keinesfalls jene Rolle einnehmen, die sie innerhalb einer Demokratie erfüllen sollten. Organe der Judikative und Exekutive interpretieren je nach politischem Willen die bestehenden Gesetze und missachten diese. Die Beziehung zwischen Medien und Politik kann somit keinesfalls als konfliktfrei bezeichnet werden.

Die Zeitungen genießen im Gegensatz zum Fernsehen kein hohes Ansehen in der russischen Gesellschaft, nicht zuletzt aufgrund des Niveauverlusts einhergehend mit der staatlichen Übernahme sämtlicher Printmedien. Ein Großteil der politischen Elite gibt ganz nach

sowjetischer Tradition zu, dass „die Medien als ein Element im System der gesellschaftlichen Steuerung“ (Gathmann 2009: 9) zu verstehen sind.

5 Empirische Untersuchung

In die Analyse wurden die Artikel dreier russischer Zeitungen während eines festgelegten Untersuchungszeitraums miteinbezogen. Die Auswahl der untersuchten Zeitungen erfolgte willkürlich. Es wurde lediglich darauf geachtet, dass sowohl regimekritische als auch regimetreue Zeitungen analysiert werden sollten, um so eine mögliche Divergenz in der Berichterstattung aufzeigen zu können. Weiters war für die Auswahl von großer Bedeutung, dass die zu analysierenden Zeitungen in den meisten Regionen Russlands erscheinen. Die Reichweite spielte bei der Auswahl nur eine untergeordnete Rolle.

Hierbei muss erwähnt werden, dass aufgrund der zufällig ausgewählten Zeitungen diese Untersuchung nur einen exemplarischen Charakter und somit keine allgemeine Aussagekraft besitzt.

5.1 Methodik

Für die Untersuchung und Analyse des empirischen Forschungsfelds wurde die Inhaltsanalyse ausgewählt, welche unter einer theoriegeleiteten und einer explorativen Perspektive erfolgte.

Die theoriegeleitete Perspektive arbeitet mit mentalen Modellen der eskalationsorientierten Fehlwahrnehmungen, die in einem inhaltsanalytischen Variablensystem von Bläsi, Jäger, Kempf und Möckel 2004 ausgearbeitet wurden. Dieser Kategorienkatalog wurde auf die Konfliktkonstellation des Südossetienkrieges angepasst und dementsprechend überarbeitet und erweitert. Er liefert eine Beschreibung der entgegengesetzten Pole der Konzeptionalisierung des Konfliktes, eine Bewertung der Rechte, Ziele und Handlungen beider Konfliktparteien sowie eine Thematisierung der Opfer. (vgl. Kempf 2005: 4) Um das Variablensystem nicht unnötig zu verkomplizieren wurden Russland und Südossetien zu einer Konfliktpartei (Russland) zusammengefasst. Diese steht der zweiten Konfliktpartei, Georgien, gegenüber.

Aufbauend auf die theoriegeleitete Perspektive stehen folgende Fragen in der explorativen Perspektive im Zentrum: Hat sich der Blickwinkel der Berichterstattung im Laufe der Zeit verändert bzw. was wird in den unterschiedlichen Zeitungen in Hinsicht auf den Konflikt zum Thema gemacht?

Um den Gegensatz von quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse zu umgehen, über den seit Jahrzehnten eine teilweise sehr polemische Debatte geführt wird, wird in dieser Arbeit bewusst nur über „Inhaltsanalyse“ gesprochen. Dies ist insofern legitim, da, wie Mayring

richtigerweise feststellt, jede Inhaltsanalyse sowohl qualitative als auch quantitative Elemente beinhaltet. Am Anfang jeder wissenschaftlichen Inhaltsanalyse stehen bereits erste qualitative Schritte – die Erarbeitung eines Kategoriensystems sowie die Hypothesenbildung – die gleichzeitig auch die Hauptteile jeder Inhaltsanalyse darstellen. Nach diesem qualitativen Anfangsschritt, der die Ergebnisse der Analyse wesentlich beeinflusst, können weitere quantitative Schritte vorgenommen werden. Am Ende jeder Analyse müssen die Ergebnisse quantitativer Analyseschritte interpretiert werden, was wiederum als qualitativ zu bewerten ist. (vgl. Mayring 2008: 19f)

Für die Durchführung und Auswertung der Inhaltsanalyse wurde in dieser Diplomarbeit das Statistikprogramm SPSS eingesetzt, welches bei großen Häufigkeiten von Texten sinnvoll angewendet werden kann.

5.2 Stichprobenziehung

Als Untersuchungszeitraum wurden die Perioden von 1. Juli bis 30. September 2008 und von 8. bis 12. August 2009 definiert. Der zu untersuchende Zeitraum beginnt somit ungefähr einen Monat vor dem Kriegsausbruch und umfasst ebenso den Versöhnungs- und Friedensprozess nach Beendigung der Kampfhandlungen.

Der Zeitraum wurde in folgende vier Phasen unterteilt:

1. Phase: 1. Juli – 7. August 2008: Eskalation - der Zeitraum vor Ausbruch des Krieges
2. Phase: 8. August – 12. August 2008: Militärische Konfrontation - der Zeitraum während des Krieges
3. Phase: 13. August – 30. September 2008: Internationale Krise und Ansätze einer Konfliktlösung - der Zeitraum nach Beendigung des Krieges
4. Phase: 8. – 12. August 2009: Jahrestag des Krieges

Diese Zeiträume wurden festgelegt, um Antworten auf die, in der explorativen Perspektive gestellten Fragen zu erhalten.

Ziel war es, 30 Artikel pro Zeitraum (die 4. Phase ausgenommen) und Zeitung zu analysieren, um so eine repräsentative Aussage über die Tendenzen in der Berichterstattung zu ermöglichen. Die Archivsuche in der *Nowaja Gazeta* für den ausgewählten Zeitraum mit den Stichwörtern „Krieg, Russland, Georgien, Südossetien“ ergab 96 Artikel. Im Archiv der *Rossijskaja Gazeta* wurden mit denselben Stichwörtern 294 Artikel gefunden, im Archiv der Zeitung *Kommersant* 250 Artikel. Nachdem jene Artikel ausgeschlossen wurden, die

offensichtlich in Hinblick auf das Untersuchungsthema irrelevant erschienen, wurden die Artikel chronologisch so ausgewählt, dass schlussendlich 30 Artikel pro Zeitperiode übrig blieben. Bereits bei der Kategorisierung der Artikel ergab sich das erste Problem. In zwei der zu untersuchenden Zeitungen konnten für die erste Phase keine 30 Artikel gefunden werden. Darüber hinaus wurden in der *Nowaja Gazeta* auch während der zweiten Phase insgesamt nur 19 Artikel über den Krieg veröffentlicht. Aufgrund dessen musste mit einer unterschiedlichen Anzahl von Artikel pro Zeitung gearbeitet werden: im Zuge der Analyse wurden 93 Artikel des *Kommersants*, 54 Artikel der *Nowaja Gazeta* und 74 Artikel der *Rossijskaja Gazeta* untersucht. Dies bedeutet, dass bei dieser Analyse die Ergebnisse mit absoluten Zahlen nur eine beschränkte Aussagekraft besitzen, weswegen die Ergebnisse mittels Mittelwerte und Prozentrechnungen dargestellt wurden.

5.3 Angaben zum Codiersystem

Nach der Überarbeitung und Erweiterung des von Bläsi, Jäger, Kempf und Möckel ausgearbeiteten Kategorienkatalogs, welcher im Anhang der Arbeit zu finden ist, wurden die folgenden Codierungsregeln festgelegt:

Codiert wird der gesamte Artikel bzw. jener Teil des Artikels, der auf den Konflikt Bezug nimmt. Bei Interviews werden sowohl die wörtliche Rede der interviewten Person, die gestellten Fragen als auch mögliche narrative Passagen codiert. Als Codiereinheit ist der grammatikalische Satz definiert. Pro Satz wird nur einmal die gleiche Kategorie codiert. Auch wenn Überschriften und Unterüberschriften manchmal keine vollständigen Sätze enthalten, werden diese codiert, da vor allem sie eine starke Aussagekraft besitzen.

5.4 Untersuchte Zeitungen

5.4.1 *Nowaja Gazeta*

Die *Nowaja Gazeta*, mit dem Hauptsitz in Moskau, wird von vielen als letzte Insel der Medienfreiheit in Russland bezeichnet. Chefredakteur Dmitri Muratow gründete 1993 gemeinsam mit einem Kollegen die Zeitung, die dreimal wöchentlich im A3 Format erscheint und laut eigenen Angaben eine Auflage von rund 170.000 Exemplaren in Russland, sowie ca. 420.000 Exemplaren von Regionalausgaben in Russland und anderen Ländern (z.B. Israel) aufweist. Diese Zahl beinhaltet auch jene Exemplare, die in mehreren GUS Staaten sowie in Israel gedruckt und verkauft werden. Die Homepage, auf der sich ein kostenloses und

freizugängliches Online-Archiv befindet, wird täglich rund 70.000 Mal angeklickt. (vgl. *Nowaja Gazeta* 2009: o.S.)

Die Zeitung stellt in der russischen Presslandschaft eine Ausnahme dar, da kaum eine andere Zeitung wie sie tabuisierte Themen wie Korruption, Menschenrechtsverletzungen oder organisierte Kriminalität aufgreift. Besonders im Zuge der Berichterstattung über die Tschetschenienkriege hob sich die *Nowaja Gazeta* von anderen Medien ab. Bekanntgeworden durch ihren investigativen Journalismus musste die Zeitung von Beginn an um ihr ökonomisches Überleben bangen, da die Zeitung weder staatliche Subventionen annimmt noch viele Werbungen und Anzeigen schaltet. (vgl. Fourmont 2008:8f)

Im Juli 2006 stiegen Ex-Präsident Michail Gorbatschow und Bankier und Dumaabgeordnete Alexander Lebedew bei der *Nowaja Gazeta* ein und erwarben gemeinsam 49%. 2003 gelang Lebedew mit der linksnationalen Partei *Heimat* der Einzug in die Staatsduma, wechselte dann jedoch zur Regierungspartei *Einiges Russland*. Zwar kritisierte er mehrmals die politische Linie der Partei doch hatten die JournalistInnen der *Nowaja Gazeta* anfangs starke Bedenken gegenüber ihrem neuen Aktionär. Trotz des Einkaufs von Gorbatschow und Lebedew konnte die Zeitung ihre unabhängige Linie bewahren und muss sich mit keinen Eingriffen auf die redaktionelle Arbeit auseinandersetzen. Der restliche Teil der Zeitung ist weiterhin Eigentum des Redaktionskollektivs. (vgl. Orttung 2006: 4)

Trotz zahlreicher Drohungen und Klagen von Seite des Staates lassen sich die JournalistInnen nicht einschüchtern und veröffentlichen recherchierte Enthüllungsgeschichten wie Korruptionsfälle von hochrangigen PolitikerInnen und Menschenrechtsverletzungen in Kriegsgebieten. Fünf MitarbeiterInnen der Zeitung, die sich alle dem objektiven Journalismus verpflichteten, mussten dafür mit dem Leben bezahlen, allen voran Anna Politkowskaja, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Missstände in Tschetschenien aufzudecken. Regelmäßige Kontrollen der „Steuerpolizei“ oder der Brandschutzbehörde stehen bei der *Nowaja Gazeta* schon fast an der Tagesordnung. (vgl. Göbel 2007: 19f) In einem Interview mit *Die Welt* berichtete Muratow von der Schließung der Lokalredaktion in Samara im Jahr 2007, da sämtliches Inventar von staatlichen Organen beschlagnahmt und entfernt wurde. (vgl. Stürmer 2008)

Das Engagement der JournalistInnen stößt vor allem im Westen auf Bewunderung und Anerkennung. 2006 bekam die Zeitung für ihren Einsatz den ROG - Menschenrechtspreis verliehen, ein Jahr später wurde sie mit dem Henri-Nannen Preis ausgezeichnet.

5.4.2 *Kommersant*

Die überregionale russische Tageszeitung *Kommersant* (russ.: Geschäftsmann), die einhergehend mit der Machtergreifung der Bolschewiki 1917 nach nur 8 jähriger Tätigkeit geschlossen werden musste, wurde im Dezember 1989 von Wladimir Jakowlew wieder ins Leben gerufen. Die bis 1992 nur wöchentlich erscheinende Zeitung, welche vom gleichnamigen Verlagshaus *Kommersant* vertrieben wird, weist laut eigenen Angaben eine Auflage von rund 250.000¹³ Exemplaren auf. Neben der Tageszeitung, welche eine umfangreiche Rubrik *Wirtschaft* aufweist, veröffentlicht das Verlagshaus *Kommersant* ebenso die Wochenmagazine *Kommersant-Wlast'* und *Kommersant-Den'gi* mit den Themenschwerpunkten Politik und Finanzen. (vgl. *Kommersant* 2009) Umfragen des *Atlas SMI* zufolge ist die Zielgruppe der Zeitung vorwiegend die Oberschicht, sprich gebildete Menschen in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik mittleren Alters. (vgl. *Atlas SMI* 2009a: o. S.)

Nachdem der in Großbritannien lebende Oligarch Boris Beresowskij 1999 das Verlagshaus erwarb, verkaufte er Anfang 2006 seine Anteile an seinen Geschäftspartner, der wiederum nur wenige Monate später das Verlagshaus an Alischer Usmanow, den Präsidenten einer *Gazprom* Tochterfirma, weiterverkaufte. (vgl. Rostova 2009) Obwohl Usmanow die Gerüchte, der Kreml hätte beim Kauf seine Finger im Spiel gehabt, stets zurückwies, konnten sie sich bis heute hartnäckig halten.

5.4.3 *Rossijskaja Gazeta*

Die täglich erscheinende, überregionale *Rossijskaja Gazeta*, mit dem Sitz in Moskau, wurde 1990 von der Regierung der Russischen Föderation gegründet, und hat laut eigener Angabe eine Auflage von rund 400.000 Exemplaren. Als Zielgruppe werden vor allem ältere Menschen bzw. PensionistInnen mittlerer bzw. niedriger Ausbildung definiert. (vgl. *Atlas SMI* 2009b: o. S.) Die im DIN A4 Format erscheinenden Ausgaben beinhalten neben einem sich laufend ändernden Schwerpunktthema auch regionale Beiträge. Seit 2001 bekleidet Alexander Gorbenko, Absolvent einer elitären Militäarakademie, das Amt des Generaldirektors. Chefredakteur der Zeitung ist der ehemalige Redakteur der *Komsomol'skaja Prawda*, Wladislaw Fronin.

Als Sprachrohr der russischen Regierung werden in der Zeitung regelmäßig Beschlüsse und Gesetzesänderungen der Regierung, Ministerien und anderen staatlichen Behörden abgedruckt, die erst durch die Veröffentlichung in der Zeitung in Kraft treten. Diesbezüglich wird auf der Homepage der *Rossijskaja Gazeta* auf den Artikel 4 des Gesetzes über die

¹³ Zahl über Auflage unterscheidet sich je nach Quelle.

Ordnung der Veröffentlichung von Gesetzen verwiesen, der die Veröffentlichung aller offiziellen Beschlüsse in der *Rossijskaja Gazeta* vorsieht.

5.5 Variablenkatalog

In dieser Diplomarbeit kommt zu Beginn eine deduktive Kategorienbildung mithilfe der historischen Konfliktanalyse und Sekundärliteratur zum Einsatz. In einem weiteren Schritt wird eine explorative Analyse des untersuchten Textkorpus zur induktiven Kategorienbildung herangezogen.¹⁴

F 10 Berichte von Friedensinitiativen: Dazu zählen Anführungen von tatsächlich geschehenen diplomatischen Schritten, friedlichen und deeskalationsorientierten Maßnahmen. Friedensmaßnahmen werden somit affirmativ wiedergegeben.

K 10 Berichte von eskalationsorientierten Ereignissen: Dazu zählen Berichte über militärische Schläge, Eskalationen, Unnachgiebigkeiten und Provokationen auf beiden Seiten.

F 11 Infragestellung der militärischen Logik: Diese Kategorie beinhaltet alle Stichwörter, die eine Zustimmung zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes signalisieren und das militärische Vorgehen kritisieren.

K 11 Zustimmung zu militärischen Schritten: Diese Kategorie beinhaltet jene Schlagwörter, die eine Bereitschaft bzw. Zustimmung zu militärischen und provozierenden Maßnahmen signalisieren bzw. die militärische Logik aufgrund der angeblich zu milden militärischen Vorgehensweise Russlands kritisieren.

F 12 Infragestellung der Notwendigkeit des Krieges: Hierzu zählen jene Merkmale, die eine Notwendigkeit dieses Krieges und den Sinn eines Krieges generell anzweifeln.

K 12 Argumentation für die Notwendigkeit des Krieges: Hierzu zählen jene Merkmale, die diesen Krieg als unumgänglich und somit als notwendig ansehen.

F 13 Forderung nach deeskalationsorientierten Maßnahmen: Diese Variable enthält alle Stichwörter, welche das friedliche Ende des Krieges, die Zurückkehrung zum Alltag und eine transparente Aufklärung der Verbrechen fordern. Sie beinhaltet somit affirmativ als auch nicht affirmative Forderungen.

¹⁴ „F“ steht für friedensjournalistische Variablen, „K“ für kriegspropagandistische Variablen.

F13a Affirmative Forderungen nach deeskalationsorientierten Maßnahmen: Diese Kategorie enthält nur jene Merkmale hinsichtlich der Forderung nach einem Kriegsende, die aus Zitaten von PolitikerInnen, ExpertInnen, etc. stammen und somit affirmativ in den Artikeln wiedergegeben werden. Forderungen nach einem Kriegsende, die explizit von den JournalistInnen artikuliert werden, sind davon ausgeschlossen.

K 13 Forderung nach militärischen Maßnahmen: Diese Variable enthält all jene Stichwörter, welche militärische Schritte (Aufrüstung, militärischer Gegenschlag, Eroberung fremder Territorien, etc.), härteres militärisches Vorgehen und Rache fordern.

K 13a Affirmative Forderungen nach militärischen Maßnahmen: Diese Kategorie enthält nur jene Merkmale hinsichtlich der Forderung nach militärischen Schritten, die in Zitaten von PolitikerInnen, ExpertInnen, etc. gefunden und somit affirmativ in den Artikeln wiedergegeben werden. Forderungen nach militärischen Maßnahmen, die explizit von den JournalistInnen artikuliert werden, sind davon ausgeschlossen.

F 15 Angriff: Hier sind jene Schlagwörter gemeint, welche den Einmarsch Russland als Angriff bezeichnen bzw. auf gegenseitige Provokationen und somit auf eine gemeinsame Schuld bzw. auf die eigene Schuld hinweisen. Es wird aufgezeigt, dass aufgrund eigenen Fehlverhaltens bzw. aufgrund gegenseitiger Provokationen der Konflikt eskalierte.

K 15 Verteidigung: Hier sind jene Schlagwörter gemeint, welche auf die alleinige Schuld des Gegners (Georgien) hinweisen. Es wird aufgezeigt, dass die eigene Seite (Russland) lediglich auf den Angriff Georgiens antwortete. Die Schuld für die Eskalation liegt demnach bei Georgien.

K 16: Glorifizierung der Kriegstechnologie: Diese Kategorie bezieht sich auf die Erwähnung und ausführliche Beschreibung von Kriegstechnologie und Waffen jeglicher Art.

F 20: Erwähnung bzw. Anerkennung georgischer Rechte: Hierzu zählen Anführungen und die Anerkennung von Rechten, Intentionen und Bedürfnissen Georgiens.

K 20: Infragestellung der Rechte Georgiens: Hierzu zählen Anführungen, welche die georgischen Rechte, Intentionen und Bedürfnisse anzweifeln und Georgien böse Absichten unterstellen.

F 21 Kritische Beurteilung der eigenen Rechte: Diese Kategorie enthält jene Merkmale, welche die eigenen Rechte, Intentionen und Bedürfnisse kritisch hinterfragen und gegebenenfalls verurteilen.

K 21 Legitimierung der eigenen Rechte: Diese Kategorie enthält jene Merkmale, welche die eigenen Rechte, Intentionen und Bedürfnisse unreflektiert wiedergeben und diese als legitim ansehen.

F 22 Anerkennung gemeinsamer Rechte: Hierzu zählen jene Stichwörter, welche Kooperationsmöglichkeiten zwischen Russland und Georgien, gemeinsame Rechte, Intentionen und Bedürfnisse aufzeigen.

K 22 Infragestellung gemeinsamer Rechte: Hierzu zählen jene Stichwörter, welche die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Russland und Georgien, gemeinsame Rechte, Intentionen und Bedürfnisse in Frage stellen und verneinen. Es erfolgt eine klare „wir/sie“-Abgrenzung.

F 23 Entlarvung von russischen Interessen: In diese Kategorie werden jene Schlagwörter miteinbezogen, die (geheime, versteckte) russische Interessen hinsichtlich des Krieges aufdecken. (Hierbei sind Hintergrundinformationen, die in der zuvor dargestellten Konfliktanalyse vorgestellt und diskutiert wurden, von großer Wichtigkeit.)

K 24 Ausland als Feind: Darunter fallen jene Schlagwörter, welche das Ausland als Feind definieren, das Russland auf internationaler Bühne als Aggressor darzustellen versucht.

F 30 Kritische Beurteilung der eigenen Handlungen: Hierzu zählen jene Merkmale, die das militärische und politische Vorgehen Russlands kritisch hinterfragen und gegebenenfalls verurteilen. Die Handlungen des russischen Staates und/oder die Handlungen der russischen Bevölkerung werden grundsätzlich negativ betrachtet.

K 30 Legitimierung der eigenen Vorgehensweise: Diese Variable schließt jene Schlagwörter mit ein, die das Handeln des russischen Staates und/oder der russischen Bevölkerung unreflektiert wiedergeben und rechtfertigen.

K 31: Voreingenommene Beurteilung der gegnerischen Handlungen: Hierzu zählen jene Merkmale, die das georgische Vorgehen voreingenommen beurteilen und als brutales Verbrechen und Gräueltat beschreiben.

F 32 Leid auf beiden Seiten: Hierzu zählen jene Schlagwörter, die das gemeinsame Leid signalisieren. Sowohl russische/ossetische als auch georgische Opfer werden erwähnt.

K 32: Leid auf der eigenen Seite: Hierzu zählen jene Schlagwörter, die das Leid alleine auf der russischen/ossetischen Seite zeigen. Georgische Opfer werden nicht erwähnt.

F 33 Gemeinsamer Nutzen aus der Beendigung des Krieges: Diese Kategorie beinhaltet jene Stichwörter, die auf das gemeinsame Nutzen aus dem Kriegsende hinweisen. Diese Stichwörter zeigen auf, dass es in einem Krieg niemals einen Gewinner geben kann und alle beteiligten Menschen zu Opfern werden.

K 33 Bestreitung des Nutzens aus der Beendigung des Krieges: Diese Kategorie beinhaltet jene Stichwörter, die einen gemeinsamen Nutzen aus dem Ende des Krieges bestreiten.

F 34 Entlarvung von widersprüchlichem Handeln: Darunter fallen jene Merkmale, die widersprüchliches Handeln des russischen Staates und des russischen Militärs aufdecken. (Hierbei sind Hintergrundinformationen, sowie die Kenntnisse über offizielle Aussendungen der russischen Regierung von großer Wichtigkeit)

K 41 Betonung der eigenen Stärke: Dazu zählen jene Merkmale, die Russland als (diplomatischen, militärischen, politischen, sozialen) Helden und Erlöser beschreiben.

F 42 Abbau von Bedrohung und Misstrauen: Stichwörter, welche die Relativierung der Gefährlichkeit Georgiens bewirken und Bedrohungsgefühle abbauen, zählen zu dieser Kategorie.

K 42 Schüren von Bedrohung und Misstrauen: Stichwörter, welche die Gefährlichkeit und Brutalität des Gegners (Georgien) aufzeigen und diesen als Lügner darstellen, fallen in diese Kategorie. Durch die Dehumanisierung des Gegners werden bewusst Feindbilder geschaffen.

F 45 Preis für den militärischen Sieg: Dazu zählen all jene Merkmale, die mögliche negative (politische, wirtschaftliche, soziale, etc.) Folgen des Krieges für Russland aufzeigen.

F 45a Wirtschaftliche Belastung als Folge des Sieges: In diese Kategorie werden nur jene Merkmale aufgenommen, die eine wirtschaftliche Belastung bzw. ökonomisch negative Folgen für Russland signalisieren.

K 45 Positive Auswirkungen: Dazu zählen jene Merkmale, die positive Folgen des Krieges aufzeigen bzw. die negativen Folgen dementieren. Der Krieg wird als Beginn in eine bessere Zukunft dargestellt.

F 50 Empathie: Darunter fallen jene Merkmale, die georgische Opfer erwähnen und somit Empathie für sie und die georgische Zivilbevölkerung generell fördern.

K 50 Unterscheidung zwischen wertvollen und wertlosen Opfern: Darunter fallen jene Merkmale, die georgische Opfer als wertlos und russische bzw. ossetischer Opfer als wertvoll definieren.

F 51 Soziale Identifikation mit gegnerischen Opfern: Jene Stichwörter, welche eine soziale Identifikation mit den georgischen Opfern ermöglichen, indem sie ihr Leiden beschreiben und ihnen Respekt erweisen, zählen zu dieser Kategorie. Es findet eine Humanisierung der georgischen Opfer statt.

K 51 Dehumanisierung von gegnerischen Opfern: Jene Stichwörter, welche die georgischen Opfer dehumanisieren, zählen zu dieser Kategorie.

F 60 Hintergrundinformationen: Dazu gehören Stichwörter, welche sich auf die historischen, ethnischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Konfliktes beziehen. Erwähnungen vom Zusammenbruch der Sowjetunion, von der Unabhängigkeitsbewegung, von Swiad Gamsachurdia oder vom Bürgerkrieg 1992 fallen ebenfalls in diese Variable. Diese Kategorie wird pro zu analysierenden Absatz nur einmal gezählt.

F 61 Komplexität des Krieges: Dazu gehören jene Stichwörter, die auf die Komplexität der Konfliktkonstellation hinweisen. Der Konflikt wird nicht als Spannung zweier rivalisierender Parteien sondern als Ergebnis jahrzehntelanger Provokationen und Intrigen unterschiedlichster Parteien (auch Dritt- und Viertstaaten) betrachtet. Diese Kategorie wird pro zu analysierenden Absatz nur einmal gezählt.

F 70 Nicht-elitäre russische Quellen: In dieser Kategorie werden nur jene Stichwörter gezählt, die Aufschluss über die zitierte Person geben, sprich: die Person muss namentlich erwähnt und zitiert werden. Unter „nicht-elitäre Quellen“ werden die Bevölkerung bzw. Subgruppen, marginalisierte Gruppen der Bevölkerung, die Opposition sowie NGOs verstanden. Wird dieselbe Person mehrmals zitiert, wird jedes Mal codiert, jedoch nicht öfters als 3 Mal pro Artikel.

K 70 Elitäre russische/ossetische Quellen: In dieser Kategorie werden nur jene Stichwörter gezählt, die Aufschluss über die zitierte Person geben, sprich: die Person muss namentlich erwähnt und zitiert werden. Unter „Elite“ sind die herrschende politische Klasse, VertreterInnen und Vorsitzende verschiedenster politischer Institutionen sowie kirchliche

Oberhäupter zu verstehen. Wird dieselbe Person mehrmals zitiert, wird jedes Mal codiert, jedoch nicht öfters als 3 Mal pro Artikel.

F 71 Nicht-elitäre georgische Quellen: Siehe Beschreibung von F 70

K 71 Elitäre georgische Quellen: Siehe Beschreibung von K 70

K72 Übernommene Stellungnahmen: Hierzu zählen all jene Textpassagen, die als Stellungnahmen, Presseaussendungen und Reden von russischen PolitikerInnen bzw. Behörden zu erkennen sind und unkommentiert wiedergegeben werden. Pro zu analysierenden Absatz wird diese Kategorie nur einmal codiert.

K 74 Ausländische Quellen: In dieser Kategorie werden nur jene Stichwörter gezählt, die Aufschluss über die zitierte Person geben, sprich: die zitierte Person muss namentlich erwähnt und zitiert werden. Es erfolgt keine Unterscheidung zwischen elitären und nicht-elitären ausländischen Quellen.

F 75 Infragestellung der Informationspolitik: Diese Kategorie enthält jene Schlagwörter, die eine kritische Infragestellung der russischen und/oder georgischen staatlichen Informationspolitik signalisieren. Kritische Fragestellungen bei Interviews mit Eliten als auch das Aufdecken von Lügen zählen zu dieser Kategorie. (Für die Aufdeckung von Lügen ist das Hintergrundwissen wieder von großer Wichtigkeit.)

K 75 Unreflektierte Aufnahme von Information: Diese Kategorie enthält jene Schlagwörter, die auf eine unreflektierte Übernahme von Informationen, die von staatlicher Informationspolitik zur Verfügung gestellt werden, schließen lassen. Die Verbreitung von Lügen zählt ebenso zu dieser Kategorie.

Kriegsgrund

Südkaucasus als Einflussphäre: Diese Kategorie bezieht sich auf Stichwörter, die den Südkaukasus als Einflussgebiet Russlands betrachten.

Territoriale Integrität: Diese Kategorie beinhaltet all jene Erwähnungen, die auf das völkerrechtliche Prinzip der territorialen Integrität Georgiens verweisen.

Kriegsverbrechen Georgien: Dazu zählen jene Kategorien, die den Einmarsch Russlands nach Südossetien und Gori damit rechtfertigen, dass Georgien in Südossetien Kriegsverbrechen begangen hat bzw. einen Genozid vollstreckte.

Schutz der eigenen BürgerInnen: Darunter fallen jene Passagen, die auf den Schutz russischer StaatsbürgerInnen und Friedenstruppen vor georgischer Militärgewalt hinweisen.

Selbstverteidigung: Alle Erwähnungen, die auf das Recht zur Selbstverteidigung verweisen, sind dieser Kategorie zuzuordnen.

Selbstbestimmung: Dazu zählen jene Schlagwörter, die auf das Recht des südossetischen Volks auf Selbstbestimmung verweisen und Georgien die territoriale Integrität absprechen.

Demokratie: Verweise, die Georgien als jungen, gefährdeten demokratischen Staat darstellen, zählen zu dieser Kategorie.

Wiederherstellung der Sicherheit: Diese Kategorie beinhaltet sämtliche Stichwörter, die den russischen Einmarsch als friedenssichernde Mission legitimieren.

Bilder

Bilder von georgischen Opfern

Bilder von russischen/ossetischen Opfern

Bilder von Waffen und Militär

Bilder von zerstörter Infrastruktur

Bilder von russischen/ossetischen politischen Eliten

Bilder von georgischen politischen Eliten

Bilder von ausländischen politischen Eliten

Bilder von friedlichen Maßnahmen

sonstige Bilder

geographische Karten

5.6 Fragenkatalog und Hypothesen

1. Friedensinitiativen

1.1 Werden Friedensinitiativen in der Berichterstattung thematisiert?

Hypothese 1.1.a: Friedensinitiativen bzw. friedensfördernde Ereignisse werden in der *Nowaja Gazeta* häufiger erwähnt als in den beiden anderen Zeitungen.

1.2 Erfolgt eine Infragestellung der militärischen Logik? Findet eine starke Betonung der militärischen Werte statt bzw. kommt es zu einer Glorifizierung von Kriegstechnologie?

Hypothese 1.2.a: In der *Nowaja Gazeta* wird die militärische Logik häufiger kritisch hinterfragt.

Hypothese 1.2.b: In den Berichterstattungen der anderen beiden Zeitungen wird die militärische Logik Russlands unterstützt.

Hypothese 1.2.c: Darüber hinaus kommt es vor allem bei der *Rossijskaja Gazeta* zu einer starken Glorifizierung der Kriegstechnologie.

1.3 Erfolgt eine Infragestellung der Notwendigkeit des Krieges?

Hypothese 1.3.a: Eine vermehrte Infragestellung der Notwendigkeit des Krieges erfolgt lediglich in der *Nowaja Gazeta*.

Hypothese 1.3.b: Der *Kommersant* stellt die Notwendigkeit des Krieges unter anderem aufgrund von möglichen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen in Frage.

Hypothese 1.3.c: In der *Rossijskaja Gazeta* können hingegen Argumente für die Notwendigkeit des Krieges gefunden werden.

1.4 Gibt es Forderungen nach einer friedlichen Lösung bzw. nach Friedensinitiativen?

Hypothese 1.4.a: In allen drei Zeitungen sind affirmative Forderungen nach friedlichen Schritten zu finden.

Hypothese 1.4.b: Nur in der *Nowaja Gazeta* fordern die JournalistInnen selbst das Ende des Krieges bzw. friedliche Maßnahmen.

Hypothese 1.4.c: In der *Rossijskaja Gazeta* sowie im *Kommersant* werden vermehrt Forderungen nach militärischen Schritten und Rache artikuliert, die nicht affirmativ wiedergegeben werden.

2. Rechte, Absichten und Interessen

2.1 Werden die Rechte, Absichten und Interessen des georgischen Staates/der georgischen Bevölkerung als legitim verstanden?

Hypothese 2.1.a: Die *Nowaja Gazeta* sieht die Rechte, Absichten und Interessen des georgischen Staates/der georgischen Bevölkerung größtenteils als legitim an.

Hypothese 2.1.b: Die beiden anderen Zeitungen sehen die Rechte, Absichten und Interessen des georgischen Staates/der georgischen Bevölkerung als nicht legitim an. Böse Absichten werden Georgien unterstellt.

2.2 Werden die Rechte, Absichten und Interessen Russlands bzw. Südossetiens kritisch hinterfragt?

Hypothese 2.2.a: Die *Nowaja Gazeta* hinterfragt kritisch die Rechte, Absichten und Interessen Russlands bzw. Südossetiens. Weiters entlarvt sie teilweise die wahren Interessen Russlands im Konflikt mit Georgien, deren Veröffentlichung für den Kreml unangenehm ist.

Hypothese 2.2.b: Die beiden anderen Zeitungen hinterfragen nicht die Rechte, Absichten und Interessen Russlands bzw. Südossetiens und sehen sie als legitim an.

2.3 Werden gemeinsame Rechte, Interessen, Intentionen und Kooperationsmöglichkeiten beschrieben?

Hypothese 2.3.a: Gemeinsame Rechte, Interessen, Intentionen und Kooperationsmöglichkeiten werden vorwiegend in der *Nowaja Gazeta* diskutiert, vereinzelt auch im *Kommersant*.

Hypothese 2.3.b: Vor allem die *Rossijskaja Gazeta* betont die Unterschiede zwischen Russland/Südossetien und Georgien, und stellt gemeinsame Rechte, Interessen, Intentionen und Kooperationsmöglichkeiten in Frage bzw. verneint diese.

3. Handlungen

3.1 Werden die Handlungen Russlands/Georgiens kritisch hinterfragt?

Hypothese 3.1 a: In der *Rossijskaja Gazeta* sowie im *Kommersant* werden die Handlungen Georgiens kritisiert, während die Handlungen Russlands als legitim beschrieben werden. Widersprüchliches Handeln Russlands wird demnach nicht thematisiert.

Hypothese 3.1.b: In der *Nowaja Gazeta* werden sowohl die Handlungen Georgiens als auch Russlands kritisch hinterfragt und widersprüchliches Handeln von Russland entlarvt.

3.2 Wird das Einmarschieren Russlands nach Südossetien und Kerngeorgien als völkerrechtswidriger Angriff oder als Verteidigung betrachtet?

Hypothese 3.2.a: In allen drei Zeitungen wird vermehrt die Ansicht vertreten, dass Russland nur auf die Kampfhandlungen der gegnerischen Seite reagiert, und dass Georgien somit den Krieg zu verantworten hat.

Hypothese 3.2.b: In der *Nowaja Gazeta* wird der Einmarsch nach Kerngeorgien vereinzelt als Angriff Russlands bzw. als Konsequenz gegenseitiger Provokationen bewertet und demnach verurteilt.

4. Interpunktionen

4.1 Wird das Leid beider Seiten hervorgehoben?

Hypothese 4.1.a: In der *Rossijskaja Gazeta* wird das Leid nur auf russischer bzw. ossetischer Seite thematisiert.

Hypothese 4.1.b: In der *Nowaja Gazeta* wird das Leid beider Seiten beleuchtet.

4.2 Wird ein gemeinsamer Nutzen aus der Beendigung des Krieges betont?

Hypothese 4.2.a: Ein gemeinsamer Nutzen aus der Beendigung wird nur in der *Nowaja Gazeta* betont.

4.3 Wird der kostenintensive Preis für einen militärischen Sieg beschrieben?

Hypothese 4.3.a: Der kostenintensive Preis für einen militärischen Sieg wird aufgrund seiner wirtschaftlichen Ausrichtung vor allem im *Kommersant* diskutiert.

Hypothese 4.3.b: Die *Nowaja Gazeta* thematisiert weniger negative wirtschaftliche als politische Folgen für Russland.

Hypothese 4.3.c: In der Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* werden positive Auswirkungen des Krieges behandelt.

4.4 Ermöglicht die Berichterstattung den Abbau von Bedrohungsgefühlen und Misstrauen gegenüber Georgien?

Hypothese 4.4.a: Die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* versucht, die Gefährlichkeit des Gegners zu relativieren, um so einen Abbau von Bedrohungsgefühlen und Misstrauen zu ermöglichen.

Hypothese 4.4.a: Die Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* schürt Ängste vor dem Gegner, erzeugt Feindbilder und stärkt Bedrohungs- und Misstrauensgefühle.

Hypothese 4.4.c: Die Berichterstattung des *Kommersants* beinhaltet sowohl jene Elemente, die Bedrohungsgefühle und Misstrauen schüren, als auch Elemente, die den Abbau von Bedrohung und Misstrauen fördern.

Opfer

5.1 Werden georgische Opfer überhaupt erwähnt?

Hypothese 5.1.a: Georgische Opfer werden vermehrt nur in der *Nowaja Gazeta* thematisiert.

Hypothese 5.1.b: In der *Rossijskaja Gazeta* werden keine georgischen Opfer thematisiert, dafür umso mehr russische und ossetische Opfer.

Hypothese 5.2.c: Im *Kommersant* wird aufgrund der wirtschaftlichen Ausrichtung der Zeitung generell wenig auf Opfer beider Seiten eingegangen.

5.2 Werden Anreize zur sozialen Identifikation mit georgischen Opfern bzw. mit der georgischen Bevölkerung geschaffen?

Hypothese 5.2.a: Die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* ermöglicht durch die Thematisierung der georgischen Opfer bzw. der georgischen Bevölkerung einen empathischen Blick.

Hypothese 5.2.b: Die Berichterstattungen der beiden anderen Zeitungen bieten keine Anreize zur sozialen Identifikation mit georgischen Opfern bzw. mit der georgischen Bevölkerung.

6. Historische Aufarbeitung

6.1 Stellen die Zeitungen Informationen über historische, politische, soziale, ethnische, militärische und wirtschaftliche Hintergründe des Konflikts bereit?

Hypothese 6.1.a: Es wird in keiner der drei untersuchten Zeitungen vermehrt über historische, politische, soziale, ethnische, militärische und wirtschaftliche Hintergründe informiert.

6.2 Werden die komplexen Konstellationen des Krieges aufgezeigt?

Hypothese 6.2.a: Die Komplexität des Krieges wird nur in der *Nowaja Gazeta* aufgezeigt. Der Krieg wird nicht nur als Spannung zweier polarisierender bzw. rivalisierender Gruppen, sondern als komplexes historisches Konstrukt verstanden, in dem verschiedene AkteurInnen mit unterschiedlichen Interessen agieren.

7. Quellen

7.1 Welche Quellen werden für die Berichterstattung herangezogen?

Hypothese 7.1 a: Für die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* werden mehr nicht-elitäre Quellen als elitäre Quellen herangezogen.

Hypothese 7.1 b: Für die Berichterstattung des *Kommersants* und der *Rossijskaja Gazeta* werden vorwiegend elitäre Quellen herangezogen.

Hypothese 7.1.c: Es werden in allen der drei untersuchten Zeitungen kaum georgische, nicht-elitäre Quellen herangezogen.

7.2 Werden unkommentierte Stellungnahmen und Reden russischer PolitikerInnen hinsichtlich des Krieges in der Berichterstattung veröffentlicht?

Hypothese 7.2.a: In der *Rossijskaja Gazeta* werden aufgrund ihres Status als Regierungsblatt vermehrt Reden des russischen Präsidenten, sowie Stellungnahmen des Kremls unkommentiert veröffentlicht.

Hypothese 7.2.b: Die *Nowaja Gazeta* veröffentlicht kaum unkommentiert offizielle Stellungnahmen russischer PolitikerInnen.

7.3 Erfolgt eine kritische Hinterfragung der russischen Informationspolitik?

Hypothese 7.3.a: Eine kritische Hinterfragung der russischen Informationspolitik erfolgt nur in der Berichterstattung der *Nowaja Gazeta*. Es werden Interviewaussagen von russischen als auch georgischen PolitikerInnen kritisch hinterfragt und Lügen aufgedeckt.

Hypothese 7.3.b: Besonders in der *Rossijskaja Gazeta* werden vermehrt unreflektierte Informationen veröffentlicht, Lügen verbreitet, und, für Russland unangenehme Fakten ausgeblendet.

7.4. Finden ausländische Quellen Eingang in die Berichterstattung?

Hypothese 7.4: Vor allem in der *Rossijskaja Gazeta* werden vermehrt ausländische Quellen zitiert, mit dem Ziel, Russland als Opfer von ausländischen Intrigen darzustellen. Die zitierten Passagen erwecken ein Bild des Westens als Verbündeter Georgiens.

8. Bilder

8.1 Welche Bilder werden gezeigt?

Hypothese 8.1 a: In der *Nowaja Gazeta* werden vereinzelt Bilder von georgischen Opfern gezeigt. In den beiden anderen Zeitungen werden hauptsächlich Bilder von russischen bzw. ossetischen Opfern gezeigt.

Hypothese 8.1 b: Es werden in allen drei untersuchten Zeitungen vermehrt Bilder von gewaltsamen Auseinandersetzungen gezeigt.

Hypothese 8.1.c: In allen drei Zeitungen werden mehr Fotos der politischen russischen Elite als Fotos der politischen georgischen Elite abgedruckt.

Hypothese 8.1.d: Nur in der *Nowaja Gazeta* werden vereinzelt Bilder von friedlichen Aktionen und Initiativen (z.B.: Anti-Kriegsdemonstration) veröffentlicht.

9. Kriegsgründe

9.1 Welche Kriegsgründe werden angegeben?

Hypothese 9.1 a: Kategorien wie *Selbstbestimmung*, *Kriegsverbrechen*, *Selbstverteidigung* und *Schutz der eigenen BürgerInnen* werden in allen drei Zeitungen vermehrt als Kriegsgrund angegeben.

Hypothese 9.1 b: Die Kategorie *Territoriale Integrität* wird vor allem in der *Nowaja Gazeta* als Kriegsgrund angegeben.

Hypothese 9.1.c: Vor allem die *Rossijskaja Gazeta* stellt einerseits den Einmarsch nach Georgien vorwiegend als friedenssichernde Mission dar und verweist andererseits auf das völkerrechtliche Prinzip der Selbstbestimmung.

10. Veränderungen in der Berichterstattung

10.1 Gibt es Veränderungen in der Berichterstattung während und nach dem Krieg?

Hypothese 10.1 a: Die Berichterstattung nach Beendigung des Krieges berichtet häufiger über deeskalationsorientierte, konstruktive Ereignisse als die Berichterstattung während des Krieges.

Hypothese 10.1.b: Die *Nowaja Gazeta* berichtet in allen vier Phasen am häufigsten über Friedensinitiativen.

Hypothese 10.1.c: Während der Kampfhandlungen wird in allen untersuchten Zeitungen die alleinige Schuld am Krieg Georgien zugeschrieben.

Hypothese 10.1.d Während der *Kommersant* und die *Nowaja Gazeta* nach Beendigung der Kampfhandlungen mehrmals die Schuld bei beiden Konfliktparteien sehen, definiert die *Rossijskaja Gazeta* weiterhin Georgien als alleinigen Schuldigen.

5.7 Auswertung und Diskussion der Ergebnisse

Wie bereits oben erklärt, wurden für die Auswertung und Diskussion der Ergebnisse vorwiegend die Mittelwerte der einzelnen Kategorien herangezogen. Die Tabellen, welche die Resultate präsentieren, beinhalten meist:

- den Mittelwert,
- die Anzahl der Artikel, in denen Elemente der jeweiligen Analysevariable gefunden werden konnten (N),
- die Standardabweichung,
- die absolute Häufigkeit der jeweiligen Analyseeinheit in allen untersuchten Zeitungsartikeln (Absolute Anzahl),
- F,
- sowie die Signifikanz (zwischen den Gruppen, kombiniert). Ist die Signifikanz $\leq 0,005$, so kann das Ergebnis als statistisch gesichert angenommen werden. Liegt der Wert jedoch über 0,006 muss davon ausgegangen werden, dass das jeweilige Ergebnis möglicherweise aufgrund eines Zufallsfehlers zustande gekommen ist. Solche Ergebnisse sind demnach mit Vorsicht zu genießen und besitzen keine allgemein gültige Aussagekraft.

1.1 Werden Friedensinitiativen in der Berichterstattung thematisiert?

Hypothese 1.1.a: Friedensinitiativen bzw. friedensfördernde Ereignisse werden in der *Nowaja Gazeta* häufiger erwähnt als in den beiden anderen Zeitungen.

Zeitung		f10	k 10
Kommersant	Mittelwert	1,98	3,76
	N	62	77
	Standardabweichung	2,019	3,395
	Absolute Anzahl	182	346
Nowaja Gazeta	Mittelwert	2,13	6,83
	N	46	44
	Standardabweichung	1,507	7,920
	Absolute Anzahl	113	362
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	1,42	2,31
	N	51	44
	Standardabweichung	1,303	3,083
	Absolute Anzahl	105	171

Insgesamt	Mittelwert	1,83	4,01
	N	159	165
	Standardabweichung	1,704	5,089
	Absolute Anzahl	400	879
	F	3,465	13,832
	Signifikanz	,033 ¹⁵	,000

Abb. 2: Kategorien F10 und K10

Für die Beantwortung dieser Hypothese wurden die untersuchten Zeitungsartikel der drei ausgewählten Zeitungen jeweils nach Häufigkeit der Analysekatoren F10 und K10 untersucht und ihre Mittelwerte errechnet. Bei der Betrachtung dieser Tabelle lässt sich erkennen, dass die *Nowaja Gazeta* im Vergleich zur *Rossijskaja Gazeta* und zum *Kommersant* den höchsten Mittelwert von 2,13 der Kategorie F10 aufweist. Insofern lässt sich die aufgestellte Hypothese 1.1.a bestätigen.

Betrachtet man die Mittelwerte der Analyseeinheit K10, wird ersichtlich, dass die *Nowaja Gazeta* mit einem Mittelwert von 6,83 weit mehr Elemente aufweist, die militärische Schläge und Eskalationen thematisiert. Dies kann mitunter dadurch erklärt werden, dass sich die beiden anderen Zeitungen im Gegensatz zur *Nowaja Gazeta* bei der Erwähnung militärischer Auseinandersetzungen oftmals so positionieren, dass die neutrale Analyseeinheit K10 nicht mehr als adäquat erscheint. Vor allem bei der *Rossijskaja Gazeta*, wie die Hypothesen 1.3.c und 1.4.c später noch zeigen werden, findet einhergehend mit der Erwähnung von militärischen Schlägen meist gleichzeitig eine Wertung dieser statt, weshalb die Analysekatoren K11, K12 oder K13 angemessener erscheinen. Die Erwähnungen werden demnach nicht neutral formuliert und sind somit einer anderen Analyseeinheit zuzuordnen.

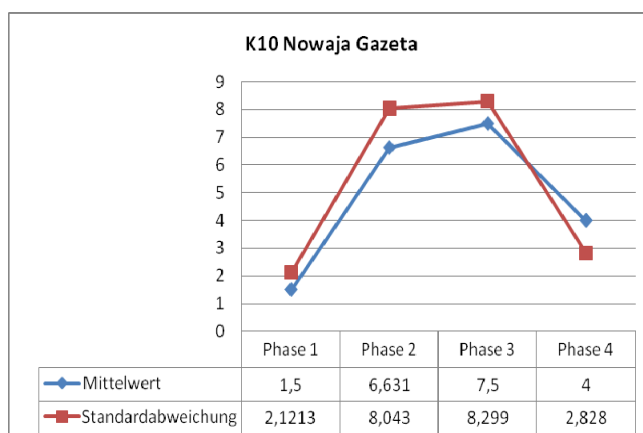


Abb. 3: Kategorie K10 der *Nowaja Gazeta* nach Zeitphasen

Um eine mögliche Erklärung für die sehr hohe Standardabweichung der Variable K10 der *Nowaja Gazeta* zu erhalten, wurden die Ergebnisse auf die vier Untersuchungszeiträume (Phasen) unterteilt und graphisch dargestellt. Daraus wird ersichtlich, dass vor allem in der ersten und zweiten Phase die Mittelwerte als auch die Standardabweichungen der Variable K10 sehr

¹⁵ Die Variable F10 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

hoch ausfallen. Die Ergebnisse streuen demnach sehr stark um den errechneten Mittelwert und sind somit relativ heterogen. Bei genauerer Betrachtung der einzelnen analysierten Artikeln während der beiden Phasen wird ersichtlich, dass sich die hohen Mittelwerte aufgrund einiger wenige Artikel ergeben, die eine große Anzahl der Kategorie K10 aufweisen.

1.2 Erfolgt eine Infragestellung der militärischen Logik? Findet eine starke Betonung der militärischen Werte statt bzw. kommt es zu einer Glorifizierung von Kriegstechnologie?

Hypothese 1.2.a: In der *Nowaja Gazeta* wird die militärische Logik häufiger kritisch hinterfragt.

Hypothese 1.2.b: In den Berichterstattungen der anderen beiden Zeitungen wird die militärische Logik Russlands unterstützt.

Hypothese 1.2.c: Darüber hinaus kommt es vor allem bei der *Rossijskaja Gazeta* zu einer starken Glorifizierung der Kriegstechnologie.

Zeitung		f 11	k 11
Kommersant	Mittelwert	,26	,34
	N	17	20
	Standardabweichung	,609	,700
	Absolute Anzahl	22	30
Nowaja Gazeta	Mittelwert	1,53	,32
	N	26	12
	Standardabweichung	2,127	,803
	Absolute Anzahl	60	17
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,22	,34
	N	13	18
	Standardabweichung	,530	,688
	Absolute Anzahl	14	23
Insgesamt	Mittelwert	,55	,33
	N	56	50
	Standardabweichung	1,278	,719
	Absolute Anzahl	96	70
	F	24,869	,011
	Signifikanz	,000	,989 ¹⁶

Abb. 4: Kategorien F11(Infragestellung_militärische_Logik) und K11 (Zustimmung_militärische_Logik)

¹⁶ Die Variable K11 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

Die Abbildung gibt Aufschluss darüber, dass die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* 60 Merkmale aufweist, die eine Hinterfragung und Verurteilung der militärischen Logik Russlands signalisieren, und somit weit vor den beiden anderen Zeitungen liegt. Während der *Kommersant* einen Mittelwert von 0,26 und die *Rossijskaja Gazeta* einen Mittelwert von 0,22 der Kategorie F11 aufweisen, hebt sich die *Nowaja Gazeta* mit einem Mittelwert von 1,53 deutlich von den anderen Zeitungen ab. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die *Nowaja Gazeta* einerseits die Brutalität des militärischen Vorgehens Russlands, den Einmarsch und die russische Bombardierung ziviler Objekte in Gori, andererseits jedoch auch die zu späte Evakuierung russischer StaatsbürgerInnen aus Südossetien kritisiert. Die Hypothese 1.2.a kann somit bestätigt werden.

In Hinsicht auf die Analyseeinheit K11 sind die Mittelwerte als auch die Diskrepanz zwischen den Mittelwerten aller Zeitungen erstaunlich gering. Die Hypothese 1.2.b muss somit negiert werden, da alle drei Zeitungen eine ähnlich geringe Anzahl der Analyseeinheit K11 aufweisen. Hierbei muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass der *Kommersant* als auch die *Rossijskaja Gazeta* vermehrt Kritik an der militärischen Logik äußern, indem sie härteres Vorgehen der russischen Armee als angebracht erachteten. Solche Äußerungen über die militärische Logik konnten in der *Nowaja Gazeta* nicht gefunden werden

k 16

Zeitung	Mittelwert	N	Standardabweichung	Absolute Anzahl	F	Signifikanz
Kommersant	,24	20	,477	22		
Nowaja Gazeta	,68	19	1,088	36		
Rossijskaja Gazeta	,41	18	,905	30		
Insgesamt	,40	57	,826	88	4,951	,008

Abb. 5: Kategorie K16 (Waffen)

Mit Hilfe dieser Tabelle kann festgehalten werden, dass entgegen den Erwartungen die *Nowaja Gazeta* trotz geringer Artikelanzahl am häufigsten Erwähnungen von Kriegstechnologien und Waffen aufweist. Die Hypothese 1.2.c muss somit ebenfalls falsifiziert werden.

1.3 Erfolgt eine Infragestellung der Notwendigkeit des Krieges?

Hypothese 1.3.a: Eine vermehrte Infragestellung der Notwendigkeit des Krieges erfolgt lediglich in der *Nowaja Gazeta*.

Hypothese 1.3.b: Der *Kommersant* stellt die Notwendigkeit des Krieges unter anderem aufgrund von möglichen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen in Frage.

Hypothese 1.3.c: In der *Rossijskaja Gazeta* können hingegen Argumente für die Notwendigkeit des Krieges gefunden werden.

Zeitung		f 12	k 12
Kommersant	Mittelwert	,14	,14
	N	11	12
	Standardabweichung	,408	,380
	Absolute Anzahl	13	14
Nowaja Gazeta	Mittelwert	,91	,06
	N	18	3
	Standardabweichung	1,934	,233
	Absolute Anzahl	48	3
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,19	,30
	N	8	19
	Standardabweichung	,655	,567
	Absolute Anzahl	14	21
Insgesamt	Mittelwert	,34	,17
	N	37	34
	Standardabweichung	1,099	,436
	Absolute Anzahl	75	38
	F	9,979	5,348
	Signifikanz	,000	,005

Abb. 6: Kategorien F12 (Infragestellung_Notwendigkeit_Krieg) und K12 (Notwendigkeit_Krieg)

Aus dieser Tabelle lässt sich schön erkennen, dass die *Nowaja Gazeta* hinsichtlich der Kategorie F12 mit einem Mittelwert von 0,91 weit an der Spitze vor den beiden anderen Zeitungen liegt. Demnach stellt die *Nowaja Gazeta* durchschnittlich fast in jedem Artikel die Notwendigkeit des Krieges in Frage. Hypothese 1.3.a kann somit verifiziert werden.

Zur Beantwortung der Hypothese 1.3.b wurden die Variablen F12 und F45a (siehe Abb. 16) miteinander verglichen. Nur in 2 von insgesamt 16 Artikeln des *Kommersants*, in denen Elemente der Variable F12 auftauchen, konnten Verbindungen zwischen der Infragestellung der Notwendigkeit des Krieges und möglichen negativen wirtschaftlichen Folgen des Krieges gefunden werden. Die Hypothese muss somit falsifiziert werden.

Bei der Betrachtung der Tabelle lässt sich weiters erkennen, dass vor allem in der *Rossijskaja Gazeta*, mit einem Mittelwert von 0,30, am häufigsten Argumente gefunden werden konnten, welche die Notwendigkeit dieses Krieges signalisieren. Auffällig ist, dass in der *Nowaja*

Gazeta, mit einem Mittelwert von 0,06, insgesamt nur drei Schlagwörter der Variable K12 gefunden werden konnten. Somit kann auch Hypothese 1.3.c verifiziert werden.

1.4 Gibt es Forderungen nach einer friedlichen Lösung bzw. nach Friedensinitiativen?

Hypothese 1.4.a: In allen drei Zeitungen sind affirmative Forderungen nach friedlichen Schritten zu finden.

Hypothese 1.4.b: Nur in der *Nowaja Gazeta* fordern die JournalistInnen selbst das Ende des Krieges bzw. friedliche Maßnahmen.

Hypothese 1.4.c: In der *Rossijskaja Gazeta* sowie im *Kommersant* werden vermehrt Forderungen nach militärischen Schritten und Rache artikuliert, die nicht affirmativ wiedergegeben werden.

Zeitung		f 13	f13a	k 13	k13a
Kommersant	Mittelwert	,55	,41	,38	,28
	N	25	20	17	13
	Standardabweichung	1,180	1,018	1,147	,906
	Absolute Anzahl	51	38	35	26
Nowaja Gazeta	Mittelwert	1,09	,68	,43	,36
	N	27	24	14	13
	Standardabweichung	1,656	,996	,951	,736
	Absolute Anzahl	58	35	23	19
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,73	,66	,42	,22
	N	28	18	19	12
	Standardabweichung	1,306	1,162	,844	,556
	Absolute Anzahl	54	49	31	16
Insgesamt	Mittelwert	,74	,56	,41	,28
	N	80	62	50	38
	Standardabweichung	1,361	1,066	1,002	,760
	Absolute Anzahl	163	119	89	16
	F	2,695	1,135	,056	,541
	Signifikanz	,070	,323	,945	,583

Abb. 7: Kategorien F13 (Forderung_Frieden), F13a (Forderung_Frieden_affirmativ), K13 (Forderung_militärische_Maßnahmen) und K13a (Forderung_militärische_Maßnahmen_affirmativ)

Bei genauerer Betrachtung der Abbildung wird ersichtlich, dass die *Nowaja Gazeta*, mit einem Mittelwert von 1,09, am häufigsten Forderungen nach einem Kriegsende bzw. nach friedlichen Maßnahmen artikuliert. Wie zu erwarten war, konnten in der *Rossijskaja Gazeta* wesentlich weniger Forderungen nach einem Kriegsende gefunden werden. Doch zeigt die Tabelle überraschenderweise auf, dass vor allem die Berichterstattung des *Kommersants*, mit

einem Mittelwert von 0,55, eine niedrigere Anzahl an Elementen der Kategorie F13 aufweist als die *Rossijskaja Gazeta*. Trotzdem kann die Hypothese 1.4.a verifiziert werden.

Für die Beantwortung der Hypothese 1.4.b wurden die Kategorien F13 und F13a miteinander verglichen.¹⁷ Daraus wurde ersichtlich, dass in der *Nowaja Gazeta* 60,3% der Forderungen nach friedlichen Maßnahmen affirmativ erfolgen, sprich, aufgrund von Zitaten in die Berichterstattung aufgenommen werden. Während affirmative Forderungen nach friedlichen Maßnahmen im *Kommersant* 74,5% der gesamten Forderungen ausmachen, sind in der *Rossijskaja Gazeta* 90,7% der Forderungen als affirmativ zu werten. Daraus lässt sich diesbezüglich eine starke Divergenz zwischen den einzelnen Zeitungen erkennen: 39,7% der Forderungen nach friedlichen Maßnahmen bzw. nach einem Kriegsende der *Nowaja Gazeta* werden von den JournalistInnen selbst formuliert, nur 9,3% hingegen bei der *Rossijskaja Gazeta*. Daraus kann geschlossen werden, dass die JournalistInnen der *Nowaja Gazeta*, im Gegensatz zu den JournalistInnen des *Kommersants* und der *Rossijskaja Gazeta* selbst an einem Ende des Krieges interessiert sind und Kriege aufgrund ideologischer Überzeugungen generell negieren. Die Hypothese 1.4.b kann somit ebenfalls verifiziert werden.

Zur Beantwortung der Hypothese 1.4.c werden die Kategorien K13 und K13a für die Analyse herangezogen. Bei Betrachtung der Tabelle lässt sich schön erkennen, dass die *Nowaja Gazeta* überraschenderweise den höchsten Mittelwert (0,43) bei der Kategorie K13 aufweist und somit die meisten Forderungen nach einem härteren militärischen Vorgehen und Rache beinhaltet. Wird jedoch die Analyseeinheit K13a in die Analyse mit einbezogen ist ersichtlich, dass sich dieser hohe Mittelwert nur dadurch ergibt, weil der Großteil der zitierten Personen diese Forderungen artikulieren. Vergleicht man die Analysekategorie K13a der anderen Zeitungen ist zu erkennen, dass vor allem in der *Rossijskaja Gazeta*, aber ebenso im *Kommersant* die JournalistInnen selbst militärische Schritte, Vergeltung oder Rache einfordern. Während in der *Nowaja Gazeta* 82,6% der insgesamten Forderungen nach Vergeltung und militärischen Schritten als affirmativ zu werten sind, sind in der *Rossijskaja Gazeta* lediglich 51,6% affirmativ. Das bedeutet wiederum, dass 48,4% der Forderungen nach Eskalation von den JournalistInnen selbst formuliert werden. Der *Kommersant*, mit einem Durchschnitt von 0,28 der Kategorie K13a, liegt diesbezüglich erneut im allgemeinen Durchschnitt: 74,3% der gefundenen Forderungen nach militärischen Schritten sind als

¹⁷ Die Kategorie F13a enthält nur jene Merkmale hinsichtlich der Forderung nach einem Kriegsende bzw. nach friedlichen Schritten, die aus Zitaten von PolitikerInnen, ExpertInnen, etc. stammen und somit affirmativ in den Artikeln wiedergegeben werden. Forderungen nach einem Kriegsende, die explizit von den JournalistInnen artikuliert werden, sind davon ausgeschlossen.

Die Kategorie F13 beinhaltet sowohl affirmative Forderungen als auch Forderungen von den JournalistInnen selbst. Die Analysekategorie K13a wird auf die gleiche Weise definiert.

affirmativ zu bewerten. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Hypothese 1.4.c verifiziert werden kann.

Hierbei ist jedoch anzumerken, dass die Signifikanz aller vier Variablen eindeutig über 0,005 liegt. Die Ergebnisse sind somit statistisch leider nicht gesichert, sondern möglicherweise aufgrund eines Zufallsfehlers bei der Auswahl der Artikel zustande gekommen.

2.1 Werden die Rechte, Absichten und Interessen des georgischen Staates/der georgischen Bevölkerung als legitim verstanden?

Hypothese 2.1.a: Die *Nowaja Gazeta* sieht die Rechte, Absichten und Interessen des georgischen Staates/der georgischen Bevölkerung größtenteils als legitim an.

Hypothese 2.1.b: Die beiden anderen Zeitungen sehen die Rechte, Absichten und Interessen des georgischen Staates/der georgischen Bevölkerung als nicht legitim an.

Böse Absichten werden Georgien unterstellt.

Zeitung		f 20	k 20
Kommersant	Mittelwert	,35	,42
	N	20	26
	Standardabweichung	,857	,829
	Absolute Anzahl	32	39
Nowaja Gazeta	Mittelwert	,75	,47
	N	22	13
	Standardabweichung	1,090	,953
	Absolute Anzahl	40	25
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,23	1,23
	N	12	39
	Standardabweichung	,586	1,884
	Absolute Anzahl	17	91
Insgesamt	Mittelwert	,41	,71
	N	54	78
	Standardabweichung	,864	1,353
	Absolute Anzahl	89	155
	F	6,360	8,940
	Signifikanz	,002	,000

Abb. 8: Kategorien F20 (Erwähnung_georgische_Rechte) und K20 (Infragestellung_georgische_Rechte)

Zur Beantwortung dieser Hypothesen wurden die Mittelwerte der Variablen F20 und K20 miteinander verglichen. Daraus lässt sich ein Ergebnis erkennen, das, den aus voriger Untersuchung festgestellten Trend, bestätigt: Die *Nowaja Gazeta* weist als einzige Zeitung

pro Artikel durchschnittlich mehr Elemente der Kategorie F20 auf, die eine Anerkennung der georgischen Rechte, Intentionen und Bedürfnisse signalisieren, als Elemente der Kategorie K20. In beiden anderen Zeitungen überwiegen die Elemente der Analyseeinheit K20, welche die Rechte, Intentionen und Bedürfnisse Georgiens als nicht legitim darstellt und Georgien böse Absichten unterstellt. Besonders die *Rossijskaja Gazeta*, mit einem Mittelwert von 1,23 der Analyseeinheit K20, welcher im Vergleich zu den Mittelwerten der beiden anderen Zeitungen extrem hoch ist, unterstellt Georgien in ihrer Berichterstattung regelmäßig böse Absichten und erkennt Georgien seine Rechte ab.

Obwohl der *Kommersant* im Vergleich zur *Nowaja Gazeta* durchschnittlich eine geringere Anzahl an Elementen der Kategorie K20 enthält, muss festgehalten werden, dass in seiner Berichterstattung durchschnittlich mehr Elemente der eskalationsorientierten Kategorie K20 als Elemente der deeskalationsorientierten Analyseeinheit F20 gefunden werden konnten. Somit können These 2.1.a und These 2.1.b verifiziert werden.

2.2 Werden die Rechte, Absichten und Interessen Russlands bzw. Südossetiens kritisch hinterfragt?

Hypothese 2.2.a: Die *Nowaja Gazeta* hinterfragt kritisch die Rechte, Absichten und Interessen Russlands bzw. Südossetiens. Weiters entlarvt sie teilweise die wahren Interessen Russlands im Konflikt mit Georgien, deren Veröffentlichung für den Kreml unangenehm ist.

Hypothese 2.2.b: Die beiden anderen Zeitungen hinterfragen nicht die Rechte, Absichten und Interessen Russlands bzw. Südossetiens und sehen diese als legitim an.

Zeitung		f 21	k 21	f 23
Kommersant	Mittelwert	,39	,66	,41
	N	25	38	24
	Standardabweichung	,755	,917	,854
	Absolute Anzahl	36	61	9
Nowaja Gazeta	Mittelwert	1,36	,64	,94
	N	29	23	20
	Standardabweichung	1,733	1,111	1,638
	Absolute Anzahl	72	34	19
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,14	1,18	,03
	N	6	39	2
	Standardabweichung	,505	1,378	,163
	Absolute Anzahl	10	87	4

Insgesamt	Mittelwert	,54	,83	,41
	N	60	100	46
	Standardabweichung	1,126	1,159	1,031
	Absolute Anzahl	118	182	32
	F	23,657	5,136	13,413
	Signifikanz	,000	,007	,000

Abb. 9: Kategorien F21 (Kritik_eigene_Rechte), K21 (Legitimierung_eigene_Rechte) und F23 (Entlarvung_russische_Interessen)

Auch die Antwort auf die Hypothese 2.2.a entspricht der bereits festgestellten Tendenz. Die *Nowaja Gazeta* ist erneut die einzige Zeitung, die durchschnittlich mehr Elemente der deeskalationsorientierten Variable F21 als Elemente der eskalationsorientierten Kategorie K21 aufweist. Mit einem Mittelwert von 1,36 finden vermehrt Elemente in die Berichterstattung Eingang, die eine kritische Haltung gegenüber den Rechten, Intentionen und Bedürfnissen Russlands signalisieren und eine unverzerrte Darstellung dieser ermöglichen. Mehrmals werden die Absichten Russlands kritisch hinterfragt und, für den Kreml unangenehme russische Intentionen hinsichtlich des Krieges aufgedeckt, wie die Analyseeinheit F23 erkennen lässt. Hypothese 2.2.a wurde somit bestätigt.

Dem gegenüber steht die Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta*, die durch den hohen Mittelwert von 1,18 der Kategorie K21 (*Nowaja Gazeta* hingegen nur 0,64) und einem minimalen Mittelwert von 0,14 der Kategorie F21 gekennzeichnet ist. Auch Elemente der Kategorie F23, die widersprüchliche Interessen Russlands im Konflikt mit Georgien aufdecken, konnten kaum gefunden werden. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die *Rossijskaja Gazeta* hinsichtlich dieser Kategorie kaum friedensjournalistische Elemente aufweist. Im *Kommersant*, mit einem Mittelwert von 0,39, konnten ebenso wenige Elemente der Kategorie F21 gefunden werden. Da der Mittelwert der Kategorie K21 mit 0,66 höher liegt als der Mittelwert der Kategorie F21 kann auch die Hypothese 2.2.b verifiziert werden.

2.3 Werden gemeinsame Rechte, Interessen, Intentionen und Kooperationsmöglichkeiten beschrieben?

Hypothese 2.3.a: Gemeinsame Rechte, Interessen, Intentionen und Kooperationsmöglichkeiten werden vorwiegend in der *Nowaja Gazeta* diskutiert, vereinzelt auch im *Kommersant*.

Hypothese 2.3.b: Vor allem die *Rossijskaja Gazeta* betont die Unterschiede zwischen Russland/Südossetien und Georgien, und stellt gemeinsame Rechte, Interessen, Intentionen und Kooperationsmöglichkeiten in Frage bzw. verneint diese.

Zeitung		f 22	k 22
Kommersant	Mittelwert	,20	,14
	N	12	10
	Standardabweichung	,616	,482
	Absolute Anzahl	18	14
Nowaja Gazeta	Mittelwert	,81	,11
	N	22	8
	Standardabweichung	1,302	,375
	Absolute Anzahl	43	9
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,38	,20
	N	15	13
	Standardabweichung	1,082	,468
	Absolute Anzahl	28	15
Insgesamt	Mittelwert	,41	,16
	N	49	31
	Standardabweichung	1,006	,453
	Absolute Anzahl	89	38
	F	6,664	,676
	Signifikanz	,002	,510 ¹⁸

Abb. 10: Kategorien F22 (Anerkennung_gemeinsame_Rechte), K22 (Infragestellung_gemeinsame_Rechte)

Zur Beantwortung dieser Hypothese wurden die Mittelwerte der Analysekatgorien F22 und K22 miteinander verglichen. Entgegen den Erwartungen zeigt diese Tabelle sehr deutlich, dass bei allen drei untersuchten Zeitungen der Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F22 höher liegt als der von der eskalationsorientierten Variable K22. Überraschend ist weiters, dass die *Rossijskaja Gazeta* im Vergleich zum *Kommersant* durchschnittlich mehr Elemente aufweist, die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Russland und Georgien betonen und gemeinsame Rechte und Interessen aufzeigen. Mit einem Mittelwert der Kategorie F22 von 0,81 liegt die *Nowaja Gazeta*, wie erwartet, an der Spitze. Da die beiden Mittelwerte der *Rossijskaja Gazeta* und des *Kommersants* als relativ niedrig zu betrachten sind, kann Hypothese 2.3.a verifiziert werden.

Bei genauerer Betrachtung der Variable K22, die jene Elemente beinhaltet, welche die Unterschiede Russlands und Georgiens betonen und gemeinsame Rechte und Intentionen negieren, wird ersichtlich, dass alle drei Mittelwerte ähnlich niedrig liegen. Auch wenn der Mittelwert der *Rossijskaja Gazeta*, wie zu vermuten war, mit 0,20 am höchsten ist, muss die Hypothese 2.3.b negiert werden. In keiner der drei untersuchten Zeitungen werden vermehrt

¹⁸ Die Variable K22 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

die Unterschiede zwischen Russland und Georgien thematisiert bzw. Kooperationsmöglichkeiten in Frage gestellt.

3.1 Werden die Handlungen Russlands/Georgiens kritisch hinterfragt?

Hypothese 3.1 a: In der *Rossijskaja Gazeta* sowie im *Kommersant* werden die Handlungen Georgiens kritisiert, während die Handlungen Russlands als legitim beschrieben werden. Widersprüchliches Handeln Russlands wird demnach nicht thematisiert.

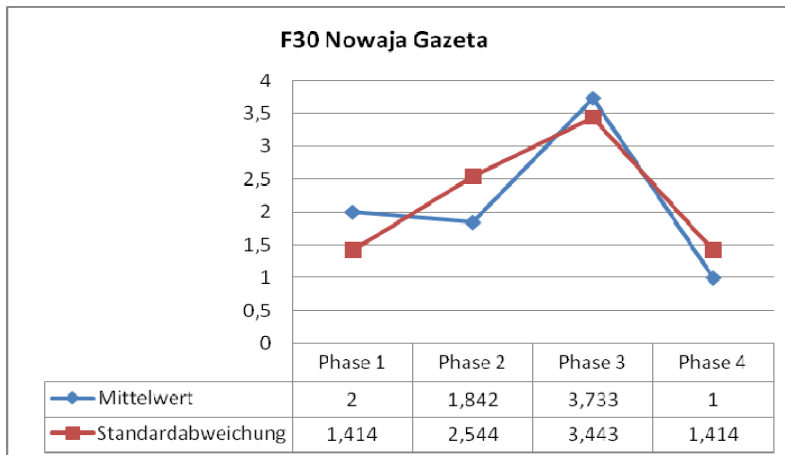
Hypothese 3.1.b: In der *Nowaja Gazeta* werden sowohl die Handlungen Georgiens als auch Russlands kritisch hinterfragt und widersprüchliches Handeln von Russland entlarvt.

Zeitung		f 30	k 30	f 34
Kommersant	Mittelwert	1,11	,61	,10
	N	45	33	8
	Standardabweichung	1,478	1,089	,333
	Absolute Anzahl	102	56	9
Nowaja Gazeta	Mittelwert	2,89	,21	,57
	N	34	10	12
	Standardabweichung	3,148	,454	1,248
	Absolute Anzahl	153	11	30
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,15	,76	,00
	N	10	34	0
	Standardabweichung	,395	,962	,000
	Absolute Anzahl	11	56	0
Insgesamt	Mittelwert	1,21	,56	,18
	N	89	77	20
	Standardabweichung	2,097	,948	,684
	Absolute Anzahl	266	123	39
	F	34,727	5,605	12,936
	Signifikanz	,000	,004	,000

Abb. 11: Kategorien F30 (Kritik_eigenes_Handeln), K30 (Legitimierung_eigenes_Handeln) und F34 (Entlarvung_widersprüchliches_Handeln)

Wie zu erwarten war, konnte in der *Nowaja Gazeta*, mit einem Mittelwert von 2,89, trotz der geringeren Anzahl an untersuchten Artikel die höchste Anzahl (152 Mal) an Elementen der Kategorie F30 gefunden werden, welche die Vorgehensweise Russlands (und Georgiens) im Konflikt kritisch hinterfragen bzw. die Handlungen Russlands und Georgiens

unvoreingenommen beurteilen. Im Gegensatz dazu liegt der Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F30 bei der *Rossijskaja Gazeta* bei 0,15. Da der *Kommersant* diesbezüglich einen Mittelwert von 1,11 aufweist und dieser höher liegt als der Mittelwert der eskalationsorientierten Variable K30 kann die Hypothese 3.1.a nur teilweise verifiziert werden: Im Gegensatz zum *Kommersant* und zur *Nowaja Gazeta* werden in der *Rossijskaja Gazeta* die Handlungen Georgiens häufiger kritisiert, während die Handlungen Russlands als legitim gelten. Widersprüchliches Handeln Russlands wird demnach nicht thematisiert.



Hier sticht erneut die hohe Standardabweichung der Kategorie F30 der *Nowaja Gazeta* ins Auge, weswegen die Ergebnisse nochmals in die vier Untersuchungszeiträume aufgeteilt wurden.

Abb. 12: Kategorie F30 der *Nowaja Gazeta* nach Zeitphasen unterteilt

Daraus ist klar zu erkennen, dass der Mittelwert der Phase 3 am höchsten liegt. Dies gibt Grund zur Annahme, dass vorwiegend der Einmarsch Russlands nach Kerngeorgien bzw. die wochenlange völkerrechtswidrige Besatzung georgischer Landstreifen und weniger die Zurückdrängung georgischer Truppen aus Südossetien kritisiert werden.

Diesbezüglich ist anzumerken, dass in der *Rossijskaja Gazeta* nicht einmal die Kategorie F34 zu finden war, welche Elemente enthält, die widersprüchliches Handeln Russlands entlarven. Zur Beantwortung der Hypothese 3.1.b wurden vor allem die Mittelwerte der Kategorien F30 und F34 für die Analyse herangezogen. Daraus lässt sich erkennen, dass die *Nowaja Gazeta* mit Abstand die höchsten Mittelwerte mit jeweils 2,89 und 0,57 aufweist. Als Gegenprobe wurde ebenso die Analysekategorie K30 mit in die Analyse miteinbezogen. Daraus wird ersichtlich, dass die *Nowaja Gazeta* den niedrigsten Mittelwert (0,21) aufweist. Die Hypothese 3.1.b wird durch diese Erkenntnisse bestätigt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in der *Nowaja Gazeta* militärische und eskalationsorientierte Handlungen beider Konfliktparteien kritisiert und negiert werden. Militärische Handlungen werden demnach aufgrund ideologischer Prinzipien verurteilt.

3.2 Wird das Einmarschieren Russlands nach Südossetien und Kerngeorgien als völkerrechtswidriger Angriff oder als Verteidigung betrachtet?

Hypothese 3.2.a: In allen drei Zeitungen wird vermehrt die Ansicht vertreten, dass Russland nur auf die Kampfhandlungen der gegnerischen Seite reagiert, und dass Georgien somit den Krieg zu verantworten hat.

Hypothese 3.2.b: In der *Nowaja Gazeta* wird der Einmarsch nach Kerngeorgien vereinzelt als Angriff Russlands bzw. als Konsequenz gegenseitiger Provokationen bewertet und demnach verurteilt.

Zeitung		f 15	k 15
Kommersant	Mittelwert	,45	,82
	N	21	43
	Standardabweichung	1,062	1,079
	Absolute Anzahl	41	75
Nowaja Gazeta	Mittelwert	,75	,83
	N	18	18
	Standardabweichung	1,413	1,614
	Absolute Anzahl	40	44
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,16	1,80
	N	6	48
	Standardabweichung	,683	2,275
	Absolute Anzahl	12	133
Insgesamt	Mittelwert	,42	1,15
	N	45	109
	Standardabweichung	1,074	1,748
	Absolute Anzahl	93	252
	F	4,899	8,151
	Signifikanz	,008	,000

Abb. 13: Kategorien F15 (Angriff) und K15 (Verteidigung)

Zur Untersuchung dieser Hypothese wurden die Analysekategorien F15 und K15 herangezogen und ihre Mittelwerte miteinander verglichen. Es wird ersichtlich, dass einzig die *Nowaja Gazeta*, wenn auch nur mit einem niedrigen Mittelwert von 0,75, die Schuld ansatzweise bei beiden Konfliktparteien bzw. bei Russland sieht. Die *Nowaja Gazeta* verweist diesbezüglich mehrmals auf die gegenseitigen Provokationen und Scharmützel vor Ausbruch des Krieges und sieht den Einmarsch Russlands nicht nur als Antwort auf die Kampfhandlungen Georgiens. In der Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* hingegen

konnten nur ganze 6 Elemente der Kategorie F15 gefunden werden. Hypothese 3.2.b ist somit zu bestätigen.

Bei genauerer Betrachtung der Negativvariable K15 lässt sich erkennen, dass die *Rossijskaja Gazeta* mit einem Mittelwert von 1,80 mit Abstand am häufigsten Elemente in der Berichterstattung aufweist, welche die Schuld am Krieg Georgien zuschreiben. Wie erwartet liegen die *Nowaja Gazeta* und der *Kommersant* mit einem Mittelwert von 0,83 bzw. 0,82 weit darunter.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass, wie erwartet, die Mittelwerte der Kategorie K15 in allen Zeitungen höher sind als die der Kategorie F15. Trotzdem muss die Hypothese 3.2.a falsifiziert werden. Diesbezüglich muss auf die große Divergenz der Mittelwerte zwischen der *Rossijskaja Gazeta* einerseits und dem *Kommersant* und der *Nowaja Gazeta* andererseits hingewiesen werden. Während die Differenz zwischen den Mittelwertern von F15 und K15 in der *Nowaja Gazeta* verschwindend klein ist, liegen die Mittelwerte der *Rossijskaja Gazeta* weit auseinander.

4.1 Wird das Leid beider Seiten hervorgehoben?

Hypothese 4.1.a: In der *Rossijskaja Gazeta* wird das Leid nur auf russischer bzw. ossetischer Seite thematisiert.

Hypothese 4.1.b: In der *Nowaja Gazeta* wird das Leid beider Seiten beleuchtet.

Zeitung		f 32	k 32
Kommersant	Mittelwert	,10	,40
	N	9	14
	Standardabweichung	,299	1,187
	Absolute Anzahl	9	37
Nowaja Gazeta	Mittelwert	,11	,28
	N	6	5
	Standardabweichung	,320	1,116
	Absolute Anzahl	6	15
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,01	1,32
	N	1	43
	Standardabweichung	,116	1,554
	Absolute Anzahl	1	98

Insgesamt	Mittelwert	,07	,68
	N	219	62
	Standardabweichung	,261	1,380
	Absolute Anzahl	16	150
	F	3,026	13,510
	Signifikanz	,051 ¹⁹	,000

Abb. 14: Kategorien F32 (Leid_beide_Seiten) und K32 (Leid_Russland)

Aus dieser Tabelle lässt sich gut erkennen, dass alle drei Zeitungen kaum das Leid beider Seiten der Konfliktparteien thematisieren. In jeder der untersuchten Zeitungen ist der Mittelwert der Kategorie K32 höher als der Mittelwert der Analyseeinheit F32. Besonders hoch ist die Differenz zwischen den beiden Kategorien bei der *Rossijskaja Gazeta*. Während der Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F32 nur bei 0,01 liegt, ist der Mittelwert für die Variable K32 bei 1,32, und somit mit Abstand der Höchste im Vergleich zu den anderen untersuchten Zeitungen. Die Hypothese 4.1.a wurde somit bestätigt.

Da auch bei der *Nowaja Gazeta* der Mittelwert der eskalationsorientierten Variable K32 höher ist als der Mittelwert der deeskalationsorientierten Analyseeinheit F32 muss die Hypothese 4.1.b negiert werden. Auch wenn die *Nowaja Gazeta* im Vergleich zu den anderen Zeitungen den höchsten Mittelwert der Kategorie F32 mit 0,11 besitzt, ist dieser so gering, dass von einer regelmäßigen Thematisierung des Leids beider Seiten nicht gesprochen werden kann.

4.2 Wird ein gemeinsamer Nutzen aus der Beendigung des Krieges betont?

Hypothese 4.2.a: Ein gemeinsamer Nutzen aus der Beendigung wird nur in der *Nowaja Gazeta* betont.

Zeitung		f 33	k 33
Kommersant	Mittelwert	,04	,01
	N	4	1
	Standardabweichung	,205	,104
	Absolute Anzahl	4	1
Nowaja Gazeta	Mittelwert	,19	,00
	N	8	0
	Standardabweichung	,483	,000
	Absolute Anzahl	10	0

¹⁹ Die Variable F32 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,01	,00
	N	1	0
	Standardabweichung	,116	,000
	Absolute Anzahl	1	0
Insgesamt	Mittelwert	,07	,00
	N	13	1
	Standardabweichung	,287	,068
	Absolute Anzahl	15	1
	F	6,680	,688
	Signifikanz	,002	,504 ²⁰

Abb.15: Kategorien F33 (Gemeinsamer_Nutzen_Kriegsende) und K33 (Kein_Nutzen_Kriegsende)

Diese Darstellung gibt Aufschluss darüber, dass in keiner der drei Zeitungen eine relevante Anzahl an Elementen der deeskalationsorientierten Variable F33 gefunden werden konnten. Dies wiederum bedeutet, dass in keiner Zeitung regelmäßig der gemeinsame Nutzen aus einem Ende des Krieges thematisiert wird. Auch die *Nowaja Gazeta*, obwohl sie den höchsten Mittelwert von 0,19 aufweist, betont nur am Rande den Nutzen, den beide Konfliktparteien aus einem Kriegsende ziehen könnten. Somit muss die Hypothese 4.2.a negiert werden. Ein gemeinsamer Nutzen aus der Beendigung des Krieges wird in keiner der drei untersuchten Zeitungen vermehrt aufgegriffen. Hierbei muss jedoch auch erwähnt werden, dass keine der drei Zeitungen mehrmals explizit den Nutzen aus der Beendigung des Krieges bestreitet bzw. leugnet, wie die Mittelwerte der Variable K33 bestätigen.

4.3 Wird der kostenintensive Preis für einen militärischen Sieg beschrieben?

Hypothese 4.3.a: Der kostenintensive Preis für einen militärischen Sieg wird aufgrund seiner wirtschaftlichen Ausrichtung vor allem im *Kommersant* diskutiert.

Hypothese 4.3.b: Die *Nowaja Gazeta* thematisiert weniger negative wirtschaftliche als politische Folgen für Russland.

Hypothese 4.3.c: In der Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* werden positive Auswirkungen des Krieges behandelt.

Zeitung		f 45	k 45	f 45a
Kommersant	Mittelwert	,60	,03	,48
	N	21	2	16
	Standardabweichung	1,548	,232	1,441
	Absolute Anzahl	55	3	44

²⁰ Die Variable K33 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

Nowaja Gazeta	Mittelwert	2,13	,11	,32
	N	30	4	11
	Standardabweichung	3,557	,423	,701
	Absolute Anzahl	113	6	17
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,50	,14	,19
	N	16	3	9
	Standardabweichung	1,316	,746	,612
	Absolute Anzahl	37	10	14
Insgesamt	Mittelwert	,94	,09	,34
	N	67	9	36
	Standardabweichung	2,249	,504	1,061
	Absolute Anzahl	205	19	75
	F	10,815	,945	1,545
	Signifikanz	,000	,390 ²¹	,216

Abb. 16: Kategorien F45 (Preis_militärischer_Sieg), K45 (positive_Auswirkung) und F45a (wirtschaftliche_Belastung)

Für die Beantwortung der Hypothese 4.3.a wurden die Mittelwerte und die gesamte Anzahl der Analysekatoren F45 und F45a²² miteinander verglichen. Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, dass in der Berichterstattung des *Kommersants* 80,0% der thematisierten negativen Folgen des Krieges wirtschaftlicher Natur sind. Einerseits wird ausführlich auf die negativen Auswirkungen an der russischen Börse eingegangen, andererseits wird mehrmals vor einer Verschlechterung des Images Russlands als stabiles Investmentland gewarnt. Hypothese 4.3.a kann somit verifiziert werden.

Aus den Zahlen der oben angeführten Tabelle lässt sich erkennen, dass der Mittelwert der Analysekatoren F45 bei der *Nowaja Gazeta* mit 2,13 weit vor den Mittelwerten der beiden anderen Zeitungen liegt. Weiters ist zu erkennen, dass nur 6,3% der thematisierten negativen Folgen mit der Wirtschaft Russlands in Verbindung gebracht werden. Negative Auswirkungen für Russland sieht die Zeitung vorwiegend in der Destabilisierung der Situation im Kaukasus, in der Image-Verschlechterung Russlands auf internationaler Bühne, und in der Verschlechterung der Beziehungen speziell zu den USA. Nicht nur einmal warnt die *Nowaja Gazeta* vor einem neuen kalten Krieg. Die Hypothese 4.3.b ist demnach zu bestätigen.

²¹ Die Variablen K45 und F45a können nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

²² Die Kategorie F45a enthält nur jene Merkmale, die negative wirtschaftliche Folgen für Russland thematisieren. Sonstige negative Folgen, wie beispielsweise die Verschlechterung des Russland-Images im Westen oder die Destabilisierung des Kaukasus werden nicht in diese Kategorie aufgenommen. Die Kategorie F45 beinhaltet sowohl wirtschaftliche als auch politische und andere negativen Folgen.

Interessant ist, dass, entgegen den Erwartungen, bei der *Rossijskaja Gazeta* der Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F45 mit 0,50 höher ist als jener von der eskalationsorientierten Kategorie K45 mit 0,14. Generell ist festzustellen, dass in allen drei Zeitungen kaum Elemente der Kategorie K45 gefunden werden konnten. Somit muss die Hypothese 4.3.c falsifiziert werden: In der *Rossijskaja Gazeta* werden, auch wenn sie im Vergleich zu den anderen Zeitungen den höchsten Mittelwert der Kategorie K45 mit 0,14 aufweist, kaum mögliche positive Auswirkungen des Krieges behandelt. Hierbei ist jedoch hinzuzufügen, dass die in der Zeitung thematisierten kostenintensiven Folgen für Russland großteils als notwendig dargestellt werden, um dem „kleinen Bruder“ Ossetien unter die Arme zu greifen.

4.4 Ermöglicht die Berichterstattung den Abbau von Bedrohungsgefühlen und Misstrauen gegenüber Georgien?

Hypothese 4.4.a: Die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* versucht, die Gefährlichkeit des Gegners zu relativieren, um so einen Abbau von Bedrohungsgefühlen und Misstrauen zu ermöglichen.

Hypothese 4.4.a: Die Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* schürt Ängste vor dem Gegner, erzeugt Feindbilder und stärkt Bedrohungs- und Misstrauensgefühle.

Hypothese 4.4.c: Die Berichterstattung des *Kommersants* beinhaltet sowohl jene Elemente, die Bedrohungsgefühle und Misstrauen schüren, als auch Elemente, die den Abbau von Bedrohung und Misstrauen fördern.

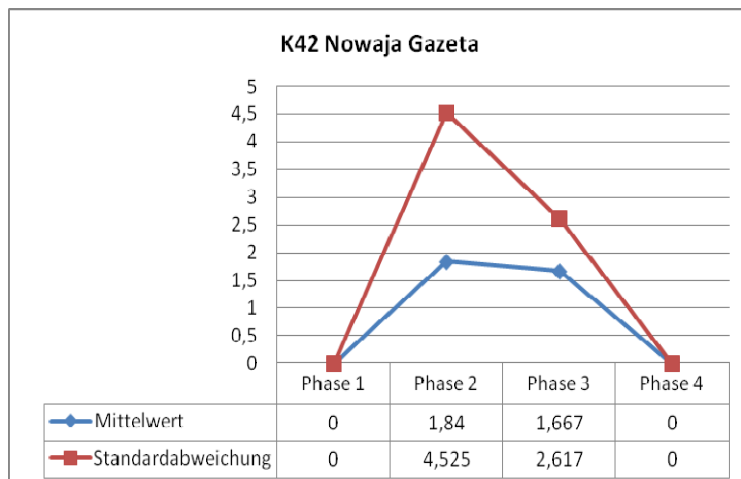
Zeitung		f 42	k 42	k 31
Kommersant	Mittelwert	,17	,89	,54
	N	11	37	92
	Standardabweichung	,526	1,354	,977
	Absolute Anzahl	16	82	50
Nowaja Gazeta	Mittelwert	,49	1,60	,51
	N	15	22	53
	Standardabweichung	,869	3,336	,973
	Absolute Anzahl	26	85	27
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,16	1,72	1,50
	N	10	41	74
	Standardabweichung	,439	2,661	2,680
	Absolute Anzahl	12	127	111

Insgesamt	Mittelwert	,25	1,34	,86
	N	47	100	219
	Standardabweichung	,616	2,438	1,800
	Absolute Anzahl	52	294	188
	F	5,733	2,795	7,527
	Signifikanz	,004	,063 ²³	,001

Abb. 17: Kategorien F42 (Abbau_Bedrohung), K42 (Schüren_Bedrohung) und K31 (Legitimierung_eigene_Rechte)

Als erstes springt, entgegen den Erwartungen, der hohe Mittelwert der eskalationsorientierten Variable K42 von 1,60 bei der *Nowaja Gazeta* ins Auge. Auch wenn der Mittelwert des Pendants F42 mit 0,49 höher als bei den anderen Zeitungen ausfällt, muss jedoch festgehalten werden, dass eine große Anzahl von Elementen gefunden werden konnte, welche die Brutalität des Gegners aufzeigen und somit Feindbilder, Bedrohungs- und Misstrauensgefühle

erzeugen.



Um die hohe Standardabweichung der Kategorie K42 bei der *Nowaja Gazeta* möglicherweise erklären zu können, wurden die Ergebnisse in die vier Untersuchungszeiträume aufgeteilt und erneut berechnet.

Abb. 18: Kategorie K42 der *Nowaja Gazeta* nach Zeitphasen unterteilt

Daraus wird ersichtlich,

dass weder in der ersten noch in der vierten Phase Elemente der Kategorie K42 gefunden werden konnten. In der Phase während der Kampfhandlungen konnte hingegen der höchste Mittelwert als auch die höchste Standardabweichung entdeckt werden. Diese hohe Anzahl von Elementen der Variable K42 ist unter anderem aufgrund einiger weniger Artikel der *Nowaja Gazeta* zustande gekommen, in denen verhältnismäßig häufig Bedrohungsgefühle und Ängste geschürt werden, und somit den Mittelwert in die Höhe treiben. Dies wird grundsätzlich durch die hohe Signifikanz von 0,063 bestätigt. Die Abbildung 18 gibt weiters Aufschluss darüber, dass die *Nowaja Gazeta* prinzipiell um die Vermittlung eines Bilds des freundschaftlichen Miteinanders bemüht ist, da weder in der ersten noch in der vierten Phase Elemente der Variable K42 gefunden werden konnten. Zusammenfassend ist festzuhalten,

²³ Die Variable K42 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

dass die Hypothese 4.4.a nicht bestätigt werden kann: Obwohl die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* mit Abstand den höchsten Mittelwert der Variable F42 aufweist, und somit mehrere Elemente beinhaltet, die Bedrohungsgefühle abzubauen versuchen, ist die Anzahl jener Elemente, die Misstrauen und Bedrohung erzeugen, wenn auch nicht statistisch abgesichert, weit höher.

Wie zu erwarten war, ist bei der *Rossijskaja Gazeta* die Diskrepanz zwischen den Mittelwerten der Kategorien F42 und K42 extrem hoch. Während die deeskalationsorientierte Variable F42 nur einen Mittelwert von 0,16 vorweisen kann, liegt der Mittelwert der eskalationsorientierten Variable mit 1,72 an der Spitze. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass, obwohl die *Rossijskaja Gazeta* und die *Nowaja Gazeta* einen ähnlich hohen Mittelwert der Variable K42 aufweisen, sich die Art und Weise der Berichterstattung stark unterscheidet. In der *Rossijskaja Gazeta* beispielsweise wurde Georgien drei Mal mit Nazi Deutschland verglichen, Micheil Saakaschwili wurden Eigenschaften von Adolf Hitler und Saddam Hussein zugeschrieben. Wie aus den Daten der Variable K31 ersichtlich wird, beschreibt die *Rossijskaja Gazeta* weit häufiger das Vorgehen Georgiens als Gräueltat und Verbrechen. Mehrmals bezichtigt die Zeitung Georgien des Genozids und stellt alle GeorgierInnen als Kampfmaschinen dar, deren Ziel die Auslöschung der ossetischen Bevölkerung sei. In der *Nowaja Gazeta* konnten derart drastische Vergleiche und Anschuldigungen nicht gefunden werden. Die Hypothese 4.4.b kann somit eindeutig bestätigt werden.

Interessant ist, dass der Mittelwert der Variable F42 beim *Kommersant* mit 0,17 ebenso niedrig liegt. Elemente, die explizit Bedrohungs- und Misstrauensgefühle abbauen, konnten demnach nur vereinzelt gefunden werden. Die Mittelwerte der Kategorien K42 und K31 (0,98 und 0,54) weisen darauf hin, dass im *Kommersant* die Handlungen Georgiens vermehrt als Verbrechen dargestellt und Bedrohungsgefühle durch das Erzeugung von Feindbilder verstärkt werden.

5.1 Werden georgische Opfer überhaupt erwähnt?

Hypothese 5.1.a: Georgische Opfer werden vermehrt nur in der *Nowaja Gazeta* thematisiert.

Hypothese 5.1.b: In der *Rossijskaja Gazeta* werden keine georgischen Opfer thematisiert, dafür umso mehr russische und ossetische Opfer.

Hypothese 5.1.c: Im *Kommersant* wird aufgrund der wirtschaftlichen Ausrichtung der Zeitung generell wenig auf Opfer beider Seiten eingegangen.

Zeitung		f 50	k 32
Kommersant	Mittelwert	,29	,40
	N	15	14
	Standardabweichung	,978	1,187
	Absolute Anzahl	27	37
Nowaja Gazeta	Mittelwert	1,15	,28
	N	18	5
	Standardabweichung	2,484	1,116
	Absolute Anzahl	61	15
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,15	1,32
	N	6	43
	Standardabweichung	,541	1,554
	Absolute Anzahl	11	98
Insgesamt	Mittelwert	,45	,68
	N	219	62
	Standardabweichung	1,459	1,380
	Absolute Anzahl	39	150
	F	8,810	13,510
	Signifikanz	,000	,000

Abb. 19: Kategorien F50 (Empathie) und K32 (Leid_Russland)

Zur Beantwortung dieser Hypothesen wurden die Mittelwerte der Variablen F50 und K32 miteinander verglichen. Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, dass erneut die *Nowaja Gazeta* mit Abstand den größten Mittelwert (1,15) der deeskalationsorientierten Variable F50 besitzt. Der *Kommersant* und die *Rossijskaja Gazeta* liegen mit den Mittelwerten von 0,29 und 0,15 weit abgeschlagen. Die Hypothese 5.1.a konnte somit bestätigt werden.

Bei genauerer Betrachtung der Variable K32, welche das Leid lediglich auf der russischen bzw. ossetischen Bevölkerung thematisiert, wird ersichtlich, dass die *Rossijskaja Gazeta* erneut den höchsten Mittelwert mit 1,32 aufweist. Im Vergleich dazu fallen die Mittelwerte der *Nowaja Gazeta* sowie des *Kommersants* mit jeweils 0,28 und 0,40 verhältnismäßig gering aus. Der niedrige Mittelwert der Kategorie F50 bei der *Rossijskaja Gazeta* weist weiters darauf hin, dass georgische Opfer kaum Eingang in die Berichterstattung finden. Die Hypothese 5.1.b kann somit verifiziert werden.

Auffallend ist, dass im *Kommersant* generell kaum Opfer thematisiert werden. Die Mittelwerte der beiden Kategorien F50 und K32 (0,29 und 0,40) bestätigen die These 5.1.c, dass weder russische bzw. ossetische, noch georgische Opfer überdurchschnittlich oft erwähnt werden.

5.2 Werden Anreize zur sozialen Identifikation mit georgischen Opfern bzw. mit der georgischen Bevölkerung geschaffen?

Hypothese 5.2.a: Die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* ermöglicht durch die Thematisierung der georgischen Opfer bzw. der georgischen Bevölkerung einen empathischen Blick.

Hypothese 5.2.b: Die Berichterstattungen der beiden anderen Zeitungen bieten keine Anreize zur sozialen Identifikation mit georgischen Opfern bzw. mit der georgischen Bevölkerung.

Zeitung		f 51	k 51
Kommersant	Mittelwert	,29	,00
	N	15	0
	Standardabweichung	,846	,000
	Absolute Anzahl	30	0
Nowaja Gazeta	Mittelwert	1,09	,02
	N	14	1
	Standardabweichung	2,506	,137
	Absolute Anzahl	58	1
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,12	,04
	N	7	3
	Standardabweichung	,404	,199
	Absolute Anzahl	9	3
Insgesamt	Mittelwert	,43	,02
	N		4
	Standardabweichung	1,414	,134
	Absolute Anzahl	36	4
	F	7,447	1,887
	Signifikanz	,001	,145 ²⁴

Abb. 20: Kategorien F51 (soziale_Identifikation) und K51 (Dehumanisierung_georgische_Bevölkerung)

Erneut wird ersichtlich, dass die *Nowaja Gazeta* mit Abstand den höchsten Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F51 aufweist. Mit einem Mittelwert von 1,09 wird in der *Nowaja Gazeta* durchschnittlich mehr als einmal pro Artikel auf die georgische Bevölkerung bzw. auf georgische Opfer Bezug genommen, und versucht, durch die Beschreibung ihres Leids und ihrer prekären Lebenssituation einen empathischen Blick zu ermöglichen. Die *Nowaja Gazeta* ist somit die einzige Zeitung, die sich um Mitgefühl und Verständnis für die georgische Bevölkerung bemüht und eine soziale Identifikation mit georgischen Opfern

²⁴ Die Variable K51 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

ermöglicht. Die *Rossijskaja Gazeta*, mit einem Mittelwert von nur 0,12 liegt hinter dem *Kommersant* mit 0,29 abgeschlagen an letzter Stelle. Die Hypothese 5.2.a ist somit zu verifizieren.

Betrachtet man die Mittelwerte der Variable K51, deren Elemente eine Dehumanisierung georgischer Opfer signalisieren, wird sichtbar, dass diesbezüglich in keiner der drei Zeitungen mehrere Elemente gefunden werden konnten. Dennoch kann die Hypothese 5.2.b verifiziert werden: Obwohl sie kaum Elemente der Kategorie K51 enthalten und somit keine Dehumanisierung georgischer Opfer vorantreiben, bieten die *Rossijskaja Gazeta* und der *Kommersant* keinerlei Anreize zur sozialen Identifikation mit der georgischen Bevölkerung.

6.1 Stellen die Zeitungen Informationen über historische, politische, soziale, ethnische, militärische und wirtschaftliche Hintergründe des Konflikts bereit?

Hypothese 6.1.a: Es wird in keiner der drei untersuchten Zeitungen vermehrt über historische, politische, soziale, ethnische, militärische und wirtschaftliche Hintergründe informiert.

f 60

Zeitung	Mittelwert	N	Standardabweichung	Absolute Anzahl	F	Signifikanz
Kommersant	,32	17	,996	29		
Nowaja Gazeta	,79	25	1,050	42		
Rossijskaja Gazeta	,18	7	,850	13		
Insgesamt	,38	16	,986	84	6,238	,002

Abb. 21: Kategorie F60 (Hintergrundinformationen)

Zur Beantwortung dieser Hypothese wurden die Mittelwerte der Kategorie F60 untersucht. Elemente dieser Analyseeinheit, die nicht nur Hintergrundinformationen über die militärischen Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren, sondern ebenso Informationen über mögliche soziale, ökonomische, politische oder ethnische Gründe liefern, konnten vor allem in der *Nowaja Gazeta* gefunden werden. Mit einem Mittelwert von 0,79 liegt die *Nowaja Gazeta* vor dem *Kommersant* mit 0,32 und der *Rossijskaja Gazeta* mit 0,18. Hierbei ist jedoch zu erwähnen, dass trotz des relativ niedrigen Mittelwerts, im *Kommersant* drei Artikel explizit den historischen Hintergrundinformationen gewidmet sind, in denen mögliche Ursachen diskutiert werden. Im Gegensatz dazu informiert die *Rossijskaja Gazeta* kaum über Hintergründe des Konflikts. Die Hypothese 6.1 ist somit zu falsifizieren. In der *Nowaja*

Gazeta sowie auch ansatzweise im *Kommersant* werden historische, politische, soziale, ethnische, militärische und wirtschaftliche Hintergrundinformationen diskutiert.

6.2 Werden die komplexen Konstellationen des Krieges aufgezeigt?

Hypothese 6.2.a: Die Komplexität des Krieges wird nur in der *Nowaja Gazeta* aufgezeigt. Der Krieg wird nicht nur als Spannung zweier polarisierender bzw. rivalisierender Gruppen, sondern als komplexes historisches Konstrukt verstanden, in dem verschiedene AkteurInnen mit unterschiedlichen Interessen agieren.

f 61

Zeitung	Mittelwert	N	Standardabweichung	Absolute Anzahl	F	Signifikanz
Kommersant	,07	5	,289	6		
Nowaja Gazeta	,26	9	,655	14		
Rossijskaja Gazeta	,05	4	,228	4		
Insgesamt	,11	18	,403	24	5,370	,005

Abb. 22: Kategorie F61 (Komplexität_Krieg)

Bei der Betrachtung dieser Abbildung lässt sich erwartungsgemäß erkennen, dass die *Nowaja Gazeta* erneut den höchsten Mittelwert von 0,26 der Kategorie F61 aufweist. Abgeschlagen liegen die *Rossijskaja Gazeta* mit 0,05 und der *Kommersant* mit 0,07 auf den Plätzen zwei und drei. Auch wenn der Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F61 bei der *Nowaja Gazeta* relativ gering ist, so kann die Hypothese 6.2.a bestätigt werden. Hierbei muss weiters hinzugefügt werden, dass die *Nowaja Gazeta* als einzige der untersuchten Zeitungen zwei Artikel veröffentlichte, die genau diese Problematik behandeln und die Komplexität des Krieges zu durchleuchten versuchen. Die *Nowaja Gazeta* sprengt in diesen Artikeln gezielt die stereotype, bipolare Vorstellung dieses Krieges und beleuchtet die verschiedenen AkteurInnen innerhalb des Konfliktes mit ihren Interessen.

7.1 Welche Quellen werden für die Berichterstattung herangezogen?

Hypothese 7.1 a: Für die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* werden mehr nicht-elite Quellen als elite Quellen herangezogen.

Hypothese 7.1 b: Für die Berichterstattung des *Kommersants* und der *Rossijskaja Gazeta* werden vorwiegend elite Quellen herangezogen.

Hypothese 7.1.c: Es werden in allen der drei untersuchten Zeitungen kaum georgische, nicht-elite Quellen herangezogen.

Bericht					
Zeitung		f 70	k 70	f 71	k 71
Kommersant	Mittelwert	,59	2,14	,20	,85
	N	23	66	10	31
	Standardabweichung	1,423	2,156	,650	1,475
	Absolute Anzahl	54	197	18	78
Nowaja Gazeta	Mittelwert	1,26	,81	,57	,25
	N	23	22	13	7
	Standardabweichung	2,263	1,194	1,474	,806
	Absolute Anzahl	67	43	30	13
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,53	2,65	,07	,20
	N	15	55	3	10
	Standardabweichung	1,252	2,583	,344	,596
	Absolute Anzahl	39	196	5	15
Insgesamt	Mittelwert	,73	1,99	,24	,48
	N	61	143	26	48
	Standardabweichung	1,638	2,238	,878	1,131
	Absolute Anzahl	160	436	53	106
	F	3,833	11,834	5,404	8,825
	Signifikanz	,023 ²⁵	,000	,005	,000

Abb. 23: Kategorien F70 (russische nicht-elitäre Quellen), K70 (russische elitäre Quellen), F71 (georgische nicht-elitäre Quellen) und K71 (georgische elitäre Quellen)

Für die Beantwortung der Hypothese 7.1.a wurden die Variablen F70, K70, F71 und K71 für die Analyse herangezogen. Aus der Tabelle lässt sich schön erkennen, dass die Mittelwerte der friedensjournalistischen Variablen F70 und F71 bei der *Nowaja Gazeta* jeweils höher liegen als die Mittelwerte ihrer Pendants K70 und K71. Somit kann festgehalten werden, dass die *Nowaja Gazeta* eine Vielzahl sowohl von russischen als auch georgischen nicht-elitären Quellen in ihrer Berichterstattung zitiert. Die Hypothese 7.1.a kann deshalb verifiziert werden.

Diesbezüglich ist weiters anzumerken, dass die Mittelwerte der Variablen F70 und F71 der *Nowaja Gazeta* (1,26 und 0,57) weit höher liegen als die Mittelwerte der beiden anderen Zeitungen.

Weiters wird aus dieser Abbildung ersichtlich, dass im Gegensatz zur *Nowaja Gazeta*, die Mittelwerte der eskalationsorientierten Variablen K70 und K71 bei den beiden anderen Zeitungen höher sind, als die von den Variablen F70 und F71. Die Mittelwerte der Kategorie, die auf elitäre russische Quellen verweist, liegen sowohl beim *Kommersant* als auch bei der *Rossijskaja Gazeta* bei über zwei. Weiters ist nicht überraschend, dass in den beiden

²⁵ Die Variable F70 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

Zeitungen kaum nicht-elitäre, georgische Quellen zitiert werden. Im Zuge der Analyse wurde vor allem bei der *Rossijskaja Gazeta* eine Tendenz der selektiven Quellenauswahl sichtbar, die sich durch die ganze Berichterstattung durchzieht. Die wenigen zitierten georgischen, nicht-elitäre Quellen in der Berichterstattung untermauern immerzu die Sichtweise der Zeitung im Allgemeinen. Nicht einmal wird in jenen Zitaten Russlands Härte an seinem militärischen Einmarsch nach Gori kritisiert. Mehrmals erscheint die zitierte Passage aus dem Kontext gerissen zu sein. Hypothese 7.1.b kann dementsprechend verifiziert werden.

Aufgrund der Erkenntnisse, die bei der Beantwortung der ersten beiden Hypothesen gewonnen wurden, muss die dritte Hypothese negiert werden. Die *Nowaja Gazeta*, im Gegensatz zu den beiden anderen Zeitungen, zitiert sehr wohl georgische, nicht-elitäre Quellen.

7.2 Werden unkommentierte Stellungnahmen und Reden russischer PolitikerInnen hinsichtlich des Krieges in der Berichterstattung veröffentlicht?

Hypothese 7.2.a: In der *Rossijskaja Gazeta* werden aufgrund ihres Status als Regierungsblatt vermehrt Reden des russischen Präsidenten, sowie Stellungnahmen des Kremls unkommentiert veröffentlicht.

Hypothese 7.2.b: Die *Nowaja Gazeta* veröffentlicht kaum unkommentiert offizielle Stellungnahmen russischer PolitikerInnen.

k 72

Zeitung	Mittelwert	N	Standardabweichung	Absolute Anzahl	F	Signifikanz
Kommersant	,17	8	,656	16		
Nowaja Gazeta	,09	5	,295	5		
Rossijskaja Gazeta	,28	17	,562	21		
Insgesamt	,19	30	,558	42	1,874	,156 ²⁶

Abb. 24: Kategorie K72 (ausländische_Quellen)

Wie in dieser Abbildung zu erkennen ist, weist die *Rossijskaja Gazeta* erwartungsgemäß den höchsten Mittelwert der Kategorie K72 von 0,28 auf. Dies bedeutet, dass in der *Rossijskaja Gazeta* durchschnittlich in ca. jedem vierten Artikel zumindest Ausschnitte von Ansprachen und Stellungnahmen russischer PolitikerInnen unkommentiert veröffentlicht werden. Die Hypothese 7.2.a wurde somit bestätigt.

Aufgrund des niedrigen Mittelwerts der *Nowaja Gazeta* von 0,09 kann auch die Hypothese 7.2.b verifiziert werden.

²⁶ Die Variable K72 kann nicht als statistisch gesichert angenommen werden.

7.3 Erfolgt eine kritische Hinterfragung der russischen Informationspolitik?

Hypothese 7.3.a: Eine kritische Hinterfragung der russischen Informationspolitik erfolgt nur in der Berichterstattung der *Nowaja Gazeta*. Es werden Interviewaussagen von russischen als auch georgischen PolitikerInnen kritisch hinterfragt und Lügen aufgedeckt.

Hypothese 7.3.b: Besonders in der *Rossijskaja Gazeta* werden vermehrt unreflektierte Informationen veröffentlicht, Lügen verbreitet, und, für Russland unangenehme Fakten ausgeblendet.

Zeitung		f 75	k75
Kommersant	Mittelwert	,54	,35
	N	31	27
	Standardabweichung	,977	,582
	Absolute Anzahl	50	32
Nowaja Gazeta	Mittelwert	1,74	,08
	N	34	3
	Standardabweichung	2,280	,331
	Absolute Anzahl	92	4
Rossijskaja Gazeta	Mittelwert	,20	,51
	N	10	17
	Standardabweichung	,573	1,088
	Absolute Anzahl	15	38
Insgesamt	Mittelwert	,72	,34
	N	75	47
	Standardabweichung	1,450	,769
	Absolute Anzahl	157	74
	F	21,924	5,214
	Signifikanz	,000	,006

Abb. 25: Kategorien F75 (Infragestellung_Informationspolitik) und K75 (unkritische_Information)

Als erstes sticht der hohe Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F75 bei der *Nowaja Gazeta* ins Auge, der mit 1,74 weit vor den Mittelwerten der beiden anderen Zeitungen (0,54 und 0,20) liegt. Der hohe Mittelwert der Analyseeinheit F75 sowie der niedrige Mittelwert der Variable K75 geben Aufschluss darüber, dass die *Nowaja Gazeta* die offizielle Informationspolitik nicht nur in Frage stellt, sondern diese auch kritisiert. Weiters werden PolitikerInnen bei Interviews mit unangenehmen Fragen konfrontiert und Lügen aufgedeckt, die in offiziellen Stellungnahmen und Interviews verbreitet werden. In zwei

Artikeln wird explizit die russische Informationspolitik zum Thema gemacht, in denen diese scharf kritisiert wird. Die Hypothese 7.3.a ist somit zu verifizieren.

Die *Rossijskaja Gazeta* weist im Gegensatz dazu einen niedrigen Mittelwert der deeskalationsorientierten Variable F75 von 0,20 und einen hohen Mittelwert der eskalationsorientierten Kategorie K75 von 0,51 auf. Der *Kommersant* liegt erwartungsgemäß ein weiteres Mal im Mittelfeld. Die Hypothese 7.3.b wurde demnach bestätigt.

7.4. Finden ausländische Quellen Eingang in die Berichterstattung?

Hypothese 7.4: Vor allem in der *Rossijskaja Gazeta* werden vermehrt ausländische Quellen zitiert, mit dem Ziel, Russland als Opfer von ausländischen Intrigen darzustellen. Die zitierten Passagen erwecken ein Bild des Westens als Verbündeter Georgiens.

k 74

Zeitung	Mittelwert	N	Standardabweichung	Absolute Anzahl	F	Signifikanz
Kommersant	,70	31	1,420	62		
Novaya Gazeta	,45	13	1,249	24		
Rossiiskaya Gazeta	,22	11	,625	16		
Insgesamt	,47	55	1,178	102	5,519	,005

Abb. 26: Kategorie K74 (ausländische_Quellen)

Aus dieser Abbildung wird ersichtlich, dass der *Kommersant* am häufigsten ausländische Quellen für die Berichterstattung heranzieht. Die *Rossijskaja Gazeta* hingegen zitiert nur selten ausländische PolitikerInnen und ExpertInnen. Doch ist interessant, dass in 8 der insgesamt 11 Artikeln der *Rossijskaja Gazeta*, in denen ausländische Quellen zitiert werden, eine Verbindung zwischen den Elemente der Variablen K24 und K74 gefunden werden konnten. Dies gibt Grund zur Annahme, dass vor allem russlandkritische ausländische Quellen herangezogen wurden, mit dem Ziel, das Ausland als Verbündeten Georgiens bzw. als Gegner Russlands darzustellen. Die Hypothese 7.4 kann somit bestätigt werden.

8.1 Welche Bilder werden gezeigt?

Hypothese 8.1 a: In der *Nowaja Gazeta* werden vereinzelt Bilder von georgischen Opfern gezeigt. In den beiden anderen Zeitungen werden hauptsächlich Bilder von russischen bzw. ossetischen Opfern gezeigt.

Hypothese 8.1 b: Es werden in allen drei untersuchten Zeitungen vermehrt Bilder von gewaltsamen Auseinandersetzungen gezeigt.

Hypothese 8.1.c: In allen drei Zeitungen werden mehr Fotos der politischen russischen Elite als Fotos der politischen georgischen Elite abgedruckt.

Hypothese 8.1.d: Nur in der *Nowaja Gazeta* werden vereinzelt Bilder von friedlichen Aktionen und Initiativen (z.B.: Anti-Kriegsdemonstration) veröffentlicht.

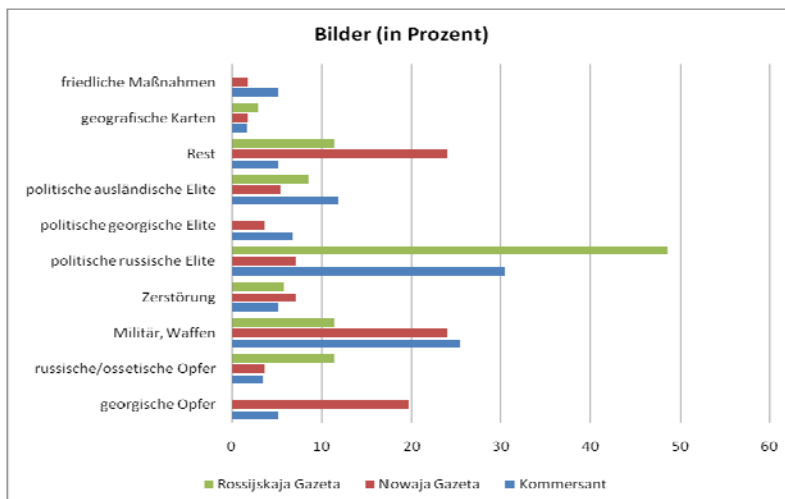


Abb. 27: Bilder pro Zeitung, Angaben in Prozent

Nach der Analyse dieser Grafik ist Hypothese 8.1.a zu verifizieren: die *Nowaja Gazeta* veröffentlicht, im Gegensatz zu den anderen beiden Zeitungen eine Vielzahl von Fotos (19,64% aller Fotos), auf denen georgische Opfer und Flüchtlinge zu erkennen sind.

Weiters ist ersichtlich, dass die *Nowaja Gazeta* mehr Fotos von georgischen Opfern als von russischen bzw. ossetischen Opfern veröffentlicht. Diese Erkenntnis bestätigt die bereits zuvor beantwortete Hypothese 5.2.a: die Erwähnung und Abbildung von georgischen Opfern in der *Nowaja Gazeta* fördert einen empathischen Blick. Wie zu erwarten war, konnten in der *Rossijskaja Gazeta* keine Fotos von georgischen Opfern gefunden werden. 11,43% aller Fotos zeigen jedoch russische bzw. ossetische Opfer.

Ebenso ist ersichtlich, dass in allen drei Zeitungen eine hohe Anzahl von Fotos gefunden werden konnte, die militärische Aktionen, gewaltsame Auseinandersetzungen und zerstörte Infrastruktur ablichten. Hypothese 8.1.b ist somit zu verifizieren.

Auch die Hypothese 8.1.c kann mit Hilfe dieser Graphik bestätigt werden. Auffallend ist hierbei jedoch, dass in der *Rossijskaja Gazeta* kein einziges Bild von georgischen PolitikerInnen entdeckt werden konnte.

Entgegen den Erwartungen werden in keiner der drei Zeitungen vermehrt Bilder von friedlichen Aktionen und friedensfördernden Initiativen veröffentlicht. Die Hypothese 8.1.d wurde somit widerlegt.

9. 1 Welche Kriegsgründe werden angegeben?

Hypothese 9.1 a: Kategorien wie *Selbstbestimmung*, *Kriegsverbrechen Georgien*, *Selbstverteidigung* und *Schutz der eigenen BürgerInnen* werden in allen drei Zeitungen vermehrt als Kriegsgrund angegeben.

Hypothese 9.1 b: Die Kategorie *Territoriale Integrität* wird vor allem in der *Nowaja Gazeta* als Kriegsgrund angegeben.

Hypothese 9.1.c: Vor allem die *Rossijskaja Gazeta* stellt einerseits den Einmarsch nach Georgien vorwiegend als friedenssichernde Mission dar und verweist andererseits auf das völkerrechtliche Prinzip der Selbstbestimmung.

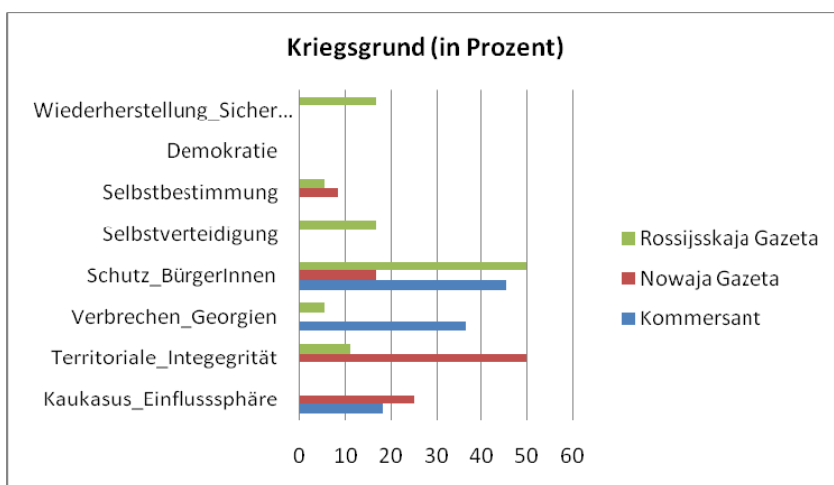


Abb. 28: Kriegsgrund pro Zeitung, Angaben in Prozent

Aus dieser Graphik lässt sich schön erkennen, dass sowohl in der *Rossijskaja Gazeta* als auch im *Kommersant* der *Schutz der eigenen BürgerInnen* vor der georgischen Aggression als Hauptgrund für den Einmarsch Russlands nach Georgien genannt wird.

Auffallend ist, dass im *Kommersant* insgesamt nur 3 Kategorien gefunden werden konnten und die Kategorie *Kriegsverbrechen Georgien* als häufigster Grund für den russischen Einmarsch genannt wird. Ebenso wird ersichtlich, dass die *Nowaja Gazeta* als einzige Zeitung nicht die Kategorie *Kriegsverbrechen Georgien* als Kriegsgrund anführt. Somit kann die Hypothese 9.1.a nur teilweise verifiziert werden. Nur die Kategorie *Schutz der eigenen BürgerInnen* konnte in allen drei Zeitungen gefunden werden.

Weiters ist zu erkennen, dass in der *Nowaja Gazeta* 50% der angeführten Kriegsgründe der Kategorie *territoriale Integrität* zuzuordnen sind. Da diese Kategorie in der *Rossijskaja Gazeta* nur 11,11% aufweist und im *Kommersant* gar nicht zu finden ist, kann die Hypothese 9.1.b verifiziert werden.

Die Hypothese 9.1.c muss allerdings negiert werden. Nur 5,5% der in der *Rossijskaja Gazeta* gefundenen Kriegsgründe können der Variable *Selbstbestimmung* zugeschrieben werden. Doch ist hierbei anzumerken, dass die *Rossijskaja Gazeta* als einzige Zeitung die

Wiederherstellung der Sicherheit in Südossetien als Grund für den Einmarsch nach Georgien nennt.

Die Kategorie *Demokratie* konnte in keiner der drei Zeitungen gefunden werden.

10.1 Gibt es Veränderungen in der Berichterstattung während und nach dem Krieg?

Hypothese 10.1 a: Alle Zeitungen berichten nach Beendigung des Krieges häufiger über deeskalationsorientierte, konstruktive Ereignisse als während des Krieges.

Hypothese 10.1.b: Die *Nowaja Gazeta* berichtet in allen vier Phasen am häufigsten über Friedensinitiativen.

Hypothese 10.1.c: Während der Kampfhandlungen wird in allen untersuchten Zeitungen die alleinige Schuld am Krieg Georgien zugeschrieben.

Hypothese 10.1.d Während der *Kommersant* und die *Nowaja Gazeta* nach Beendigung der Kampfhandlungen mehrmals die Schuld bei beiden Konfliktparteien sehen, definiert die *Rossijskaja Gazeta* weiterhin Georgien als alleinigen Schuldigen.

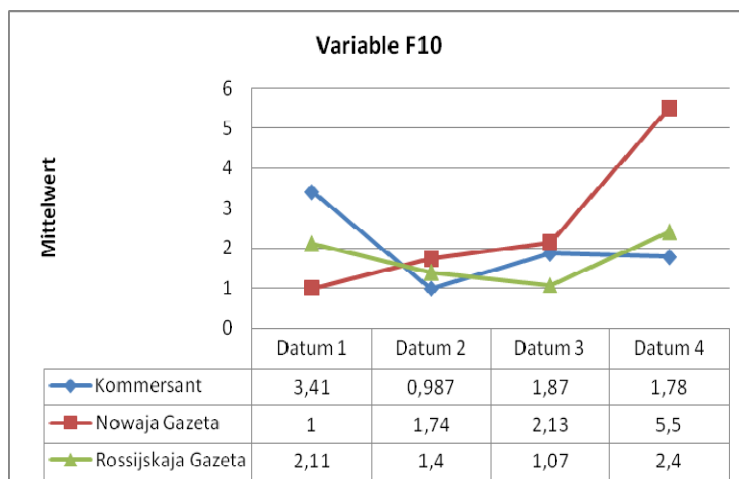


Abb.29: Kategorie F10 nach Zeitphasen unterteilt

Diese Abbildung gibt Aufschluss darüber, dass die *Rossijskaja Gazeta* und die *Nowaja Gazeta* wie erwartet nach Beendigung des Krieges häufiger über konstruktive und friedensfördernde Ereignisse berichteten als während der Kampfhandlungen. Beim *Kommersant* kann jedoch eine geringe

Abnahme von Berichten über friedensfördernde Maßnahmen beobachtet werden, weswegen die Hypothese 10.1.a zu negieren ist.

Weiters wird aus dieser Abbildung ersichtlich, dass mit Ausnahme der ersten Phase die *Nowaja Gazeta* stets den höchsten Mittelwert der Kategorie F10 besitzt. Da sie jedoch in der ersten Phase den niedrigsten Mittelwert der untersuchten Zeitungen aufweist, muss auch die Hypothese 10.1.b teilweise negiert werden.

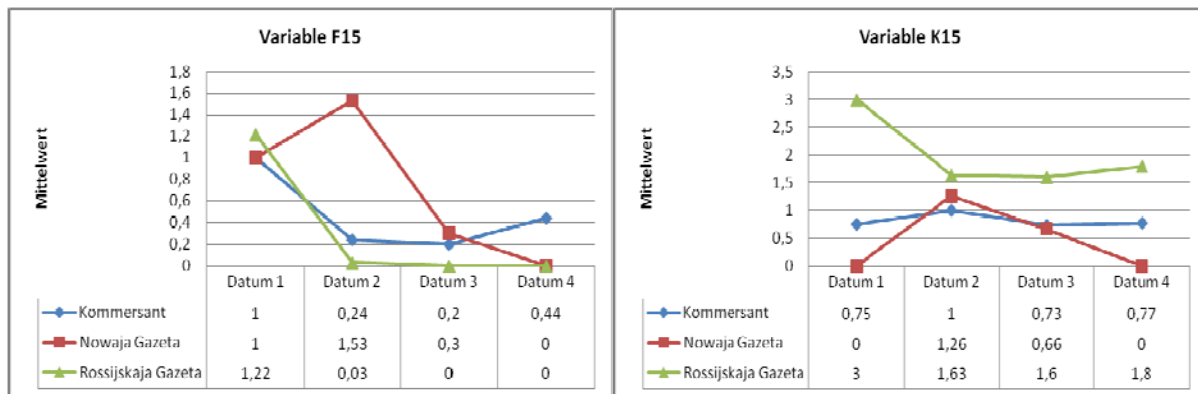


Abb. 30: Kategorie F15 nach Zeitphasen unterteilt

Abb. 31: Kategorie K15 nach Zeitphasen unterteilt

Zur Beantwortung der Hypothese 10.1.c wurde die Abbildung 31 herangezogen, aus der ersichtlich wird, dass die Mittelwerte der Variable K15 während der Kampfhandlungen bei der *Nowaja Gazeta* und dem *Kommersant* am höchsten ausfallen. Auch wenn der Mittelwert der zweiten Phase bei der *Rossijskaja Gazeta* hoch ist, konnte in der vierten Phase die höchste Anzahl von Elementen der Kategorie K15 gefunden werden. Betrachtet man die Abbildung 30 sticht der hohe Mittelwert der Variable F15 bei der *Nowaja Gazeta* in der zweiten Phase ins Auge. Da dieser Mittelwert höher liegt als der Mittelwert des Pendants K15 in der zweiten Phase, kann die Hypothese nicht vollständig verifiziert werden: Während der Kampfhandlungen wird im *Kommersant* und in der *Rossijskaja Gazeta* Georgien die alleinige Schuld am Krieg zugeschrieben, nicht aber in der *Nowaja Gazeta*. Die *Nowaja Gazeta* verweist während der zweiten Phase häufiger auf die Schuld beider Konfliktparteien. Bei der Betrachtung der beiden Abbildungen wird weiters ersichtlich, dass die Hypothese 10.1.d wiederum verifiziert werden kann.

5.8 Fazit

Im Rahmen der Inhaltsanalyse konnte aufgezeigt werden, dass die *Nowaja Gazeta* als einzige untersuchte Zeitung vermehrt Elemente des *kritischen Friedensjournalismus* in die Berichterstattung aufgenommen hat. In den beiden anderen Zeitungen wird die Berichterstattung vor allem von den Nachrichtenfaktoren Negativismus, Elitenorientierung und Personalisierung, geprägt.

Kommersant

Im Zuge der Inhaltsanalyse konnten im *Kommersant* vereinzelt Ansätze einer deeskalations- bzw. versöhnungsorientierten Berichterstattung gefunden werden, wenn auch die Anzahl der eskalationsorientierten Merkmale deutlich höher liegt. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Berichterstattung des *Kommersants* im Hinblick auf die Kriegsgeschehnisse relativ neutral ausfällt: oftmals werden sowohl friedensfördernde als auch eskalationsfördernde Ereignisse ohne Wertung thematisiert.

Auffallend ist ebenso, dass der *Kommersant* mehrmals Hintergründe zum Konflikt liefert und seiner LeserInnenschaft somit die Möglichkeit bietet, sich umfassender über die historischen und sozialen Hintergründe zu informieren. Weiters springt bei der Untersuchung die hohe Anzahl an zitierten ausländischen Quellen ins Auge, die des Öfteren eine kritische Haltung gegenüber Russlands militärischem Handeln einnehmen. Ebenso konnte im Rahmen der Untersuchung festgestellt werden, dass im *Kommersant* aufgrund seiner wirtschaftlichen Ausrichtung vermehrt auf negative wirtschaftliche Auswirkungen für Russland hingewiesen wird. Weder georgische noch russische bzw. südossetische Opfer werden regelmäßig thematisiert bzw. als Quelle herangezogen. Gemeinsame Interessen zwischen Russland und Georgien sowie Kooperationsmöglichkeiten werden grundsätzlich ausgeblendet.

Somit muss festgehalten werden, dass trotz einiger weniger gefundener friedensjournalistischer Elemente die Berichterstattung als nicht friedens- bzw. versöhnungsfördernd anzusehen ist. Die JournalistInnen bemühen sich grundsätzlich um keine Verständigung zwischen den Konfliktparteien, unterstützen kaum friedliche Initiativen und fordern nur äußerst selten das Kriegsende.

Nowaja Gazeta

Wie zu erwarten war unterscheidet sich die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta*, die vor allem im Westen als Insel der russischen Pressefreiheit bezeichnet wird, stark von den anderen beiden untersuchten Zeitungen und weist eine Vielzahl an friedensjournalistischen Merkmalen auf.

Friedensfördernde Maßnahmen und Initiativen finden vermehrt Eingang in die Berichterstattung. Des Weiteren werden nicht nur affirmative Forderungen nach einer friedlichen Lösung des Konflikts wiedergegeben, sondern auch von den JournalistInnen selbst artikuliert. Die Notwendigkeit des Krieges sowie der Sinn eines Krieges generell werden vermehrt in Frage gestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass es in einem Krieg keine GewinnerInnen, sondern nur VerliererInnen geben kann. Im Gegensatz zu den anderen Zeitungen werden auch georgische Opfer erwähnt, gelegentlich auch deren Ängste, Sichtweisen und Gedanken veröffentlicht. Auffällig ist weiters, dass in der *Nowaja Gazeta* verhältnismäßig wenige russische PolitikerInnen interviewt bzw. zitiert, und dass unkommentierte Stellungnahmen von Behörden und Reden des Präsidenten nicht abgedruckt werden. Weiters wird darauf geachtet, auch nicht-elitäre Quellen beider Konfliktparteien heranzuziehen.

Ebenso ist festzuhalten, dass die *Nowaja Gazeta* vielfach die russische Informationspolitik hinsichtlich des Krieges kritisiert, Widersprüche zwischen offiziellen Stellungnahmen und den realen militärischen Handlungen Russlands entlarvt und das militärische Vorgehen gegen die georgische Zivilbevölkerung in Kerngeorgien verurteilt.

Entgegen den Erwartungen weist die Berichterstattung der *Nowaja Gazeta* eine hohe Anzahl von Keywords auf, die Bedrohungsgefühle und Misstrauen fördern. Hierbei muss jedoch hinzugefügt werden, dass die Intensität und Härte dieser Schlagwörter nicht mit denen der beiden anderen Zeitungen vergleichbar ist. Anschuldigungen wie ethnische Säuberungen oder Vergleiche Georgiens mit historischen Diktaturen wurden in keinem Artikel gefunden.

Diese Erkenntnisse bestätigen die angenommene Tendenz: In der Berichterstattung konnten mehr friedensjournalistische als kriegspropagandistische Merkmale gefunden werden. Mit ihrer deeskalationsorientierten Berichterstattung weist sie vermehrt auf die gemeinsame Schuld Russlands und Georgiens hin, ermutigt zu einem freundschaftlichen Aufeinanderzugehen, übt Kritik am militärischen Vorgehen Russlands, beleuchtet negative Folgen des Krieges sowohl für die russische/ossetische als auch für die georgische Zivilbevölkerung und bemüht sich um eine friedliche Konfliktlösung.

Rossijskaja Gazeta

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der *Rossijskaja Gazeta* kaum Elemente gefunden werden konnten, die gemäß dem Konzept des *kritischen Friedensjournalismus* konstruktiv zur Lösung des Südossetienkonflikts beitragen können.

In der gesamten zur Untersuchung herangezogenen Berichterstattung werden im Vergleich zu den anderen Zeitungen mit Abstand am seltensten friedliche Maßnahmen erwähnt.

Forderungen nach einer friedlichen Lösung des Krieges wurden, wenn überhaupt thematisiert, meist nur affirmativ wiedergegeben. Die Analyse untermauert weiters die Annahme, dass den eskalationsfördernden Ereignissen offensichtlich ein höherer Nachrichtenwert beigemessen wird als etwaigen friedensfördernden Maßnahmen.

Generell ist anzumerken, dass die JournalistInnen selbst kaum Initiative ergreifen und friedensfördernde Maßnahmen und Versöhnung einfordern. Ganz im Gegenteil unterstützen sie die harte militärische Vorgehensweise Russlands und fordern nicht nur einmal Vergeltung und Rache. Indem sie bewusst wichtige, für Russland teilweise unangenehme Informationen über den Kriegshergang zurückhalten, versucht die Zeitung die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Krieges zu vermitteln: nicht ein einziges Mal wird der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands nach Gori thematisiert, der hunderten georgischen zivilen Menschen das Leben kostete. Nur zwei Mal wird auf die monatelangen, gegenseitigen Provokationen entlang der südossetischen Grenze hingewiesen. Mit Hilfe dieser selektiven Berichterstattung konnte die *Rossijskaja Gazeta* ein Bild Georgiens erzeugen, das Misstrauen und Bedrohungsgefühle innerhalb der russischen Bevölkerung wachsen ließ. Bewusst werden Feindbilder geschaffen und kulturell-historische Gemeinsamkeiten negiert. Die Zeitung geht sogar so weit und vergleicht den georgischen Präsidenten mit Adolf Hitler und Saddam Hussein, und beschuldigte ihn mehrmals des Genozids an der ossetischen Bevölkerung.

Weiters wurde aus der Analyse ersichtlich, dass kaum georgische Opfer thematisiert werden. Vielmehr wird Russland als Retter und Held der russischen und ossetischen Bevölkerung gefeiert, der sie erfolgreich vor dem Aggressor Georgien beschützen konnte. In unzähligen Artikeln wird die logistische und finanzielle Hilfe Russlands bei der Aufnahme von ossetischen Flüchtlingen in Russland gelobt.

Aus all diesen Erkenntnissen wird ersichtlich, dass die Berichterstattung der *Rossijskaja Gazeta* nicht friedensjournalistische, sondern kriegspropagandistische Merkmale aufweist. Sie versucht, die russische Bevölkerung für den Krieg zu mobilisieren, schnürt bewusst Ängste gegen den angeblichen Aggressor Georgien, fordert hartes militärisches Vorgehen und verneint jegliche historische und kulturelle Verbindung zwischen Russland und Georgien.

6 Conclusio

Bei der historischen Konfliktanalyse müssen die Unabhängigkeitsbestrebungen Südossetiens stets in Hinblick auf jene von Georgien betrachtet werden. Bereits in den 1920er Jahren wurde Südossetien die Unabhängigkeit und somit seine territoriale Integrität verwehrt. Mit der Eingliederung Georgiens in die Sowjetunion wurden jedoch ethnisch-territoriale Konflikte innerhalb Georgiens zur politischen Nebensache. Mehrere Jahrzehnte konnte ein friedliches Zusammenleben der georgischen Mehrheit mit den nationalen Minderheiten beobachtet werden. Doch mit den radikal-nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen georgischer Gruppierungen, welche nationale Minderheiten zu unterdrücken und diskriminieren versuchten, fand eine erneute Ethnisierung des Konflikts statt. Im Zuge der Aberkennung des Autonomiestatus von Südossetien und Abchasien durch den Radikalnationalisten Swiad Gamsachurdia, der mit seinem autokratischen Führungsstil jegliche Minderheitenrechte beschnitt, mündete das einst friedliche Zusammenleben 1991 in einen blutigen Bürgerkrieg in Südossetien und Abchasien. Die Bürgerkriege, im Zuge derer ein Großteil der georgischen Bevölkerung aus den beiden Regionen vertrieben wurde, führten zu einem verstärkten Nationalismus und schürten ethnisch begründete Feindbilder innerhalb der georgischen Gesellschaft.

Russland, das den Unabhängigkeitsbestrebungen Georgiens stets kritisch gegenüberstand, übernahm, nachdem der Westen untätig blieb, die Regelung des Konflikts. Somit gelang es Russland, im Zuge der Sezessionskonflikte innerhalb Georgiens, seine Position im postsowjetischen Kaukasus als selbsternannter Friedenserhalter zu stärken und sein Einflussgebiet auszuweiten. Da eine kontrollierte Instabilität Georgiens für Russland von Vorteil war, bemühte sich Russland stets um eine Beibehaltung des Status Quo, sprich, den Konflikt kontrolliert am Leben zu erhalten. Georgien sei, so Russland, aufgrund der ungelösten Sezessionskonflikte weder für die NATO noch für die EU interessant.

Die Instrumentalisierung dieser Konflikte durch Russland verschärfte nicht nur die Situation zwischen Georgien und seinen abtrünnigen Regionen, sondern auch zwischen Russland und Georgien selbst. Mit Hilfe verschiedenster Projekte gelang es Russland die abtrünnigen Regionen sowohl politisch als auch wirtschaftlich an sich zu binden.

Der im Zug der Rosenrevolution an die Macht erlangte Präsident Micheil Saakaschwili setzte, wie sein Vorgänger, hinsichtlich der Wiedervereinigung Georgiens, auf einen harten Kurs gegen nationale Minderheiten. Ohne jegliche Zugeständnisse waren die Minderheiten einer systematischen Diskriminierung ausgesetzt. Doch genau diese autoritäre Vorgehensweise

Saakaschwilis führte zu einer stetigen Verschlechterung der Beziehung zwischen Georgien und seinen abtrünnigen Regionen.

Nachdem eine diplomatische Lösung aufgrund erneuter Spannungen innerhalb der letzten Jahren als immer unwahrscheinlicher galt, sah der georgische Präsident mit einem schnellen Feldzug die Möglichkeit, den Konflikt militärisch zu lösen: in einem Blitzkrieg marschierten in der Nacht auf den 8. August 2008 georgische Truppen nach Südossetien ein, mit dem Ziel, die abtrünnige Republik gewaltsam wieder in den Staatenbund einzugliedern. Micheil Saakaschwili dürfte jedoch Russland unterschätzt haben, das offensichtlich gut vorbereitet, am nächsten Morgen mit beispielloser Härte die georgischen Truppen aus Südossetien vertrieb und nach Kerngeorgien einmarschierte. Erst nach Wochen der Beendigung der Kampfhandlungen zogen sich die russischen Truppen, aufgrund internationalen Drucks, aus Kerngeorgien zurück.

Im Zentrum dieser Diplomarbeit stand jedoch nicht so sehr der Konflikt an sich, sondern die Berichterstattung des Konflikts in ausgewählten russischen Zeitungen. Im Zuge der durchgeführten Inhaltsanalyse konnte festgestellt werden, dass in zwei der untersuchten Zeitungen kaum Elemente des *kritischen Friedensjournalismus* gefunden werden konnten, die zu einer konstruktiven und versöhnungsfördernden Konfliktlösung beitragen.

Vor allem die Berichterstattung des *Kommersants* sowie der *Rossijskaja Gazeta* sind von Nachrichtenfaktoren wie Negativismus, Elitenorientierung, Personalisierung und Antagonismus gekennzeichnet. Aufgrund der selektiven Berichterstattung konnten vor allem in der *Rossijskaja Gazeta* vermehrt kriegspropagandistische Elemente gefunden werden, welche die russische Bevölkerung von der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Krieges zu überzeugen versucht. Diverse Umfragen von russischen Meinungsforschungsinstituten zeigen, dass ihr dies offensichtlich geglückt ist. Laut diesen Umfragen stand die russische Bevölkerung fast geschlossen hinter dem militärischen Vorgehen Russlands und bezeichnete den Einmarsch nach Georgien als unumgänglich.

Die *Nowaja Gazeta* war die einzige untersuchte Zeitung, in der vermehrt Elemente des *kritischen Friedensjournalismus* gefunden werden konnten, und die somit einen wertvollen Beitrag zur konstruktiven Konfliktlösung leistet. Die JournalistInnen negieren regelmäßig die Notwendigkeit des Krieges, fordern eine konstruktive und rasche Lösung des Konflikts, verweisen auf gemeinsame Interessen zwischen Russland und Georgien, und ermöglichen durch die Erwähnung georgischer Opfer Mitgefühl und Empathie.

An dieser Stelle ist abschließend nochmals zu erwähnen, dass diese Diplomarbeit nur als exemplarische Studie zu verstehen ist, und somit keine generellen Schlüsse auf die gesamte russische Medienlandschaft zulässt.

Weiterführende Forschungsvorhaben hinsichtlich der Wirkung der konstruktiven Konfliktberichterstattung auf die RezipientInnen wären sicherlich interessant, würden aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

7 Bibliographie

Apelt, Beate (2007): Webblogs in Russland. In: Russland-Analysen 147/07, S. 11-14.

Атлас СМИ (2009a): Газета Коммерсантъ.
<http://www.mediageo.ru/fedpressa/ezhednev/kommersant.html> [Zugriff: 12.02.2010].

Атлас СМИ (2009b): Российская Газета.
<http://www.mediageo.ru/fedpressa/ezhednev/ros-gazeta.html> [Zugriff: 12.02.2010].

BBC News (2006): Russia-Georgia media war escalates. 29.9.2006.
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/5392058.stm> [Zugriff: 9.1.2010].

Брегвадзе, Александр Иосифович (1983): Славная страница истории: Доброе присоединение Грузии и России и его соц.-экон. последствия. [о.О.]: Мысль.

Beham, Mira (2007): Kriegsberichterstattung – Vom Telegrafen zum Echtzeitkrieg und Internet. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Gute Medien – Böser Krieg? Wien: Lit Verlag, S. 39-55.

Bielawski, Martina; Uwe Halbach (2004): Der georgische Knoten. Die Südossetienkrise im Kontext georgisch-russischer Beziehungen. In: SWP-Aktuell 41, o.S.

Bilke, Nadine (2007): Friedensjournalismus - Aufgaben einer konfliktsensitiven Berichterstattung. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Gute Medien – Böser Krieg? Wien: Lit Verlag, S. 135-146.

Binder, Eva (2006): Journalistische Krisenkommunikation in internationalen Konflikten am Beispiel von ORF-Radio Nachbar in Not 1999/2000. Diplomarbeit, Universität Wien.

Becker, Jörg (2002): Medien im Krieg. In: Albrecht, Ulrich; Jörg Becker (Hg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 13-26.

Dengg, Anton (2003): Zerfallsprozesse im postsowjetischen Raum am Beispiel Abchasiens. Diplomarbeit, Universität Wien.

Думао, Константин Несторович (2002): Грузино-абхазская война: миф и реальность. Сухум: Абхазский Государственной Университет.

Dzугan, Franziska (2007): Pressefreiheit in Russland? Medienpolitische Entwicklungen und journalistische Arbeitsbedingungen von 1996-2006. Diplomarbeit, Universität Wien.

Coppieters, Bruno (1999): Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 12/1999, S. 5-35.

Cornell, Svante E. (2001): Autonomy and Conflict. Ethnoterritoriality und Separatism in the South Caucasus – Cases in Georgia. Uppsala: Uppsala Universität.

Фельгенгауер, Павел (2008): Первая часть войны с Грузией. In: Континент 138, o.S.

Fischer Weltalmanach (2010): Georgien.

http://www.weltalmanach.de/staat/staat_detail.php?fwa_id=georgien [Zugriff: 05.01.2010].

FOM (2005): Wo zeigt man ein vollständigeres Bild unseres Landes – in der Presse oder im Fernsehen? Umfrage. 15.-16.10.2005.

<http://bd.fom.ru/zip/tb0542.zip> [Zugriff: 05.01.2010].

[Erschienen in: Russland-Analysen 79/05, S. 14.]

Fourmont, Alexis (2008): Die Lage der Pressefreiheit in Russland. Wien: Reporter ohne Grenzen.

Gathmann, Moritz (2009): Blackbox Regionaljournalismus. In: Helden und Handlanger: Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen. Berlin: Reporter ohne Grenzen, S. 5-10.

Göbel, Alena (2007): Staat und Pressefreiheit in der ersten Amtsperiode des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Gressel, Gustav C. (2008): Der Krieg am Kaukasus. In: Internationales Institut für liberale Politik Wien (Hg.): Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe 27. Schwerpunkt Georgienkonflikt, S. 1-18.

Halbach, Uwe (2007a): Die Krise in Georgien: Das Ende der „Rosenrevolution“? In: SWP-Aktuell 61, o.S.

Halbach, Uwe (2007b): Eingefrorene Konflikte im Südkaukasus. Probleme und Grenzen der Europäisierung. In: Osteuropa 57, 11/2007, S. 83-94.

Halbach, Uwe (2006): Säbelrasseln und Friedenspolitik in Europas neuer Nachbarschaft. In: SWP-Aktuell 32, o.S.

Halbach, Uwe (2008a): Der Südossetien-Krieg: Die Regionale Dimension. In: Russland-Analysen 169/08, S. 2-4.

Halbach, Uwe (2008b): Die Türkei im Spannungsfeld der internationalen Politik in der Kaukasus-Region – aus Sicht der Interessen Russlands. In: Konrad Adenauer Stiftung (hg.): Chancen und Herausforderungen im Kaukasus. Ankara: KAS, S. 93-100.

Halbach, Uwe (2009): Die Georgienkrise 2008. In: Internationales Institut für liberale Politik Wien (Hg.): Machtpoker am Kaukasus, Reihe Studien 2, S. 3-12.

International Crisis Group (2008): Russia vs. Georgia: The Fallout. Europe Report 195.

Jäger, Susanne (2002): Mediale Wahrnehmungsfiler: Nationalität, Ethnie. In: Albrecht, Ulrich; Jörg Becker (Hg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 194-204.

Kempf, Wilhelm (1996): Konfliktprävention und Medien. Plädoyer für einen Friedensjournalismus. Konstanz: Universität Konstanz.

<http://kops.ub.uni-konstanz.de/volltexte/2009/8016/> [Zugriff: 18.10.2009].

Kempf, Wilhelm (1997): Kriegspropaganda versus Friedensjournalismus. In: Calließ, Jörg (Hg.): Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit. Oder: Die Medien zwischen Kriegsberichterstattung und Friedensberichterstattung. Loccum: Evangelische Akademie Loccum, S. 137-149.

King, Charles (2008): The five-day war: managing Moscow after the Georgia Crisis. In: Foreign Affairs 87/6, S. 2-10.

Kogan, Eugene (2009): Can the Georgian Conflict be solved? In: Internationales Institut für liberale Politik Wien. Reihe Studien 2. Machtpoker am Kaukasus, S. 27-31.

Krüger, Uwe (2006): Gekaufte Presse in Russland: politische und wirtschaftliche Schleichwerbung am Beispiel der Medien in Rostov. Berlin: -na-Donu Lit Verlag.

Küchholz, Juliane (2005): Die Rosenrevolution in Georgien. Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufter Putsch. In: Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der freien Universität Berlin 49/3, S. 6-30.

Lewada Zentrum (2008): Мнение россиян о конфликте в Грузии. Опрос. 15-18 августа. 12.01.2010.
<http://www.levada.ru/press/2008082100.html> [Zugriff: 8.2.2010].

Lichtenstein, Dennis; Cordula Nitsch (2009): Framing the Caucasian War – A Content Analysis of the Media Coverage in Europe und Russia. (Vortrag im Rahmen des International Symposiums on War, Media, and the Public Sphere of the Austrian Academy of Sciences and the University of Klagenfurt, 6.-7.3.2009, Wien.)
Abstract <http://www.oeaw.ac.at/cmc/wmps/abstracts> [Zugriff: 5.1.2010].

Loquai, Heinz (2007): Sprache des Krieges, Bilder des Krieges – Medien als Kriegstreiber. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Gute Medien – Böser Krieg? Wien: Lit Verlag, S. 56-74.

Lukyanow, Fjodor (2009): The South Caucasus in the international Spotlight. In: Caucasus Analytical Digest 10/09, S. 16-19.

Luchterhandt, Otto (2008): Völkerrechtliche Aspekte des “Georgien-Krieges”. In: Russland-Analysen 169/08, S. 5-8.

Lynch, Dove (2006): Why Georgia Matters. Paris: Institute for Security Studies. Chailiot Paper 86.

Lynch, Jake (2007): Peace journalism and its discontents. In: conflicts & communication online 6/2. S. 1-13.
www.cco.regener-online.de/ [Zugriff: 22.10.2009].

Маркедонов, Сергей (2008): «Пятидневная война»: предварительные итоги и следствия. In: Неприкосновенный запас 5/61. [o.S.].

Manutscharjan, Aschot (2008a): Die Sezessionskonflikte im Kaukasus. In: Die Politische Meinung. Konrad-Adenauer-Stiftung 468, S. 41-45.

Manutscharjan, Aschot (2008b): Georgien sucht Krieg mit Russland. In: Internationales Institut für liberale Politik Wien (Hg.): Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe 27. Schwerpunkt Georgienkonflikt, S. 19-25.

Manutscharjan, Aschot (2009): Die innenpolitische Entwicklung Georgiens von 1991 bis 1996 unter besonderer Berücksichtigung der Sezessionskonflikte. In: Reiter, Erich (Hg.): Die Sezessionskonflikte in Georgien. Wien; Köln; Weimar: Böhlau Verlag, S. 71-100.

Muckenhuber, David (2009): Der Südossetienkonflikt 2008. Unter besonderer Berücksichtigung der Rezeption der Selbstdarstellungsstrategien Georgiens und Russlands in westlichen Medien. Diplomarbeit, Universität Wien.

Ollmann, Elisabeth (1996): Medienpolitik und journalistische Arbeitsbedingungen in Russland: Untersuchung des Verhältnisses zwischen Politik und Medien und der Arbeitsbedingungen von Journalisten und Auslandskorrespondenten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Diplomarbeit, Universität Wien.

Ortting, Robert (2006): Die Lage der Massenmedien in Russland. In: Russland-Analysen 118/06, S. 2-5.

Rabitz, Cornelia (2007): Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtungen im russischen Wahlkampf. In: Russlandanalyse 147/07, S. 2-4.

Rau, Johannes (2005): Russland-Georgien-Tschetschenien. Der Konflikt um das Pankisi-Tal (1997-2003). Berlin: Dr. Köster.

Reporter ohne Grenzen (2009): 76 Journalisten getötet / stärkere Repressionen gegen Kriegs- und Wahlberichterstatte / mehr Festnahmen von Bloggern. Die Reporter ohne Grenzen - Jahresbilanz. Berlin. 30.12.2009

www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/news-nachrichten-single/article/1/76-journalisten-getoetet-staerkere-repressionen-gegen-kriegs-und-wahlberichterstatte-mehr-festna.html [Zugriff: 4.1.2010].

Reporter ohne Grenzen (2009): Rangliste 2009 – die Plätze. www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=438 [Zugriff 7.1.2010].

Ростова, Наталия (2006): Алишер Усманов: Свобода слова в России упорядочивается. In: Новая Газета, 67, 4.11.2006.

Schmidt, Jürgen (2009): Konfliktursachen Abchasien und Südossetien. In: Reiter, Erich (Hg.): Die Sezessionskonflikte in Georgien. Wien; Köln; Weimar: Böhlau Verlag, S. 100-128.

Schröder, Hans-Henning (2008): Ein kurzer, siegreicher Krieg. Russische Sichtweise der Kaukasuskrise. In: Schröder, Hans-Henning. Die Kaukasuskrise. Internationale Perzeption und Konsequenzen für die deutsche und europäische Politik. SWP-Studie 25, S. 7-11.

Schulze, Peter W. (2009): Geopolitischer Machtpoker im Kaukasus. In: Internationales Institut für liberale Politik Wien (Hg.): Machtpoker am Kaukasus, Reihe Studien 2, S. 13-19.

Shinar, Dov (2007): Epilogue: Peace Journalism – the State of the Art. In: conflict & communication online 6/1, S. 1-9. www.cco.regener-online.de [Zugriff 20.10.2009].

Focus Online (2008): Hintergrund. Südossetien und Abchasien. 8.8.2008.

http://www.focus.de/politik/ausland/hintergrund-suedossetien-und-abchasien_aid_323293.html [Zugriff 22.10.2009].

Sokov, Nikolai (2006): The United States between Russia and Georgia. PONARS Policy Memo 407. [o.S.].

Stürmer, Michael (2008): Nur jeder 20. Todesfall wurde aufgeklärt. In: Welt Online. 17.02.2008.

http://www.welt.de/wams_print/article1684976/Nur_jeder_20_Todesfall_wurde_aufgeklaert.html [Zugriff: 4.1.2010].

WCIOM (2006): Welche Informationsquellen benutzen Sie am meisten? Umfrage. 9.10.2006.

http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3329.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=50f5a2681e [Zugriff: 05.01.2010].

[Erschienen in: Russland-Analysen 118/06, S. 9.]

Zagorski, Andrei (2009a): Russische Intervention in Konflikten in Südossetien und Abchasien. In: Reiter, Erich (Hg.): Die Sezessionskonflikte in Georgien. Wien; Köln; Weimar: Böhlau Verlag, S. 219-248.

Zagorski, Andrei (2009b): Die russische Politik nach dem Georgien-Krieg. In: Internationales Institut für liberale Politik Wien (Hg): Machtpoker am Kaukasus, Reihe Studien 2, S. 20-26.

8 Anhang

Резюме на русском языке

Тема моей дипломной работы - «Элементы *критической мирной журналистики* в российских газетах». Данная работа представляет собой описание и анализ событий грузино-российского конфликта, а также их отражение в российских средствах массовой информации (СМИ).

В ночь на пятницу восьмого августа 2008 года, после многолетних взаимных провокаций в Южной Осетии началась пятидневная война между Грузией и Россией из-за сепаратистской политики республики Южная Осетия. Грузия этим военным нападением хотела отвоевать республику, над которой потеряла контроль, но недооценила решительность России. Россия, будучи союзником Южной Осетии, ответила военным контрнаступлением. Под предлогом защиты граждан своей страны, Россия вступила на территорию Грузии, и бомбардировала и военную и гражданскую инфраструктуру.

При этом наблюдался ещё и другой конфликт: война в средствах массовой информации. В подобных конфликтах нельзя недооценивать роль прессы обоих участников конфликта. СМИ не только оказывают колоссальное влияние на общество, но и нередко определяют общественное мнение. Поэтому основное внимание в данной работе уделяется публикациям, посвящённым описанию войны в российских газетах.

Цель работы - проанализировать газетные публикации в трёх российских газетах (*Российская Газета*, *Коммерсантъ*, *Новая Газета*), а также исследовать существуют ли элементы так называемой *критической мирной журналистики* в выбранных для исследования российских газетах.

В связи с этим главным вопросом данной работы является: «Какие конструктивные элементы *критической мирной журналистики* находятся в данных российских газетах и способствуют положительному разрешению конфликта?»

Исследование этого вопроса интересно, поскольку рассматриваемые публикации находятся прямо в центре конфликта. Как правило, все публикации в целом склоняют к обострению конфликтов. В военных столкновениях правительства государств часто используют средства массовой информации в своих целях. В этом случае СМИ превращаются в средства пропаганды войны.

Данная цель конкретизируется решением следующих задач:

1. Сравнить публикации трёх российских газет на наличие в них элементов *критической мирной журналистики*.
2. Проанализировать упоминание мирных инициатив в данных газетах и сопоставить их.

В связи с этим для исследования были разработаны основные тезисы:

- В отличие от публикаций *Коммерсанта* и *Российской Газеты*, публикации *Новой Газеты* содержат больше элементов *критической мирной журналистики*.
- Мирные инициативы упоминаются, прежде всего, в *Новой Газете* и в *Коммерсанте*. В статьях же *Российской Газеты*, напротив, едва ли упоминаются мирные инициативы. Собственные предложения о разрешении конфликта были выдвинуты только журналистами *Новой Газеты*. *Российская Газета* же поддерживает войну и использует ту же аргументацию, что и Кремль.

Метод количественно-смыслового анализа был использован в эмпирической части исследования. Подтверждаемая теорией перспектива базируется на основе системы противоположных категорий, разработанных исследователями Буркардом Блэзи, Сюзанной Егерь, Вилгельмом Кемпф и Юттой Мёкель. Эта система была переработана и дополнена собственными исследованиями. Каталогизация даёт описание полярных сторон конфликта, их целей, а также оценку прав и действий обеих конфликтующих сторон.

В качестве материала исследования используются публикации в трёх российских газетах: *Российской газете*, *Коммерсанте* и *Новой Газете*. Газеты были выбраны по критерию представления в них различных идеологических позиций. Ежедневная *Российская Газета* является одной из самых важных про-правительственных газет в России и выходит большим тиражом. Газета *Коммерсантъ*, также издаваемая ежедневно, считается нейтральной газетой, а *Новая Газета* – единственная оппозиционная газета, которая отличается своей качественной критической журналистикой.

Время исследования определяется с 1 июля по 30 сентября 2008 года, а также с 8 по 12 августа 2009 года и подразделяется на четыре периода:

I период - с 1 июля по 7 августа 2008 года: эскалация (предвоенный период войны);

II период - с 8 августа по 12 августа 2008 года: военное столкновение (непосредственный конфликт);

III период - с 13 августа по 30 сентября 2008 года: международный кризис и первые попытки разрешения конфликта (послевоенный период войны);

IV период - с 8 по 12 августа 2009 года: годовщина войны.

Итак, исследуемый период начинается примерно за месяц до начала войны и охватывает также период примирения.

Для того чтобы получить более полное представление, было проанализировано по 30 статей из каждой газеты и за каждый период. Критерием при отборе материала являлись слова «война, Грузия, Россия, Южная Осетия». Так, в архиве *Российской Газеты* были найдены 294 статьи, в *Новой Газете* - 96 статей и в газете *Коммерсантъ* – 250 статей, затем они были систематизированы и расположены в хронологическом порядке. Следует отметить, что меньше всего статей было опубликовано за первый период в *Новой Газете* и в *Российской Газете*.

Данная работа состоит из двух частей. В первой, теоретической части речь идёт об истории, причинах и последствиях конфликта. Вместе с тем даётся краткое представление о состоянии СМИ вообще и в России, об их позитивных возможностях и опасном влиянии на формирование мнения общества во время конфликтов и войн.

Во второй, практической части, представлен эмпирический анализ, цель и метод исследования. В заключении приводится изложение результатов.

История и причины конфликта

Несмотря на то, что катализатором конфликта являлся распад СССР, уже раньше существовали политические и этнические споры между Грузией и Южной Осетией. Из этого следует, что истоки современного грузино-осетинского конфликта лежат не только в распаде СССР.

Вопрос о том, когда именно произошло заселение земель Кавказа предками осетинского народа, имеет решающее значение для понимания сущности конфликта. Грузины утверждают, что народ Южной Осетии прибыл на территорию современной Грузии не раньше, чем в XVII веке и, поэтому их считают гостями на Кавказе. Народ же Южной Осетии придерживается другого мнения, и имеются подтверждения тому, что они поселились на этих землях уже в VII веке.

Как известно, территории, населённые южными осетинами, вошли в состав Российской империи в начале XIX века как самостоятельные. Однако после Великой Октябрьской социалистической революции, способствовавшей распаду Российской империи, в 1918 году была провозглашена Грузинская Демократическая Республика, в состав которой вошла и территория сегодняшней Южной Осетии. В 1922 году Южная Осетия в составе Грузии получила статус автономной области. При этом до установления в Грузии советской власти на осетинских территориях произошло несколько национальных восстаний. Самым крупным из них является восстание 1920 года, которое до настоящего времени считается в глазах Южной Осетии первой этнической чисткой.

Во время перестройки в Грузии и Южной Осетии активизировалось национальное движение, вследствие чего 10 ноября 1989 года Юго-Осетинская автономная область была преобразована в автономную республику правительством Южной Осетии. В ответ на это действие Президиум Верховного Совета Грузии в ноябре 1989 года признал это решение незаконным. Следует отметить, что осетины восприняли это как шаг к ликвидации автономии.

В результате распада СССР в 1991 году была провозглашена независимость Грузии, и вновь избранный президент Звиад Гамсахурдия, бывший основатель радикально-национального движения в Грузии, издал целый ряд жестких законов, способствовавших обострению отношений между грузинами и этническими меньшинствами. Политическая борьба незамедлительно вызвала военные столкновения, и в течение этого периода Южная Осетия была ареной активных боевых действий.

В июле 1992 года огонь был прекращен, и в зону конфликта для разъединения противоборствующих сторон были введены смешанные миротворческие силы в составе четырёх батальонов - российского, грузинского, южно-осетинского и северно-осетинского. В результате этой гражданской войны Звиад Гамсахурдия вынужден был бежать из Грузии. После военных событий 1991-1992 годов Россия, оказав военной поддержку Южной Осетии, стала играть активную политическую роль на территории Южной Осетии.

Эдуард Шеварднадзе, став президентом Грузии, столкнулся с серьёзными экономическими проблемами и территориальными спорами. Отрицательные эмоции в обществе вызвал и отказ Эдуарда Шеварднадзе от попыток насильственного урегулирования конфликта в Осетии, сокровождаемый неудачными попытками решить вопрос мирным путем. Самой важной предпосылкой к революции роз стало недовольство народа управлением страной Эдуардом Шеварднадзе.

2 ноября 2003 года в Грузии были проведены парламентские выборы, которые, по официальным данным, завершились победой партии Эдуарда Шеварднадзе. Но результаты не были признаны международными наблюдателями и противниками Эдуарда Шеварднадзе. Выборы были признаны незаконными, в результате чего Эдуард Шеварднадзе, в конце концов, был вынужден покинуть пост. Вследствие деятельности нового правительства, теперь уже возглавляемого президентом Михаилом Саакашвили, изменилась и политика в отношении республик Абхазии и Южной Осетии. При Михаиле Саакашвили, объявившем курс на восстановление территориальной целостности Грузии, произошло усиление напряжённости в зоне конфликта. Воссоединение Грузии имело приоритет, и он старался изо всех сил достичь цели. В связи с принятием целого ряда жестких законов, регламентирующих права национальных меньшинств, обострение достигло своего пика в 2006 году.

Чтобы понять конфликт во всей совокупности, необходимо исследовать не только взаимоотношения России и Грузии, но и интересы России в этом регионе. Следует напомнить о том, что в XVIII веке Грузия была не в состоянии самостоятельно отстаивать свою независимость в условиях засилья Ирана и Османской Империи. Поэтому правители Грузии пришли к выводу о необходимости присоединения Грузии к России. В результате этого сближения Россия, поддержавшая Грузию в борьбе против общего врага, смогла укрепить свою позицию на Кавказе. Следует отметить, что присоединение Грузии к России в то время было выгодным и имело огромное прогрессивное значение для грузинского государства, несмотря на жесткую колониальную политику России. Однако в настоящее время это стало причиной сложного политического положения в этом регионе. Грузинский народ характеризует Россию как крупную державу, преследующую империалистическую политику. В противоположность этому, Россия не хочет потерять свое влияние на Кавказе, ссылаясь на многолетние взаимоотношения. Из этого следует, что вмешательство России в этот межнациональный конфликт не кажется неожиданным.

Вследствие жесткой политики в отношении национальных меньшинств, находящихся в тесной, исторической связи с Россией, отношения между Россией и Грузией значительно ухудшились. Каждое лето, начиная с 2006 года, российские вооруженные силы проводят на границах Грузии всё более масштабные маневры, в ходе которых отрабатывается возможное будущее вторжение. Исходя из этой реальности, России

задолго до августа 2008 года начала готовиться к полномасштабным боевым действиям.

Грузия, обвинившая Россию в предвзятости, потребовала вывода российских миротворцев из Южной Осетии, больше не выполнявших свою задачу. Россия же, очевидным образом нарушившая принцип беспристрастности, настаивает на размещении миротворцев на территории Грузии. Вместе с тем двусторонние провокации и проводимые маневры вдоль границы накаляют обострение. Кроме этого, Россия в течение многих лет проводила в Южной Осетии политику дестабилизации тем, что большинству народа Южной Осетии выдавались российские паспорта. Вместе с тем Россия оказывала поддержку непризнанной республике в виде финансовой, политической и военной помощи.

Летом 2008 года оба государства разместили свои войска вокруг зоны конфликта. В связи с регулярной перестрелкой между Южной Осетией и Грузией вдоль границы, к 6 августа Россия уже подтянула к границам Грузии серьезные военные силы. В свою очередь Грузия, получившая финансовую помощь от военных кругов США, продвинула военные колонны в сторону границы.

В августе 2008 года многолетний грузино-осетинский конфликт вылился в войну. Это вооружённое противостояние между Грузией и Южной Осетией стало третьим за последние семнадцать лет. Вечером 7 августа грузинская и южноосетинская стороны конфликта обвинили друг друга в нарушении условий перемирия. В ночь на 8 августа грузинские войска начали брать Цхинвали под обстрел, спровоцировав многочисленные жертвы среди осетинского народа. Грузинские военные буквально в несколько часов смели с поля боя осетинские формирования и довольно легко вошли в Цхинвали. Вследствие грузинского вторжения Россия только через несколько часов начала бомбардировать военную инфраструктуру на территории Грузии под предлогом защиты своих граждан. Недооценив решительность и военную силу России, грузинские войска вынуждены были отступить. Грузия, признав свою несостоятельность, внесла предложение о прекращении огня. В свою очередь Россия, потребовав отставку Михаила Саакашвили, сначала не согласилась на предложение Грузии, и в течение последующих дней бомбардировала и мирную инфраструктуру, в частности в грузинском городе Гори. Наконец, 15 - 16 августа 2008 года, и Россия, и Грузия под давлением ЕС согласились подписать договор о перемирии, который был разработан совместно Президентом России Дмитрием Медведевым и президентом Франции Николя Саркози.

Через две недели после завершения активной фазы конфликта в Южной Осетии Российская Федерация официально признала независимость Южной Осетии и Абхазии, что вызвало бурную реакцию мирового сообщества.

В заключение следует отметить, что Грузии не удалось осуществить свою цель: восстановить территориальную целостность Грузии. В результате жестокой войны Грузия потеряла фактически не только Абхазию и Южную Осетию, но и престиж в мировом сообществе. Не исключено, что Россия вновь может столкнуться с трудностями на Кавказе, которые связаны в первую очередь с возникновением горячих точек на Кавказе, дестабилизирующих государство.

Задача средств массовой информации в демократическом обществе и в международных конфликтах

Значение средств массовой информации в настоящее время весьма велико. Именно на СМИ возложена ответственность в выполнении общественных и политических обязанностей в демократическом обществе. Главной задачей СМИ можно назвать подготовку объективной информации, с целью помочь населению правильно сформировать своё мнение.

Ведь именно средства массовой информации в значительной мере формируют наше мировоззрение, наши взгляды и убеждения. Поэтому не случайны опасения многих людей, что СМИ активно оказывают на нас некие манипулирующие действия.

Как оказалось, прежде всего, в конфликтных ситуациях средства массовой информации используются, как политический инструмент государства. Результат – пропаганда войны. В России тоже существует механизм управления и манипулирования СМИ. Целью пропаганды является убеждение населения в необходимости войны, противоречащее задачам средств массовой информации.

Чтобы показать отрицательное влияние пропаганды и представить предложение решения подобных конфликтов, некоторые исследователи, такие, как Винсент, Галтунг и Кемпф разработали концепт *критическая мирная журналистика*. Этот концепт даёт ответ на вопрос, каким образом средства массовой информации могут внести положительный вклад в разрешение конфликтов.

В ходе исследования Винсент и Галтунг пришли к выводу о том, что по причине пристрастного отношения и недостаточного анализа конфликтов, СМИ больше не

выполняют свою главную задачу. Вместе с Кемпфом они разработали новый концепт журналистики, раскрывающий причины и последствия войны, где представлены мнения всех сторон конфликта.

Данный концепт «критическая мирная журналистика» определяют следующие принципы:

- необходимость использовать разнообразные источники публикаций и по возможности не только элитные;
- необходимость подготовить фоновую информацию, сообщать о поддержке мирных инициатив, избегая прославления военной технологии, а также объективно излагать ход военных действий.

В заключение можно отметить, что данный концепт предоставляет возможность подвергнуть сомнению сам принцип войны. «Критическая мирная журналистика» разоблачает нецелесообразность войны и подчеркивает необходимость осознания того, что тысячи ни в чем не повинных людей могут оказаться невольными жертвами конфликтов.

Средства массовой информации в России

По официальным данным в Российской Федерации в 2008 году было зарегистрировано более 25.000 различных газет. В соответствии с результатами опроса организации *Журналисты без границ*, только 20% населения России считают, что газеты отражают объективную реальность описываемых ими событий. Из этого можно сделать вывод о том, что большая часть населения не доверяет СМИ. Ввиду положения и структуры СМИ, проявленное недоверие является неудивительным. В результате серии новых законов государства ситуация газет ухудшилась. При Путине начал происходить процесс национализации СМИ, ограничивающий их права. В настоящее время основные телевизионные каналы находятся под контролем государства. По результатам исследования *Центра журналистов в экстремальных ситуациях* 90% политического времени новостей посвящено правящему правительству, в то время как мнение оппозиции не учитывается.

Положение газет не сильно отличается от телевидения. Вследствие критических публикаций в адрес правительства, главных редакторов отстранили от должности и заменили новыми, про-правительственными людьми. Таким образом, государственное предприятие *Газпром* стало владельцем газеты *Известия* (в 2005 году) и газеты

Коммерсантъ (в 2006 году). Вдобавок к этому, многие российские газеты подвергаются сложным системам аккредитации со стороны государства, как инструмент контроля. Государству удаётся удерживать критических журналистов от зоны конфликтов и горячих точек. Также существует практика обвинения критических газет сомнительными заявлениями со стороны государства. Безусловно, в этом читается политический подтекст.

Нужно уделить внимание тому, что условия труда журналистов в России сложны. Государство оказывает огромное эмоциональное и психологическое давление на журналистов, которые, работая для критических газет, подвергаются опасности и рискуют своей жизнью. В прошлом 2009 году в России было убито пять журналистов. Кроме того, по причине низкой заработной платы, которой недостаточно, чтобы обеспечить достойную жизнь, журналисты вынуждены подрабатывать. Примером этому может служить практика обращения политических деятелей к журналистам с просьбой написать о них статью, с целью укрепления своей политической позиции и в сознании граждан.

В заключение можно отметить, что государство по-прежнему является регулятором рынка СМИ и оказывает существенное воздействие на динамику его развития. Судя по шокирующей реальности, можно установить, что СМИ не выполняют свои обязанности в демократическом обществе. Из этого следует, что отношения между политикой и СМИ никак нельзя назвать бесконфликтными.

Результаты исследования

Представленный анализ демонстрирует, что в публикациях *Российской Газеты* практически не упоминается о мирных инициативах, предпринятых сторонами. Журналисты питают мало надежды на мирное урегулирование конфликта и не вносят предложений о мирном разрешении конфликта. Напротив, содержатся требования немедленного реагирования правительства и описываются преступления Грузии до мельчайших подробностей.

Грузинский народ представляется хитрым врагом, совершившим жестокое преступление. В газете сильно осуждается нападение Грузии, поэтому не кажется неожиданным, что в *Российской Газете* в обострении положения считают виновной Грузию. Никогда речь не идёт о двусторонних провокациях перед началом войны. Обсуждаются только грузинские провокации, а ни слова не говорится об осетинской

перестрелке и о российских провокациях. Эмпирическое наблюдение показывает, что «*Российская Газета*» совсем не упоминает о нападении России на Гори. Из этого следует, что также не сообщается и о грузинских жертвах, убитых российскими войсками.

Нельзя не упомянуть тот факт, что в большинстве статей речь идёт об осетинских беженцах и о разрушениях, в частности в городе Цхинвали. Кроме того, почти в каждой статье обсуждается финансовая и гуманитарная помощь России, оказанная осетинским беженцам.

Вместе с тем публикации совершенно не принимают во внимание общности интересов и исторического прошлого, сближение между Россией и Грузией. По мнению *Российской Газеты*, Россия вынуждена принудить Грузию к миру, и выступает за применение силы. Из этого следует, что, согласно информации в *Российской Газете*, Грузия не согласна на мирное урегулирование.

В заключение надо отметить, что *Российская Газета* использует ту же самую аргументацию, что и российское государство. Умалчивается о важных неудобных обстоятельствах и постулируется необходимость войны. В дальнейшем постоянно цитируются русские политики без критических комментариев и публикуются заявления официальных ведомств.

В целом исследование подчеркивает, что публикации *Российской Газеты* содержат много элементов пропаганды войны, с целью манипуляции русским народом.

Как оказалось, газета *Коммерсантъ* отличается от *Российской Газеты* по стилю статей, для нее характерна бóльшая нейтральность. Публикации включают упоминания и о мирных инициативах и военных действиях. Тем не менее, журналисты очень редко требуют мирного разрешения конфликта и вносят собственные предложения по урегулированию конфликта мирным путем.

Кроме того проведенный анализ выявляет, что газета *Коммерсантъ* дает слишком уж часто информацию об истории конфликта и причинах войны. Значит, газета дает возможность читателям составить себе четкое представление о конфликте. С одной стороны, часто цитируются и российские и иностранные политики, рассматривающие конфликт под разными углами зрения. С другой стороны, к сожалению, очень редко, цитируются грузинские политики и гражданское население.

Вместе с тем в газете *Коммерсантъ* несколько раз подчеркивается сложность и комплексность настоящей войны, и даются ссылки на двусторонние провокации перед

началом военного столкновения. Исследуемая газета неоднократно обвиняет Грузию, Южную Осетию и Россию в обострении конфликта.

В итоге надо отметить, что газета *Коммерсантъ* достаточно нейтрально обсуждает эту тему, вопреки отсутствию большого количества элементов критической мирной журналистики.

Проведенный анализ публикаций *Новой Газеты* показывает, что они значительно отличаются от публикаций *Российской Газеты*. В статьях, выделяющихся качественным журналистским расследованием, содержатся многие элементы критической мирной журналистики. В противоположность другим исследованным газетам журналисты *Новой Газеты* неоднократно требуют немедленного прекращения войны и подвергают сомнению смысл войны в целом. Кроме того, они ссылаются на общность интересов и многолетние дружеские взаимоотношения между Россией и Грузией, тем самым давая возможность возобновления взаимной симпатии.

Вместе с тем, в этой газете цитируются точки зрения и российского (и осетинского) и грузинского гражданского населения, а также обсуждаются грузинские жертвы, полученные в результате русской бомбардировки. Подчеркивая, что жертвами войны всегда является гражданское население, газета подвергает сомнению необходимость войны.

Далее критически исследуются официальные заявления правительств Грузии, Южной Осетии и России и разоблачается противоречивая деятельность всех сторон. Кроме того, газета широко обсуждает информационную политику государств и обращается к политикам с неприятными вопросами.

В заключение следует отметить, что в *Новой Газете*, безусловно, используется наибольшее количество элементов критической мирной журналистики. Газета отрицает войну вообще и выступает за мирное урегулирование конфликта.

Подводя итоги исследования, я пришла к выводу о том, что выдвинутые тезисы оказались правильными.

В отличие от публикаций *Коммерсанта* и *Российской Газеты*, публикации *Новой Газеты* содержат больше элементов критической мирной журналистики.

Мирные инициативы упоминаются прежде всего в *Новой Газете* и в газете *Коммерсантъ*. В статьях же *Российской Газеты* они, напротив, едва упоминаются. Собственные предложения о разрешении конфликта вносятся только в публикациях *Новой Газеты*, в то время как на страницах *Российской Газеты* интенсивно

поддерживается вступление в войну, при этом используется та же самая аргументация, что и у Кремля.

Abstract

In August 2008 the so-called frozen conflict over Georgia's separatist region South Ossetia escalated into a brutal five-day war between Georgia and Russia. On August 8th, after daily reciprocal provocations and skirmishes, Georgian troops invaded the region of South Ossetia. In consequence, Russian troops, already having been garrisoned on the boarder to Georgia, not only pushed back the Georgian troops from South Ossetia, but also garrisoned territorially sovereign Georgian cities like Gori for several weeks. Two weeks after signing a peace plan negotiated by the European Union, the Russian President proclaimed the recognition of the independence of the two regions South Ossetia and Abkazia. In summary, the Georgian president was not able to achieve his objective: in the course of the invasion into South Ossetia Georgia not only lost the two separatist regions, but also started a war against its neighbour Russia.

At the same time a second war took place – the battle in the media. According to several Russian opinion research centres the Russian political elite was able to convince the Russian people about the importance and necessity of the military invasion due to the media coverage in Russian newspapers. The present paper sheds light through a number of examples on how the August War was presented in three selected Russian newspapers and examines to which extent the concept of *peace journalism* was implemented in the media coverage.

Hence the following research question has been developed:

Which constructive elements can be found in the media coverage of three selected Russian newspapers (*Kommersant*, *Novaya Gazeta*, *Rossiyskaya Gazeta*), which, corresponding to the theoretical concept of *peace journalism*, contribute to a peaceful conflict resolution and reconciliation?

Therefore, the present thesis is a contribution to the peace and conflict research and is entitled to examine the implementation of the concept of *peace journalims* designed by Johann Galtung, Wilhelm Kempf and Nadine Bilke.

The presented paper begins with a brief historical analysis of the ethno-territorial dispute of South Ossetia, showing that the Georgian fight for independence, nationalism and the restrictive and dictatorial rule of Zviad Gamsachourdia, Eduard Shevardnadze and Mikhail Saakashvili had a great impact on the escalation of the frozen conflicts in Georgia. The analysis points out, that the repression of ethnic minorities and the intention Georgia's to regain territorial integrity with military force finally led to a collapse of the Georgian statehood.

Furthermore, this thesis presents and discusses the concept of *peace journalism* as well as the role and duty of the media in conflicts in general. Another chapter of the presented paper delivers insight into the Russian media landscape and points out its limitations, which Russian journalists are confronted with on a daily routine.

The second part of the presented thesis consists of an empirical analysis. On the basis of a developed catalogue of variables the formulated research questions and theses shall be verified and examined by using a content analysis.

The media analysis demonstrates that the media coverage of the pro-governmental newspaper *Rossiyskaya Gazeta* is characterised by a multitude of elements signalling pro war propaganda. Elements of *peace journalism*, however, could hardly be found. In contrast, the critical opposition newspaper *Novaya Gazeta* regularly uses the concept of *peace journalism* by objecting to war and demanding a peaceful conflict solution. In the media coverage of the business paper *Kommersant* elements of pro war propaganda prevail, although first signs of a *peace journalism* could be found, too. Therefore, the *Novaya Gazeta* is the only newspaper analysed, which makes a significant contribution to a peaceful conflict solution and reconciliation between Russia and Georgia

LEBENS LAUF

Name	GUSENBAUER VERA geb. am 15.09.1985
AUSBILDUNG	
Universität Wien Oktober 2003 – Oktober 2010	Internationale Entwicklung: Persönlicher Schwerpunkt: Demokratisierung und Transformation in Osteuropa; Friedens- und Konfliktforschung Russisch: Persönlicher Schwerpunkt: Russische Literatur
Kuban Krasnodarski Universität, Russland, März 2010	Forschungs- und Studienaufenthalt
Universidad de Sevilla, Spanien Februar - Juli 2009	Auslandssemester an der Universidad de Sevilla Schwerpunkt: Spracherwerb und Lateinamerika-Studien
Kuban Krasnodarski Universität, Russland, Februar - Juni 2007	Auslandssemester an der Universität Krasnodar Schwerpunkt: Spracherwerb und Politik
Gosudarstvennyj Moskovskij Universität Juli 2006	Sommerkolleg Schwerpunkt: Spracherwerb und Politik
Greenway Highschool, USA August 2001 - Juli 2002	Auslandsjahr an der Greenway Highschool in Phoenix, Arizona
Europagymnasium Baumgartenberg 1995 - 2003	Schwerpunkt Spracherwerb (Englisch, Französisch, Spanisch) Matura mit ausgezeichnetem Erfolg
BERUFSERFAHRUNG	
AIDS-Konferenz Juli 2010	Desktop Publisher, Endredaktion der russischen und englischen Zeitung im Rahmen der AIDS-Konferenz 2010
FAIRTRADE Österreich September – Dezember 2009	Volontariat, 30 Stunden/Woche
Vorsitz, ÖH Uni Wien März 2006 – Jänner 2007	Vorsitzteam der Österreichischen HochschülerInnenschaft an der Universität Wien
Internationales Referat, ÖH Uni Wien Dezember 2004 – Februar 2006	Betreuung internationaler Studierender, internationale Bildungspolitik
Friedensbüro Graz Juli 2005	Praktikum 30 Stunden/Woche
SPRACHEN	Deutsch (Muttersprache), Englisch (sehr gute Kenntnisse), Russisch (sehr gute Kenntnisse, RKI 3), Spanisch (gute Kenntnisse) Französisch (gute Kenntnisse) Bosnisch/Serbisch/Kroatisch (Basiskenntnisse)